

UNIVERSITE ROBERT SCHUMAN – STRASBOURG
INSTITUT DES HAUTES ETUDES EUROPEENNES

CENTRE D'ETUDES GERMANIQUES

Année universitaire 2000-2001

Zehn Jahre Weimarer Dreieck

***Entstehungsgeschichte - bilanzierende Bestandaufnahme -
Zukunftsperspektiven***

Unter besonderer Beruecksichtigung der Kulturkooperation

Mémoire présenté en vue de l'obtention du

DESS ETUDES GERMANIQUES

Par Frédéric Plasson

Sous la direction de Mlle Corinne Defrance

Dem Deutsch-Französischen Jugendwerk ist für die finanzielle Unterstützung, ohne die die Ergebnisse dieser Arbeit nicht möglich gewesen wären, zu danken.

Der Dank geht ebenfalls an alle Personen, die sich bereit erklärt haben, ein wenig ihrer Zeit zu opfern, um mir zu helfen.

Der besondere Dank geht an Fr. Ardizzone aus der Bibliothek des DFI in Ludwigsburg, für die unendlich erscheinende Bereitschaft der Vermittlung von ungenannt wichtigen Dokumenten (sowie für unser „Geheimabkommen“...), an die Koordinatoren des DPJW Warschau, die französische Botschaft in Warschau für die in diesen Kreisen ungewöhnlich hohe Hilfsbereitschaft, und hier insbesondere an M. Nicolas Delacoste.

INHALTSANGABE

EINFÜHRUNG	7
Teil I	DIE BEZIEHUNGEN POLENS ZU FRANKREICH UND DEUTSCHLAND
8	
A.	Die historische Ausgangssituation
	Von den Anfängen bis zur (Heraus-) Bildung des heutigen polnischen Staates
	8
1.	POLEN und FRANKREICH
	Der polnische „Freund“ als geostrategische Variable
	8
1.1.	Historisch-politische Betrachtungen
	9
1.2.	Die kulturellen Verbindungen
	11
2.	POLEN und DEUTSCHLAND
	15
2.1.	Die preußisch-polnische Problematik
	16
2.2.	Die kulturelle Verbundenheit
	20
3.	Schlussbetrachtung zu A.
	21
B	Die neuen Paradigmen der Nachkriegszeit:
	Die politischen und moralischen Konsequenzen des zweiten Weltkrieges als Rahmenbedingungen der - und Einflussfaktoren - auf die Entwicklung der deutsch-polnisch-französischen Dreiecksbeziehungen bis zur Verwirklichung eines institutionalisierten Trilateralismus 1945 bis 1989/1991
	23
1.	Das deutsch-polnische Trauma, das Erbe des Zweiten Weltkrieges und die deutsche Ostpolitik
	24
1.1.	Die unüberwindbare deutsch-polnische Ausgangsposition und die unmögliche Kooperation: 1945-1970
	24
1.1.1.	Die unmittelbare Nachkriegszeit bis zur progressiven Wiedererlangung der Souveränität durch die BRD 1949-1955
	24
2.	Frankreich -Polen 1944-1969 : de Gaulles Ostpolitik
	31

2.1.	De Gaulles erste Amtszeit und seine Weichenstellung in Richtung Sowjetunion	31
2.2.	De Gaulles Konzept zur Entspannung in Europa: Entente, Détente, Coopération vom Atlantik bis zum Ural im Dienste der französischen „Grandeur et Indépendance“	34
2.3.	Die Normalisierung der Beziehungen zu Polen	38
3.	Das Zusammenwirken Deutschlands, Frankreichs und Polens 1969-1981-1991	43
3.1.	Kontrolle und Einflussnahme durch Integration: französische und deutsche Beweggründe zur Annäherung als Raster für ihre (ostpolitischen) Kontakte	45
3.2.	Deutsch-französische Beziehungen 1969-1981	49
3.2.1.	Aspekte neuer Deutscher Ostpolitik	49
a.	Der politische Wandel in der BRD 1969	50
b.	Der Warschauer Vertrag und der Anfang der Normalisierung der Beziehungen zwischen der BRD und Polen	51
c.	Ostpolitik unter Schmid	54
d.	Die Variable DDR	55
3.2.2.	Frankreichs Reaktion auf die neue deutsche Ostpolitik und der Anfang gemeinsamer Abstimmungen	57
a.	Deutsche Ostpolitik als französisches Erbe	59
b.	Wirtschaftliche Bedenken	60
c.	Geostrategische französische Bedenken	61
d.	Deutsch-französische Ungewissheiten	63
e.	Multilateralisierung der französischen Ostpolitik: die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und erste Ansätze für deutsch-französische Absprachen	64
f.	Französisch-polnische Beziehungen im Schatten der französisch-sowjetischen Annäherung bis 1981	67
g.	Frankreich und die deutsche Ostpolitik unter Giscard die Angst vor einem deutschen Abdriften nach Osten.	69

3.3.	Deutschland-Frankreich-Polen: von der polnischen Krise 1980-1981 bis zur Entstehung des Weimarer Dreiecks 1991	73
3.3.1.	Die polnische Krise: Polens Beziehungen zu Frankreich und zur BRD bis 1988 und Folgen auf die deutsch-französische Kooperation	73
a.	Die französische Reaktion	74
b.	Deutsche Reaktionen	74
c.	Die gemeinsamen deutsch-französischen Erklärungen 1980-1982, der doppelte Regierungswechsel in Frankreich und der BRD und die ersten Ansätze gemeinsamer ostpolitischer Überlegungen	75
3.3.2.	Definitive Rollenverteilung	77
a.	Die INF-Debatte und der KSZE-Prozess	
b.	Der Strukturaufbau des Weimarer Dreiecks in den 80er Jahren	79
3.3.3.	Der polnische Völkerfrühling 1988 als allgemeiner Auslöser der Entwicklung zum Weimarer Dreieck.	80
a.	Polens <i>Powrot do Europy</i>	81
b.	Deutsche und französische Reaktionen	81
b.a.	Ostpolitische Angehensweise	81
b.b.	Die deutsche Wiedervereinigung und die 2+4 Verhandlungen: letzter Schritt vor einer gemeinsamen deutsch-französischen ostpolitischen Abstimmung und endgültige Normalisierung des deutsch-polnischen Verhältnisses.	82

TEIL II DAS WEIMARER DREIECK 88

1.	Chronologie des Weimarer Dreiecks 1991-2001	88
1.1.	Gipfeltreffen	88
1.2.	Treffen der Außenminister	89
2.	Konkrete trilaterale Kooperationsinitiativen	90
3.	Militärische trilaterale Kooperation als Musterbeispiel	91

4.	Kulturkooperation: Bestandaufnahme	94
4.1.	Das deutsch-französische und das deutsch-polnische Jugendwerke und ihre Zusammenarbeit als Musterbeispiele der Durchsetzung des „Esprit de Weimar“	95
4.2.	„Weimarer“ Kulturkooperation auf Regierungs- und diplomatischer Ebene	99
4.3.	Trilaterale Kulturinitiativen von Nicht-staatlichen Kulturträger	102
TEIL III	Bilanz und Zukunftsperspektiven	105
1.	Bilanz	105
2.	Lösungsansätze im Bereich der Kulturkooperation	106
	Schlussfolgerung	113
	Ausblick	116
	Bibliographie	117

Einführung

Die Volksrepublik Polen ist nicht nur von allen ost- und mitteleuropäischen Beitrittskandidaten in die EU, innerhalb derer die deutsch-französische Kooperation eindeutig führend ist, das Land, mit dem die meisten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kontakte bestehen. Seit dem EU-Gipfel in Nizza Ende 2000 ist Polen auch in den Kreis der sechs stimmenreichsten Staaten im zukünftig erweiterten Europarat gedrungen und zum einflussreichsten Staat östlich der BRD geworden.

Das Kooperationsinstrument des Weimarer Dreiecks, durch das Frankreich, Deutschland und Polen 1991 ihre Zusammenarbeit auf den Gebieten hauptsächlich der Sicherheitspolitik, der Diplomatie und der Kultur institutionalisierten, findet wie einst die deutsch-französische Kooperation in der Nachkriegszeit, in der sich anbahnenden neuen europäischen Ordnung, seine vollkommene Rechtfertigung. Doch wird es dieser Herausforderung gerecht werden? Nach zehnjährigem Bestehen ist es an der Zeit, das Weimarer Dreieck durch eine bilanzierende Bestandsaufnahme auf seine Funktionstüchtigkeit und seine daraus zu schließenden Zukunftsperspektiven zu prüfen.

Kulturkooperation beinhaltet - in diesem Kontext des europäischen Neuaufbaus mehr denn je - auch euro-integrative und diplomatische Funktionen. Eine tiefgreifende Betrachtung dieses Aspekts der Kooperation (im TEIL II dieser Arbeit) erscheint deshalb als besonders geeignet, ein objektives Bild der Gesamtlage des Weimarer Dreiecks abzugeben.

Auf welchen historischen Grundlagen beruhten die Beziehungen Frankreichs, Deutschlands und Polens zueinander bis zum radikalen Einschnitt des Zweiten Weltkrieges? Welche Bedeutung sollte die ideologische Teilung der Welt nicht nur auf die in verschiedenen Blöcken liegenden Länder, sondern auch auf die innerwestlichen, deutsch-französischen Beziehungen haben? Und wie vor allem konnte es sein, dass sich zwei der mitunter meist durch die deutsche Barbarei betroffenen Staaten, Frankreich und Polen, 1991 ein Bündnis schaffen würden, das allein auf gegenseitigem Vertrauen basiert?

Im ersten Teil dieser Arbeit soll tiefgreifend auf die Entstehungsgeschichte des Weimarer Dreiecks eingegangen werden. Besondere Rücksicht wird auf die Spannungsverhältnisse innerhalb der drei Bilateralismen und die Prozesse zu ihren jeweiligen Überwindungen bis zum allmählichen Übergang zum Trilateralismus, gegeben.

I. DIE BEZIEHUNGEN POLENS ZU FRANKREICH UND DEUTSCHLAND

Die Folgen des Zweiten Weltkrieges auf das Miteinanderwirken der europäischen Staaten hatte derartige Konsequenzen, daß auch das dreifache Verhältnis zwischen Polen, Frankreich und Deutschland von da an vollkommen neu betrachtet wird muss. Es wird also notwendig sein, die historische Schilderung dieser Beziehungen, die uns allmählich zu den Anfängen der kulturellen Zusammenarbeit führen wird, an zwei gesonderten chronologischen Abschnitten zu orientieren: der gesamte Zeitabschnitt bis zum - und die Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg, der die Bildung des heutigen polnischen Staates zur Folge hatte.

A. Die historische Ausgangssituation

Von den Anfängen bis zur (Heraus-) Bildung des heutigen polnischen Staates

Sein konkretes Mitwirken auf der europäischen Szene hat Polen spätestens zu Anfang des 18. Jahrhunderts verspielt, als es nach seiner bereits ein paar Jahrhunderte zuvor eintretenden, katastrophalen Außenpolitik, schließlich einfach von seinen drei großen Nachbarn aufgelöst wurde und für 200 Jahre von der politischen Karte Europas verschwand. Als es dann nach dem Ersten Weltkrieg beinahe künstlich neu errichtet wurde, war dies nur ein neues Mal der Ausdruck des Einflusses seiner übermächtigen europäischen Kontrahenten, eine Überlegenheit, die sich in der gesamten Geschichte Polens widerzuspiegeln scheint. Die Nachbarschaft zum Deutschen Reich und dem späteren Deutschland war bestimmt die folgenreichste dieser Konsequenzen, und dies sowohl durch ihren direkten als auch ihren indirekten Einfluss, der zum Beispiel das Interesse Frankreichs für Polen, mit sich führte. Die eng miteinander verstrickten Eigenschaften des Verhältnisses zu Frankreich und Deutschland müssen also geschildert werden, um ihren Einfluss auf die späteren Entwicklungen deuten und so auf den gesamten Prozess zur Verständigung der drei betroffenen Nationen verstehen zu können¹.

1. POLEN und FRANKREICH

Der polnische „Freund“ als geostrategische Variable

¹ Wir werden hier also bewusst auf die genauere Schilderung der Geschichte Polens verzichten, um gezielt auf solche Elemente einzugehen, die konkret auf die heutigen Beziehungen zu Frankreich und Deutschland

Die polnisch-französischen Beziehungen sind von jenem Widerspruch geprägt, der so oft die Verbindungen zwischen zwei Staaten ohne richtige, natürliche Affinitäten kennzeichnet, und in denen die jeweiligen Meinungen und Einschätzungen der Öffentlichkeit nicht den tatsächlichen politischen Realitäten entsprechen.

In Polen, einem Land, in dem der Durchschnittsbürger kaum mit Frankreich oder auf Frankreich-bezogene Situationen in Kontakt gerät, ein objektives - oder umgekehrt nicht einmal ein durch Propaganda allzu subjektiviertes- Bild unmöglich ist, genießt das Land der Lumières einen besonders guten Ruf.

Bei einer genaueren Analyse der Beziehungen Frankreichs und Polens ist es wahrhaftig schwierig, diesen Sachverhalt so hinzunehmen. Auf welcher Basis diese Situation nun entstanden ist, wollen wir hier prüfen, um zu klären welche Folgen sie wiederum auf die späteren Konfrontationen zwischen Frankreich und Polen haben würde.

1.1. Historisch-politische Betrachtungen

Die polnisch-französischen Beziehungen sind durch keinen namhaften Konflikt geprägt. Rein militärisch scheint diese Feststellung auf dem Papier sogar zum krassen Gegenteil zu tendieren: Polen war auf dem europäischen Feld der Konfrontationen zwischen Großmächten immer ein privilegierter Partner Frankreichs. Doch im Gesamten Geschichtsverlauf scheint dieser Sachverhalt nur auf eine einzige strategische Überlegung der Franzosen zurückzuführen: die Nutzung Polens als Variable im Spiel der Gleichgewichtsverteilung in Europa. In der Tat war Frankreich sehr früh von großen europäischen, kaum zu konkurrierenden Mächten benachbart. Der größte Konkurrent blieb neben England das Deutsche Kaiserreich. Und die Franzosen waren demzufolge immer solchen Überlegungen gegenüber sehr positiv eingestellt, die Deutschland oder das Reich schwächen konnten². Durch die unzähligen Allianzen mit Polen erscheint Frankreich also immer als Verteidiger Polens (und stellt sich heute noch gerne als solcher dar...), jedoch nicht unbedingt aus der hervorgehobenen Polenliebe, sondern eher aus geopolitisch und geostrategisch bedingtem Antigermanismus.

Im Laufe der Geschichte sind unzählige Allianzen und gemeinsame Militäreinsätze zustande

mitwirkten.

² „[les français étaient] toujours favorables à ce qui pouvait affaiblir l'Allemagne“: Famulicki, Jean Claude, *L'obsession de l'Oder-Neisse*, in: *L'Allemagne vue d'ailleurs*, Korinmann (Hrsg), Editions Balland, Paris 1992, 366 Seiten, S. 287.

gekommen. Bezeichnend ist jedoch, das man den Eindruck gewinnen muss, daß das polnische Engagement zugunsten Frankreichs immer unverhältnismäßig größer erscheint, als umgekehrt. Kein einziges Mal ist Frankreich zugunsten Polens durch den Einsatz des Militärs in einen Konflikt eingetreten. Die Polen jedoch sind den Franzosen während der Kreuzzüge und der Besetzung Jerusalems zur Hilfe geeilt, polnische Kontingente haben den italienischen Feldzügen Franz I. gegen Karl V. teilgenommen, Mitte des XVII Jahrhunderts an der Seite Condés an der Befreiung Dünkirchens und Lens‘ mitgewirkt. Knappe 200 Jahre, von 1450 bis 1650, hat das polnische Königreich das Habsburger Bündnis dem französischen vorgezogen, als es nur die östlichen Angriffe Moskaus und im Süden den türkischen Sultan zu befürchten hatte, die aber Frankreichs Verbündete waren³.

Der konkreteste Eingriff Frankreichs blieb Napoleons Wiederherstellung des Warschauer Groß-Herzogtums, daß den polnischen Staat nach seinem vollkommen Verschwinden nach den Teilungen des 18. Jahrhunderts durch die drei großen Nachbarn Russland, Österreich und Preußen neu entstehen ließ. Diese als Rettung empfunden Geste ließ die Polen vergessen, daß es vom revolutionären Frankreich während der Aufstände Kosciuszkos 1794 trotz der Versprechungen kläglich im Stich gelassen wurde. Daß dies ein strategischer Zug Napoleons war, der sich so einen sicheren Stützpunkt für seinen Russlandfeldzug sichern wollte, störte die Polen auch nicht. Im Gegenteil: sie bewiesen dem französischen Kaiser ihre Treue, indem sie die Kämpfe leisteten, die ihm den kläglichen Rückzug aus dem Zarenreich ermöglichten und sich schließlich auf dem Leipziger Schlachtfeld wie viele andere Kontingente Napoleon opferten .

Ganz besonders bleibt jedoch das Verhalten Frankreichs aus der neueren Geschichte im Gedächtnis haften. Von den vielen Allianzen, die im Laufe der Zeit zwischen der *Grande Nation* und Polen geschlossen wurden, war die markanteste wohl der Bündnisvertrag vom 19. Februar 1921; der ganz gezielt auf einen Konflikt mit Deutschland ausgerichtet war. Auf die Einzelheiten des Vertrags, und die Ergänzungen aus den Jahren 1925 und 1939⁴, die im übrigen parallel zur gesamten Problematik bereits weitreichend behandelt wurden⁵, brauchen

³ Sekutowicz, Jean, *Les relations franco-polonaises. De Hugues Capet à Lech Walesa*, Eigenverlag, Paris, 1995, 215 Seiten, S. 178f. Von den Franzosen wäre also bei einem Konflikt mit dem Osmanischen Reich kein Eingriff Frankreichs zu erwarten gewesen, die Preußen hingegen standen fast ständig mit den Türken auf Kriegsfuß.

⁴ . Die Verträge des 19. Februar 1921, der am 16. Oktober 1925 am Rande der Konferenz von Locarno unterschriebene Garantievertrag, das Protokoll Gamelin-Kasprzicki vom Mai 1939, und, sowie das Protokoll des 4. Septembers 1939 sind abgedruckt bei Sekutowicz ebd., S. 193-197

⁵ Vgl. z.B. Zgorniak, Marian, *Polnisch-französische Beziehungen im 20. Jahrhundert*, in: *Deutschland-Frankreich-Polen : Ihre Beziehungen zueinander nach 1945*, Timmermann, Heiner (Hrsg.), Verlag Rita Dadder, Saarbrücken, 1986, 185 Seiten, S. 121.

wir hier nicht zurückzukommen. Allgemein bekannt und für unsere Thematik besonders wichtig ist jedoch, daß Frankreich (wie im übrigen auch Großbritannien) keine der Garantien einhielt, die bei der Aggression Hitlerdeutschlands auf Polen fällig gewesen wären. Dies war für die Polen um so schwieriger zu verstehen, als daß sie einerseits 1936 beim Einmarsch der Wehrmacht ins Saarland vergebens auf die von den Verträgen stipulierte Intervention Frankreichs gewartet haben, um selber ihren Teil der Vereinbarung mit der Errichtung einer Ostfront zu erfüllen, und das dies andererseits, wie es die neueste Forschung beweist, den Krieg verhindert oder zumindest dessen Ausmaß und ganz sicherlich die Erfolge der Deutschen verhindert hätte⁶.

Ausgeglichen werden diese Tatsachen durch das Eingreifen Frankreichs auf polnischer Seite während des Konflikts Polens mit der Sowjetunion 1920. Einen sehr konkreten Bestand hat die militärische Waffenbrüderschaft zwischen Franzosen und Polen während des Zweiten Weltkrieges, wo sehr wichtige Verbände der polnischen Armee mit Unterstützung der französischen Exilregierung in London, über Ungarn und Rumänien nach Frankreich fliehen konnten. Dort hatten sie einen maßgeblichen Anteil sowohl an den Untergrundaktivitäten der Resistance - wie auch an der Landung in der Normandie. Am Ende des Krieges waren in Frankreich noch ca. 45 000 polnische Soldaten stationiert und einsatzbereit⁷.

Auch scheinen die Affinitäten zwischen Frankreich und Polen eher im intellektuellen Bereich angesiedelt zu sein, wenn auch diese hier nuanciert werden müssen.

1.2. Die kulturellen Verbindungen

Frankreichs philosophische und kulturelle Vergangenheit und die daraus resultierende Frankophilie, welche die französische Kultur und Sprache bis vor ein paar Jahrzehnten *die* Sprache und Kulturreferenz der Eliten der meisten europäischen Nationen und Staatsgebilden werden ließ, hat auch in Polen seine Spuren hinterlassen, und dies, obwohl die Verherrlichung des Ideengutes der Lumieres und der französischen Revolution vergessen lassen, daß der französische Volksaufstand in eine äußerst blutige und harte Diktatur und einen europäischen Krieg mit bis dahin noch nie gesehenen Ausmaß führte, und dass die Amerikaner darüber hinaus bereits ein paar Jahre zuvor und mit mehr Erfolg ein ähnliches politisches System, wie es die Französische Revolution forderte, eingerichtet hatten. Nichtsdestotrotz genießen die

⁶ Vgl. hierzu u.a. Marian, ebd., S.121, Sekutowics, ebd., passim.

⁷ hierzu lieferte Zgorniak, ebd., S. 119-124, einen ausführlichen Bericht.

Franzosen im gegenwärtigen Polen ein äußerst gutes Image und beziehen auf einer durch ein bekanntes Forschungsinstitut erstellten „Beliebtheitskala“ den zweit besten Platz, gerade nach den Amerikanern und weit vor den Deutschen.⁸

Diese kulturelle Empfindung findet ihren Ursprung in dem Solidaritätsgefühl zu Frankreich, das im krassen Gegensatz zu den Empfindungen steht, die heutzutage mit Deutschland in Verbindung gesetzt werden. Selbstverständlich ist dies mit dem oben geschilderten Ruf Frankreichs und mit dem Verhalten Preußens und später Deutschlands Polen gegenüber in Verbindung zu setzen. Das ganze Interesse dieses Sachverhalts findet wiederum ihre Grundlage jedoch nicht in dem Verhältnis von Polen zu Deutschland oder zu Frankreich, sondern umgekehrt im Verhältnis von Deutschland und Frankreich: wären Frankreich und Deutschland keine geostrategischen Kontrahenten und europäischen Hegemonialkandidaten gewesen, wäre die Solidarität zwischen dem vom Gegner Frankreichs angegriffenen Volk, Polen, und dem Opfer dieses Angreifers, nämlich Frankreich, nicht so ausgebaut worden

Und: Die Annäherung an Frankreich, die wir unten schildern werden, wäre nicht so intensiv gewesen, wenn der Konflikt Deutschlands (einerseits mit Frankreich und andererseits mit Polen) nicht stattgefunden hätte, weil er dann einen Teil seiner *Notwendigkeit* verloren hätte. Wichtig für unser Thema wird sein, die Folgen der Entwicklung dieser politischen Daten auf die bilateralen kulturellen Beziehungen zwischen den drei Ländern, und von da an auf ihre trilaterale kulturelle Kooperation, zu deuten.

Wenn auch die meisten kulturellen Kontakte zwischen Völkern, die nicht in Nachbarschaft leben, wenn nicht auf politischer, dann wenigstens auf wirtschaftlicher Basis beruhen, so sind die ersten Kontakte zwischen Franzosen und Polen auf den Austausch von intellektuellen Eliten zurückzuführen. Und das waren im Mittelalter die Geistlichen. In der Tat sind bereits lange schon vor den oben erwähnten, während der Kreuzzüge entstandenen Waffenbrüderschaften, seit der Anerkennung Mieszkos des Katholizismus' zur Religion der polnischen Völker im Jahre 966, die ersten Besuche von französischen Benediktinern in Polen

⁸Webseite des CBOS : Public Opinion Research Center, Warschau: www.cbos.pl/ENGLISH/OPINIA/2000/10/1OPINIA_1.HTM. Die Franzosen erhielten auf einer Skala von 1 bis 7 5,3 Punkte, die Amerikaner 5,37, beide von nahem gefolgt durch weitere westeuropäische Länder. Während die Deutschen in den anderen ost- und mitteleuropäischen Ländern den selben Beliebtheitsgrad wie die meisten westlichen, demokratisch strukturierten Staaten genießen, sind sie in Polen und Tschechen weit in der Mitte der Tabelle platziert, mit knapp 4,3 Punkten.

aufzuweisen, die dort im 10. Jahrhundert sogar drei Kloster erbauten, und denen bald darauf verschiedene Ordensvertretungen in beiden Richtungen folgten⁹.

Interessant ist hier, daß also ein einziger Faktor, nämlich die Religion, gleichzeitig *Auslöser* und *Objekt* dieses Austausches war. Denn wenn der Glaube zu dieser Zeit den *Nerv* dessen bildete, was später zur Politik und so zum Hauptgrund des Kontaktes zwischen den Völkern werden sollte, so bildete sie auch den *Nerv* der Kultur, zu dieser Zeit sogar die einzige Form austauschbarer, weil geschriebener Kultur. Nebenbei kann auch bemerkt werden, daß sich zu dieser Zeit die Kultur der Völker fast einzig auf das Ideengut der Religion beschränkte und diese die gesamte Ideologie der Nation definierte. In den modernen Staaten bauen die Denkweisen und Verhaltensmuster lediglich auf den Werten der Religion auf, ohne sich jedoch auf sie zu beschränken.

Hier war also die Vorgängerin der Politik Ursprung der ersten kulturellen Austausche. Die nächsten, wichtigsten Kontakte zwischen Frankreich und Polen waren denn auch politischen Ursprungs und auf die Verbundenheit der beiden Königreiche zurückzuführen, die sich im Laufe der Jahrhunderte gegenseitig zahlreiche Königreichs- und Staatsoberhäupter aus den Rängen ihrer enttäuschten Thronanwärtern schenkten.

Die erste intensive Konfrontation Frankreichs mit der polnischen Kultur¹⁰ fand dann Mitte des 19. Jahrhunderts statt. Bei Ausbruch der Unruhen und der Repression in Polen 1830, gingen parallel zur wirtschaftlich bedingten Auswanderung tausender Bergarbeiter, massenhaft Intellektuelle ins französische Exil.

Frankreich galt von jeher als gastfreundliches und empfangsfreudiges Land für politisch Verfolgte oder einfach solche Personen, die in ihrem eigenen Land nicht frei ihre politischen und philosophischen Überzeugungen frei äußern konnten. So war es beinahe selbstverständlich, daß ein bedeutender Teil der polnischen intellektuellen Elite das französische Exil nicht scheute. Und in der Tat sollte diese Haltung sehr fruchtbare Früchte tragen.

Im großen und ganzen wurden die polnischen *Gäste*, die zum Großteil aus Arbeitnehmern aus dem Gebiet des Kohlebergbaus bestanden, in der französischen öffentlichen Meinung akzeptiert. Nicht nur die Wirtschaftsträger sahen in diesen gleichzeitig billigen und hart arbeitenden Kräften willkommene Arbeitnehmer, die besonders anpassungsfähigen Polen wurden auch in den breiten Schichtung der französischen Bevölkerung gerne aufgenommen. Selbst wenn die politische, stark nach links tendierende Orientierung der meisten Polen in

⁹ Sekutowicz, ebd., S. 3.

¹⁰ Die entgegengesetzte Tendenz des Begeben französischer Kulturträger- oder Botschafter nach Polen war aus der konsultierten Literatur nicht zu entnehmen.

Frankreich manchmal skeptisch betrachtet wurde, wurden die intellektuellen Eliten, die nach französischer Auffassung genau die romantisierten 1789er Ideale vertraten, durch eine Welle der Sympathie und der Solidarität empfangen. Was die tatsächliche Integration der Neuankömmlinge betrifft, ist es kaum möglich, zu einer objektiven Sicht zu gelangen: wenn manche Quellen weniger positive Seiten umschreiben, wird anderweitig auf die schwierigen Aspekte der Massenemigration der Polen nach Frankreich hingewiesen¹¹.

Fakt ist jedoch, daß Paris dank der Aufnahme der Flüchtlinge und trotz der „[...]ständige[n] Beobachtung der Geheimpolizei zum kulturellen und politischen Zentrum der polnischen Emigration von 1831“¹² wurde. Basil avanciert, wahrscheinlich mit Recht, daß das Exil zu einer existentiellen Erfahrung der in viele Teile der Welt gezogenen Polen gewesen sind und die damals entstandenen Ideen die Grundlage für die 1989er Ereignisse gebildet haben.

Eine tragende Figur dieser Bewegung war neben den zahlreichen polnischen Persönlichkeiten, die, wie z.B. Frédéric Chopin oder der Romantiker Roman Mickiewicz, zu dieser Zeit in Paris verkehrten, der Fürst Adam Czartoryski.

Czartoryski hatte sich bereits 1803-1805 als Außenminister des Zaren Alexander I. zu einem eifrigen Verteidiger der Rechte des Adels entwickelt und während der Germanisierung Polens intensiv für den Schutz der polnischen Sprache und Kultur eingesetzt. So war es kaum erstaunlich, daß er sich nach dem Scheitern des Versuchs der Unabhängigkeit Polens und den blutigen zaristischen Repressionen 1831 nach Frankreich begab, dem Land, das nicht nur die einzige kontinentale Großmacht war, die nicht an der Teilung Polens beteiligt war, sondern das seit Napoleon Polen auch noch die offizielle Sprache der Administration sowie den geliebten und der heutigen Verfassung Polens als Grundlage dienenden Code Civil gebracht hatte. Die Flucht nach Paris bildete zu diesem Zeitpunkt die einzige Möglichkeit, die Rebellion im Untergrund weiterzuführen. Hier sind nochmals die politischen Motive der französischen Regierung in Frage zu stellen, diejenigen Aufständischen aufzunehmen, die gegen die drei Hauptkonkurrenten Frankreichs in Europa, das Deutsche Reich, die Österreich-Ungarische Monarchie und Russland, kämpften...

In Paris bezog der Fürst das *Hotel Lambert* auf der Ile de la Cité in Paris, von dem aus er bis zu seinem Tod 1961 „die Elite des polnischen Exils [versammelte], Strukturen zur Förderung

¹¹ Vgl. z.B. “: Basil beschreibt die Aufnahmebereitschaft, die jedoch mit politischem Misstrauen verbunden war: „[...]doch gleichzeitig waren die [meistens kommunistischen, (Anmrgk des Verf.) Flüchtlingen den restaurativen französischen Behörden suspekt. untergebracht in Lagern, den sogenannten „dépôts“, durften die politischen Emigranten nicht frei reisen, nicht arbeiten und bekamen zum Lebensunterhalt eine kleine finanzielle Unterstützung. Sie fristeten ein trostloses Dasein ohne Zukunftsperspektiven“: Kerski, Basil, *Fluchtpunkt Paris. Das Exil als prägende Erfahrung polnischer Kultur*, in: Neue Zürcher Zeitung, 14. Oktober 2001: „Neue Zürcher Zeitung gekennzeichnet“ durch „NZZ“.

¹² Basil, ebd.

der Kultur und Wissenschaft [entfaltete][...].¹³ Sein Hauptziel galt jedoch der Wiedererlangung der Unabhängigkeit, die Polen seit den Teilungen nie wieder richtig erkämpfen hatte können. Dafür „regte er eine rege, über Jahrzehnte dauernde diplomatische Tätigkeit“ an, u.a. mit der Unterhaltung eines an den großen europäischen Königshäusern ständig tätigen Agentennetzes.

Die polnische Bibliothek, die Czartoryski in Paris errichten ließ, erfasst auch heute noch einen der größten Bestände polnischer Literatur und bildete über hundert Jahre lang die Wiege der politischen Exilliteratur, die Czartoriskys Familie wie auch dessen politisches Erbe weiterzuentwickeln pflegte.

So ist es wahrhaftig auf die Aufnahme der polnischen Exilelite durch Frankreich zurückzuführen, dass das Ideengut, das Ende der 1980er Jahre in Polen zum entscheidenden Umbruch führte, nicht in Vergessenheit geriet.

Die ersten, sehr konkreten, wenn auch politisch betonten Kulturbeziehungen zwischen Frankreich und Polen existieren also bereits seit mehreren Jahrhunderten und haben sich mit der Zeit fortlaufend intensiviert und weitgehend positiv weiterentwickelt. Von einer solchen positiven Betrachtungsweise kann bezüglich deutsch-polnischen Beziehungen nicht die Rede sein, wenn auch die weitaus größere Komplexität dieser Nachbarschaftsbeziehung an einer nicht vergleichbaren Ausgangsposition zu leiden hatte.

Der Betrachtung dieses Sachverhalts wollen wir uns im Folgenden Abschnitt zuwenden.

2. POLEN und DEUTSCHLAND

Parallel zu den guten Beziehungen Polens zu Frankreich verliefen die zu Deutschland in einer fast ständig von Konflikten geprägten, zuweilen katastrophalen Art, die im Zweiten Weltkrieg ihren traurigen Höhepunkt fand.

Die Ausgangssituation wurde durch grundsätzlich verschiedene Aspekte geprägt; und die unmittelbare Nachbarschaft der beiden Nationen mit ihren klassischen Nebenerscheinungen, sollte Polen über Jahrhunderte den Hegemonialbestrebungen Deutschlands gen Osten, dem sogenannten *Drang nach Osten*, aussetzen.

Obwohl die Intensität und die Eigenschaften der Kontakte zwischen Polen und Deutschland seit über 1000 Jahren in keinerlei Maß mit denen zu Frankreich vergleichbar sind, erscheint der Tatbestand der Beziehung der Polen und Deutschen paradoxal viel einfacher zu schildern.

¹³ Vgl. Basil, ebd. Ebenfalls nächstes Zitat.

Denn die politischen und die daraus resultierenden kulturellen Konfrontationen wurden durch die aus der erst teutonischen und später deutschen Kolonisierung weit gen Osten reichender Gebiete des Baltikums verursacht, und verliefen demnach parallel, zeitgleich zueinander. Die ganze Komplexität der modernen deutsch-polnischen Annäherungspolitik beruht eben auf der bereits auf polnischem Territorium Bestehenden Fülle an preußischer Kultur, in allen geographischen wie sozialen Bereichen. Es erscheint deshalb nicht notwendig, wie im Falle Frankreichs getrennt auf die kulturellen *und* die politischen Aspekte einzugehen.

Die anscheinende Einfachheit dieser Verhältnisse soll jedoch weder den komplexen Werdegang der deutsch-polnischen Geschichte noch ihre Tragik vergessen lassen, die zu Ende des 20. Jahrhunderts zu einem der am schwersten zu lösenden Verständigungsprobleme auf dem neu zu gestaltenden europäischen geopolitischen Schachfeld führte.

Wieso diese kulturelle Präsenz nun so schwierig mit einer politischen Verständigung des deutschen und des polnischen Volkes zu vereinbaren ist, muss hier geklärt werden, um die späteren Entwicklungen verstehen zu können.

Die Frage, wie es eigentlich zu einem solchen Tatbestand kam, der eine solch verzwickte Position herbeirief, ist hier also von ganz besonderer Wichtigkeit. Und es lohnt sich, dessen Ursprünge weit in die Vergangenheit zu verfolgen, vor allem wenn sich herausstellt, dass der geographische Kern der hier behandelten deutsch-polnischen Problematik in der ursprünglich nicht-deutschen Provinz Preußen zu finden ist.

2.1. Die preußisch-polnische Problematik

Denn diese Gegend, die ursprünglich zwischen den Flüssen Weichsel und Niesen, also auf einem Gebiet, das von Mazurien bis zur Nordgrenze des heutigen Litauens¹⁴ reicht, und ursprünglich von slawischen Stämmen bevölkert war, wurde nach mehreren Etappen erst von deutschstämmigen Siedlern und politischen Einheiten (die Teutonischen Ordensritter, die Magdeburger Fürsten, die Dynastie der Hohenzollern) kolonisiert. Kurz nachdem das *germanische*, aber noch nicht *deutsche* Preußen im 19. Jahrhundert dem Deutschen Reich angegliedert wird, prägen die Tugenden des Heeres der Hohenzollern, der mächtigsten unter den deutschen Armeen, die gesamte Bevölkerung der zahlreichen deutschen Staaten. Seitdem wird Deutschland, wie vor allem -aber nicht nur- in jeder Hinsicht mit Preußen gleichgestellt. Die Folgen dieser Entwicklung fasst der bis zu den Neuwahlen im Spätsommer 2001 amtierende Außenminister Wladyslaw Bartoszewski treffend zusammen: In Polen bestehe

¹⁴ Grand Dictionnaire Encyclopédique Larousse, Vol. 11, Librairie Larousse, Paris, 1984, S. 7378 der gesamten

keine pauschale „Deutschenfeindlichkeit“, es habe gegeben und es gäbe lediglich Mißtrauen gegenüber den Preußen¹⁵. Wenn die Polen heute aber an Preußen denken, „dann fallen uns [den Polen] als Erstes bestimmt nicht die Tugenden ein“, denn „Preußen war in den Augen seiner Gegner der böse Geist Europas und eine Stütze des aggressiven Militarismus“. In welche Grauen diese Prägung im Zweiten Weltkrieg für die polnische Bevölkerung mündete, ist bekannt und macht diese pauschale Einschätzung der Lage umso verständlicher.

Der Grund für die bis heute alles beherrschende Bindung Polens zum Christentum, aus der ebenfalls die Zugehörigkeit zum westeuropäischen Kultur- und Ideengut hervorkam, ist auf das Jahr 966 zurückzuführen, als der als erstes Oberhaupt der sich in der „polnischen Ebene“ nach dem Zusammenbruch des römischen Reiches angesiedelten slawischen Stämmen geltende Prinz Mieszko, durch seine Taufe den Katholizismus als nationale Religion akzeptierte¹⁶. Dieser rein politische Akt, der Polen durch die direkte Unterstellung der römischen Autorität des Heiligen Stuhls allein die Einverleibung durch das Heilige Römische Reich Deutscher Nation des bereits damals nach Osten tendierenden Kaiser Otto I. verhindern konnte, ist für unsere Betrachtung der polnischen Geschichte also von ganz besonderer Wichtigkeit. Die ersten Kontakte zu Geistlichen aus Frankreich, das sich zur *ältesten Tochter der katholischen Kirche* proklamiert hatte, waren die erste konsequente Folge. Genauso konsequent war aber auch und vor allem das erste Abwehren der germanischen Ambitionen im Baltikum.

Die germanische Einflussnahme auf polnischem Territorium sollte jedoch bereits 200 Jahre später erfolgen. Bezeichnenderweise geschah dies aus rein geographischen Gründen: die dünne Besiedelung der polnischen Ebene zwang „im elften und zwölften Jahrhundert [...] polnische Adelige [...], für den wirtschaftlichen Aufbau deutsche Siedler ins Land [zu] rufen“¹⁷ und „ihnen zahlreiche Sonderrechte einzuräumen“. Ein weiterer Grund dafür war die Orientierung der polnischen Elite an westeuropäischen Wertordnungen. Die Kolonisierung durch Juden und deutsche Siedler sollte diesen Prozess beschleunigen.

Ausgabe.

¹⁵ „Der polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski im Gespräch über Polens schwierige Geschichte mit Preußen“: Der Spiegel 4/2001. Ebenfalls die zwei nächsten Zitate.

¹⁶ *The origins of Poland*, in *Poland - A country study*. Diese Informationen wurden direkt auf der Webseite der Bibliothek des amerikanischen Kongresses gefunden. Es können also keine bibliographischen Angaben gemacht werden. Die folgenden hierher stammenden Informationen werden fortan nur durch die Note „Library of Congress, ebd.“, gekennzeichnet.

Vgl. hierzu: [http://leweb2.loc.gov/cgi-in/query2/r?frd/estdy:@field\(DOCID+pl0016\)](http://leweb2.loc.gov/cgi-in/query2/r?frd/estdy:@field(DOCID+pl0016)).

¹⁷ Vgl. hierzu die Homepage des Polen-Projekts der Universität Kaiserslautern: <http://www.uni-kl.de/SB-SoWi/FG-Politikwissenschaft/projekte/polen/info.htm>. Hierher stammende Informationen fortan durch die Note „Uni-Kl“ gekennzeichnet. Folgendes Zitat ebenso.

Dies schaffte jedoch günstige Grundlagen für die historisch folgenschwere weitere Entwicklung, als der unter den seit 1241 andauernden Angriffen mongolischer Horden leidende Konrad von Masowien die Ritter des Teutonischen Ordens zur Hilfe rief und ihnen dafür das Kulmer Land, im Herzen Preußens, schenkte¹⁸.

Die Ritter betrieben eine rege Wirtschaftspolitik, die den Bewohnern der ihnen unterliegenden Gebiete durch den Handel mit der Hanse Wohlstand brachte. Um sich Brandenburg zu nähern, erweitern sie neben der östlichen Ausdehnung ihr Territorium ebenfalls nach Westen. Diese Ausdehnung und die steigende Machtposition der Ordensritter führte bald zum Konflikt mit Polen.

Bezeichnend ist hier die Tatsache, dass diese Auseinandersetzungen ursprünglich auf die Auflehnung der deutschstämmigen Eliten und der Bourgeoisie, die wegen der strammen Führung des Ordens bei den polnischen Fürsten Unterstützung suchten¹⁹, und keineswegs auf später eintretende deutsch-polnische Animositäten zurückzuführen ist. Die Polen versuchten dadurch ihre staatlich Einheit zu stabilisieren, was ihnen vor allem nach der Schlacht bei Tannenberg (1410) gelang, als „das Ordensland [und späteres Königreich Preußen] unter polnische Oberhoheit gelang“²⁰.

Nach fortwährenden Veränderungen des Profils Preußens gelingt es „schließlich Friedrich Wilhelm, dem Kurfürsten von Brandenburg“²¹, als Preis für das Eingreifen im polnisch-schwedischen Konflikt²², „die polnische Lehnsherrschaft über Ostpreußen abzuschütteln und das Fundament für das Königreich Preußen zu legen“²³. Dieses findet endgültig seinen Status, als Kaiser Leopold das Erzbistum Preußen als Gegenleistung für dessen Teilnahme am spanischen Thronfolgekrieg zum Königreich erhöht²⁴.

Bezeichnend ist also, dass die Errichtung des preußischen Königreiches gleichzeitig auf die Dynamik der deutschstämmigen Kolonisierungsaktivitäten und Machtausdehnungsstrategien, und - nicht desto weniger- auf die zweimalige Initiative der hilfeschuchenden polnischen Fürsten zurückzuführen sind.

Diese Situation war jedoch nur unter dem Zeichen eines gewissen Kräftegleichgewichts möglich, ein Gleichgewicht, das sich jedoch im Laufe des 17. Jahrhunderts fortlaufend

¹⁸Ebd.

¹⁹ S. 8543 der gesamten Ausgabe

²⁰ Uni-Kl.

²¹ Ebd. Ebenfalls übernächstes Zitat.

²² Die Verträge von Wehlau (1657) und Oliva (1660) beendeten die Lehnsherrschaft Polens über Preußen: Grand Dictionnaire Encyclopédique Larousse, Vol. 12, Librairie Larousse, Paris, 1984, S. 8544.

²³ Uni-Kl.

²⁴ Vgl. Fußnote 19.

degradierte und in einer politischen sowie territorialen Dekadenz des polnischen Reiches und schließlich dessen vollkommenem Verschwinden ihren Ausdruck fand. Das neben den Hohenzollern mit den Habsburgern Mitte des 18. Jahrhunderts eine zweite deutsche Dynastie an den Teilungen Polens beteiligt war, hat wohl bereits damals endgültig den Anfang der polnisch-deutschen Antagonismen gesetzt. Diese Feindschaft hat im Gegenzug die bereits beschriebene französische Solidarität sowie die Allianzen mit Polen gestärkt, die ihren Höhepunkt in der Herstellung des Großherzogtums Warschau durch Napoleon und die Beteiligung polnischer Armeekorps am Russlandfeldzug des französischen Kaisers zur Folge. Die Aufstände gegen die russischen, preußischen und österreichischen Besatzer im Laufe des 19. Jahrhunderts führten zur massiven Emigration mit Frankreich als bevorzugtem Ziel. Ebenfalls in dieser Zeitspanne ist die demokratische Emanzipation Polens anzusiedeln, die am 3. Mai 1791 zur ersten geschriebenen, demokratisch orientierten Verfassung der Welt, gleichzeitig aber auch zum endgültigen Ende polnischer Souveränität führte: die reaktionären Kräfte im Land riefen Tsarin Katharina von Russland („die ebenfalls Preussin war“²⁵...) zur *Hilfe*, die Mithilfe Preußens für Polen die „alten Freiheiten“ zurückeroberte²⁶.

Der historischen Verbundenheit des preußischen und des polnischen Volkes, die so entstand, war die entsprechende Vermischung und gegenseitige Prägung der Kultur die logische Folge.

2.2. Die kulturelle Verbundenheit

Hier muss jedoch sofort darauf hingewiesen werden, dass die deutschen Siedler auf polnischem Gebiet zwar bestimmt den Großteil des polnischen Kulturgutes integriert haben, dass aber wohl nur Bruchstücke polnischer Kultur ins deutsche Ausland gelangen. Die Prägung des gesamten Baltikums jedoch durch die preußische Kultur wiederum war wesentlich.

Sie umfasste alle Gebiete der Gesellschaft, sowohl das intellektuelle wie das politische Leben, die Verwaltung und die Armee, und war so verbreitet, dass sie paradoxerweise sehr schnell darzustellen ist.

Die gesamten politischen, administrativen Strukturen, die am Anfang vergangenen Jahrhunderts die baltischen Staatsgebilde stützten, waren aus der germanischen Kolonisierung

²⁵ Der Spiegel, ebd.

²⁶ „Catherine gladly used this opportunity; enlisting Prussian support, she invaded Poland under the pretext of defending Poland's ancient liberties“: *Destruction of Poland-Lithuania*, in: Library of Congress, ebd.

entstanden²⁷, vor allem seitdem 1723 die Zentralisierung der Verwaltung durch ein „Generaldirektorium“, das für Finanz-, wirtschafts- und Innenpolitik zuständig war²⁸, eingeführt wurde. Städte wie Danzig, Breslau, oder sogar Vilnius wurden durch die Vorfahren der Deutschen gegründet. Besonders Danzig und Breslau, heute Gdansk und Wroclaw, gelten als deutsche Städte schlechthin. Ein Artikel der Zeitung *Le Monde Diplomatique* zeigt, dass das Beispiel Breslaus darstellend für die gesamte kulturelle Einflussnahme Preußens in Polen ist²⁹. Zahlreiche namhafte deutsche Persönlichkeiten hierher: der alte Jüdische Friedhof der Stadt beherbergt die Grabstätten Ferdinand Lassalles, dem Gründer des Deutschen Arbeitervereins, des Mendelsohns, des Nobelpreisträgers Fritz Habers.

Das architektonische Schicksal Breslaus ist mit dem Straßburgs zu vergleichen: ganze Teile beider Städte wurden während der deutschen Zeit erbaut und vom deutschen Baustil geprägt. Eines der berühmtesten Gebäude der Stadt wurde 1927 vom Bauhaus-Architekten Erich Mendelsohn erbaut. Die Bibliothek enthält einen großen Bestand an deutschen Büchern, die Universität Breslau wurde von 1728 bis 1734 erbaut.

Ab 1876 wurde denn auch eine offizielle Germanisierungspolitik gegenüber der polnischen Bevölkerung in den Ostprovinzen getrieben, die Deutsch zur Amtssprache werden ließ die deutsche Präsenz durch die Ansiedelung deutscher Bauern verstärken sollte³⁰.

Die Bevölkerung der preußischen Territorien war durch eine starke Dominanz der deutschstämmigen Elite und eine große soziale Kluft gekennzeichnet: während die städtische Bevölkerung zu einem Großteil aus deutschen Immigranten bestand, waren die Bauern Letten, Lithauer oder Esten³¹.

Die Folge war ein latenter Pangermanismus, der in den baltischen Gegenden eine ganz besondere Prägung gewann, und ebenfalls eine ausgeprägte Faszination auf die baltische Unabhängigkeitsbewegungen ausübte 1914 löste der Einmarsch deutscher Truppen eine Welle der Sympathiebekundungen aus. Und entgegen dessen, was angesichts der Gräueltaten der Deutschen im Baltikum und in Polen vergessen wird, fanden die Nazis unzählige eifrige, oft brutal agierende KZ-Helfer aus den Reihen der Bevölkerung. Bis zu 30 000 Esten und

²⁷ „Les entités politiques qui sont apparues à partir du 12e siècle sur les rives de la Baltique sont nées de la colonisation germanique“: Arzalier, Francis, *De la Baltique à l'Ukraine. Quand l'Allemagne manipulait les nationalismes*, in: *Le Monde Diplomatique*, Avril 1992.

²⁸ *Der Spiegel*, 4/2001.

²⁹ Patzold, Brigitte, *Sept cents ans allemandes, cinquante ans polonaise. Quand Breslau perce sous Wroclaw*, in: *Le Monde Diplomatique*, Mai 1996, S. 28. Weitere Angaben dieses Absatzes ebendort.

³⁰ *Der Spiegel*, 4/2001.

³¹ „Les gens des villes n'ont point les mêmes coutumes, la même langue que le menu peuple des champs, et ils ne font pas les mêmes vœux: ils sont allemands tandis que les paysans sont lettes, lituaniens ou esthes“, schrieb 1886 der Geograph Onésime Reclus über die baltischen Provinzen des russischen Reiches. Zit in: Arzalier, ebd.

Letten wurden erst in den Schutzmanns Bataillonen, dann ab 1943 in zwei baltischen SS-Divisionen eingesetzt³².

3. Schlussbetrachtung zu A.

Die ersten Kontakte Frankreichs und Deutschlands mit Polen sind also von jeher mit dem Kontakt der beiden Kulturen verbunden, jedoch von grundverschiedenen und entgegengesetzten Entwicklungen geprägt.

Frankreich hat durch seine während der Revolution entstandenen, weitaus verbreiteten und anerkannten, aufklärenden Ideen einen ganz besonderen Einfluss, sowie während der Unterdrückung eine starke Anziehungskraft auf die polnischen Eliten ausgeübt, und ist so zu einem der wichtigsten Empfänger polnischer Kulturträger geworden. Hier sind durch die kulturpolitische Aktivität der Exilpolen die meisten Ideen entstanden, die letztendlich sogar zum Auslöser des polnischen Sommers 1980 führten, der durch seine Folgen ganz Europa erschütterte. Frankreich hat jedoch, außer dem besagten Ideengut, kaum aktiv seine Kultur nach Polen exportiert.

Umgekehrt hat Deutschland mit der preußischen Zwischenhandlung durch die Kolonisierung der polnischen Gebiete gesamte Aspekte des heutigen Polens einseitig geprägt, ein Großteil der Bevölkerung auf polnischem Boden befindlichen deutschen Gebiete war deutschen Ursprungs. Deutschland hat kaum polnische Kultur empfangen.

Zu bemerken ist also, dass es sich hier noch um keine kulturelle *Kooperation*, sondern lediglich um eine Art unilateralen *Kulturtransfer* handelte, da dieser in beiden Fällen meistens nur in eine Richtung geschah

Es war äußerst wichtig, diese beiden entgegengesetzten Entwicklungen zu verstehen, die kennzeichnend sind für die allgemeinen Beziehungen zwischen Polen und Frankreich und Polen und Deutschland. In dieser Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg sind die Grundlagen dessen entstanden, was den Charakter der späteren Kulturkooperation der drei Länder entschied.

Durch die Folgen des Zweiten Weltkrieges wurden diese Beziehungen jedoch durch eine

³² Arzalier, ebd..

gewisse Anzahl zu berücksichtigender Aspekte ins Extreme getrieben. Für das vollkommene Verständnis unserer Thematik sollen die wichtigsten unter ihnen im folgenden Kapitel geschildert werden.

B. Die neuen Paradigmen der Nachkriegszeit:

Die politischen und moralischen Konsequenzen des zweiten Weltkrieges als Rahmenbedingungen der - und Einflussfaktoren - auf die Entwicklung der deutsch-polnisch-französischen Dreiecksbeziehungen bis zur Verwirklichung eines institutionalisierten Trilateralismus 1945 bis 1989/1991

Der Zweite Weltkrieg brachte mit den vollkommen neu aufgetauchten Weltmächtsverhältnissen den radikalen Bruch mit den bis dahin *traditionellen* politischen und strategischen Beziehungen der europäischen Staaten. Fast alle Länder der Welt und die Gesamtheit der europäischen Staaten befanden sich fortan im Handlungsspielraum einer der beiden zur Supermacht aus dem Konflikt hervorgetreten Gebilde, entweder us-amerikanischen oder sowjetischen, politischen und militärischen, welche die Welt in ihre jeweiligen Einflussbereiche teilten und vorerst ihre Blockmitglieder von denen des anderen, als Gegner geltenden abschotteten. Die ideologische Grenze zwischen beiden Blöcken sollte bald unüberbrückbar werden. Dadurch, dass Frankreich und Deutschland nicht demselben Lager angehörten wie Polen, waren die traditionellen, oben bereits beschriebenen Vorgehensweisen in den -bisher nur bilateral bestehenden- Beziehungen der drei Länder mit neuen Gegebenheiten konfrontiert. Dass auch Deutschland selbst in zwei blockverschiedene Teile gespalten wurde, war der zweite entscheidende Faktor in dem dieser Arbeit als Grundlage dienenden Dreieck.

Frankreich und Polen mussten ihre Kontakte zum ehemaligen Reich, Deutschland seine gesamte Innen- und Außenpolitik an dem Ziel der Wiedervereinigung, und Frankreich seine Machtstrategie in Europa neu orientieren. Darüber hinaus erschwerte das stark emotional belastete Erbe des Zweiten Weltkrieges vor allem die deutsch-polnischen Beziehungen, aber auch die Haltung Frankreichs innerhalb des Dreiecks.

Welche waren in diesem Kontext die Voraussetzungen für Kulturkooperation und inwiefern und in welchem Masse würden sich die drei Staaten annähern? In diesem Teil soll nun gezeigt werden, wie sich Frankreich, Deutschland und Polen diese neuen Gegebenheiten der Weltpolitik aneigneten und in ihre jeweils die auf die zwei anderen gerichtete Strategie integrierten.

Dabei soll vorerst auf die am meisten belasteten bilateralen Beziehung zwischen Polen und Deutschland eingegangen werden. Sie beinhaltet diejenigen moralisch brisanten Elemente, die erläutert werden müssen, um auch ihren Einfluss auf die Einstellung und Vorgehensweise Frankreichs gegenüber einerseits Polen, und andererseits Deutschland, verstehbar darstellen

zu können. Der Platz Polens soll hier nicht vergessen werden, bevor auf das deutsch-französische Verhältnis und sein Einfluss auf die deutsch-französisch-polnische Zusammenarbeit eingegangen werden soll. Dieser Vorgang wird ermöglichen, in Teil II dieser Arbeit die Rahmenbedingungen der Kulturzusammenarbeit und ihre tatsächlichen Entwicklungen, darzustellen.

1. Das deutsch-polnische Trauma, das Erbe des Zweiten Weltkrieges und die deutsche Ostpolitik

Die jahrhundertelange Nachbarschaft und die doppelte ethnische Ansiedelung auf beiderseits begehrten Territorien - den ehemaligen deutschen Ostgebieten - hat den historischen Beziehungen zwischen Polen und dem ehemaligen Deutschen Reich ihre ganze Brisanz auferlegt. Diese Intensität fand ihren tristen Höhepunkt während des Zweiten Weltkrieges. Durch den Konflikt wurde dieser immerwährende Widersinn von Nähe und Intensität³³ den beiden Völkern zum lange anhaltenden Verhängnis.

1.1. Die unüberwindbare deutsch-polnische Ausgangsposition und die unmögliche Kooperation: 1945-1970

Die gesamte deutsch-polnische Problematik beruhte auf einer Reihe sowohl *psycho-traumatischen* wie auch *geopolitisch-strategischen*, miteinander kombinierten Paradigmen, deren Grundlagen in der unmittelbaren Nachkriegszeit gelegt wurden, die jedoch bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten vorerst „nur“ auf der moralisch-psychologischen die jeweiligen Wahrnehmungen belastete.

1.1.1. Die unmittelbare Nachkriegszeit bis zur progressiven Wiedererlangung der Souveränität durch die BRD 1949-1955

Psychologisch gesehen war das Ausmaß der deutschen Gräueltaten gegenüber der polnischen Bevölkerung während des Krieges der wichtigste Einflussfaktor auf die zukünftigen Beziehungen der beiden Länder. Polen ist im Vergleich zu seiner Größe und seiner Bevölkerungszahl das Land, dass am meisten unter der deutschen Schreckensherrschaft gelitten hat. Dem deutschen Überfall auf Polen, der allmählich zum Aggressions-, später zum

³³ Bingen, ebd., S. 319.

Vernichtungs- und zum Vergeltungskrieg mutierte, fiel mehr als ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Polens zum Opfer. Der im Generalplan Ost enthaltenen, anvisierten systematischen biologischen Vernichtung des polnischen Volkes, fielen insgesamt 6 Millionen Menschen, darunter 3 Millionen Juden, in den berüchtigten deutschen Vernichtungslagern, die sich alle auf polnischem Boden befanden, zum Opfer³⁴. 2,5 Millionen Polen wurden während des Krieges zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert³⁵. Die Menschen starben nicht nur auf dem Schlachtfeld, sondern auch durch die indirekten Folgen des Krieges, die Intellektuellen wurden dezimiert. Dieser Sachverhalt hinterließ schwere psychologische Spuren, die Josef Buszko sehr wohl beschrieb.³⁶

Der Deutschlandhass hatte sich also bereits während des Krieges angebahnt.

Mit dem Ende des Konflikts trat jedoch ein anderes, vor allem geopolitisches Problem an den Tag, das unter dem Begriff „Oder-Neiße-Problematik“ zusammengefasst werden kann.

Bereits auf der 1943er Kriegskonferenz in Teheran wurden dem bald besiegten Reich die Territorien jenseits einer fiktiven Linie entlang des Laufs der zwei Flüsse Oder und Neisse abgesagt.

Stalin weigerte sich, dieses durch das geheime Polenprotokoll mit Deutschland erlangte Territorium an Polen abzutreten³⁷. Durch eine Westverschiebung seines Staatsterritoriums sollte Polen als „Ausgleich“ nicht nur für den Verlust im Osten, sondern auch für die Gräueltaten des Krieges, die Gebiete bis an die durch die Flüsse Oder und Neisse definierte Linie als Verwalter übernehmen. Die während des Konflikts geschäftsführende polnische Regierung in London war zu Ende des Krieges nicht in der Lage gewesen, die Kontrollnahme der Sowjetunion und dessen Lubliner Komitee zu verhindern³⁸, das, ähnlich wie die SED in der DDR aus in der UDSSR ausgebildeten Funktionären bestand. So musste auch der Staus Quo hingenommen werden.

In der „verbrüderten“ Ostzone wurde die öffentliche Meinung zwar gezügelt, doch spiegelte diese Kontrolle nicht die allgemeine Einstellung der gesamten deutschen Bevölkerung wider, die in den westlichen Besatzungszonen viel stärker zum Ausdruck kam. Und tatsächlich ließ

³⁴ Wie es die in Josef Buszkos Vortrag aufgeführten Zahlen zeigen, hatte „der Zweite Weltkrieg die Bevölkerungsvermehrung von 35 aufgezehrt“ und die polnische Bevölkerung sah sich 1946 auf den Stand von 1910 zurückgedrängt: Buszko, Josef, „Zu den deutsch-polnischen Beziehungen vom Ende des 2. Weltkrieges bis 1955“, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.), „Deutschland-Frankreich-Polen: Ihre Beziehungen zueinander nach 1945“, Verlag Rita Dadder, Saarbrücken, 1986, S. 27f

³⁵ Korinmann, ebd.

³⁶ „Jene Zeit hinterließ die wohl schlimmsten Spuren in der menschlichen Psyche; das lange anhaltende Bewusstsein des polnischen Volkes in deiner Grenzsituation, in äußerster Lebensgefahr existieren zu müssen, stets als "rassisch minderwertiges Element" diskriminiert zu werden. Buszko, ebd., S. 27f.

³⁷ Rivière, Isabelle, *Le Triangle de Weimar 1991-1997*, Forschungsarbeit am Institut d'Etudes Politiques de Paris, 1997, S. 16

³⁸ Timmermann, Heiner, *Die Ausgangslagen 1945/1949/1955 für die Außenpolitik der drei Länder*, in:

sich bis hin zur von Moskau dirigierten SED im unmittelbaren Nachkriegsdeutschland „keine repräsentative deutsche Gruppe ermitteln, welche die Oder-Neiße-Gebiete völlig verloren glaubte“³⁹, eine Meinung, die sogar unter polnischen Spitzenpolitikern verbreitet war. So war es auch nicht erstaunlich, wenn Adenauer 1949 dieser allgemeinen Meinung Ausdruck gab: „Wir können uns [...] unter keinen Umständen mit einer von Sowjetrußland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtretung dieser Gebiete abfinden“⁴⁰. Auf internationaler Ebene und gemäß der westlichen Auffassung des Potsdamer Abkommens wurde die Oder-Neiße-Frage als eine an einen Friedensvertrag mit Deutschland gebunden Übergangslösung betrachtet. Lediglich die Sowjetunion und Polen gaben ihr mit dem sowjetisch-polnischen Grenzvertrag des 16. August 1945 einen offiziellen Charakter.

Nach dem Krieg sollte Polen durch eine radikale „Repolonisierung“ der deutschen Territorien das verlorengegangene Recht wiedererlangt werden. Stalin zwang hunderttausende Polen, aus den östlichen, von der SU annektierten in die neuen Westgebiete Polens, überzusiedeln. Die - trotz der zu Ende des Krieges eintretenden Flucht vor „den Russen“ immer noch mehrheitliche - deutsche Bevölkerung⁴¹ wurde gemäß des Beschlusses des Potsdamer Abkommens des 2 August 1945 vertrieben. Die Zahl der Vertriebenen grenzt an 8 Millionen Personen, die in Deutschland erst nur unter enormen menschlichen Problemen aufgenommen werden konnten. Dass dort oft brutal und nur gering völkerrechtlich vorgegangen wurde, kümmerte kaum jemanden: „Wer hätte sich in diesen Zeiten der Rechte eines Volkes angenommen, das den NS-Alptraum aufgezwungen hatte?“⁴². Eine Million deutschstämmiger Polen⁴³ blieb in den neuerdings polnischen Gebieten. Dass Polen einen deutschen Revanchismus befürchtete, ist nur verständlich. Dieser wurde darüber hinaus noch durch die Forderungen einerseits der in Deutschland gestrandeten Vertriebenen und andererseits der deutschen, in Polen gebliebenen Minorität geschürt.

Bereits vor der Staatsgründung der BRD und der DDR war in Polen ein allgemeiner Antigermanismus entstanden sowie eine absolute Abneigung gegen jegliches Deutsches. Auf kultureller Ebene waren die Folgen genauso schwerwiegend wie in der Politik. Die deutsche

Timmermann, ebd., S. 42.

³⁹ Bingen, ebd., S. 11.

⁴⁰ Jacobsen, Hans-adolf, und Miecczyslaw, Tomala (Hrsg.), *Bonn-Warschau 1945-1991. Die Deutsch-polnischen Beziehungen. Analyse und Dokumentation*, Köln, 1993, S. 68f., in: Bingen, ebd., S.26f.

⁴¹ 1939 befanden sich in den Ostgebieten des Reiches 7 100 000 Deutsche gegen knappe 1 300 000 Polen. 1945, nach der massiven Flucht der Deutschen vor „den Russen“, betrafen diese Zahlen 3 und 1 Million.: Roszkowski, *Histoire de la Pologne de 1914 à 1990*, zit. in: Korinmann, ebd.

⁴² „[...] Qui, à l'époque, se serait avisé des droits d'un peuple qui avait imposé le cauchemar nazi?": Beauvais, Daniel, *Etre historien en Pologne: les mythes, l'amnésie et la vérité*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine*, Bd. 38, Juli-August 1991, S. 31, zit. in: Korinmann, ebd., S. 291f.

⁴³ Vor allem „Oberschlesier und Masuren“, die auch als Polen akzeptiert wurden: Buszek, ebd. S. 28.

Kultur wurde von den allergrößten Schichten der Bevölkerung⁴⁴ kategorisch abgelehnt, und bald wurde diese Haltung auch offiziell von der politischen Macht aufgenommen, ja sogar offiziell vorgeschrieben. In Polen wurde der Antigermanismus fortan offizielle Ideologie, Abweichungen wurden aus Gründen des Selbstschutzes von den Sowjets kaum toleriert. Dieser Antigermanismus fand seine Wurzeln „in der Erinnerung an die Gräueltaten der Nazis, der patriotisch betonten Bestätigung der wiedergewonnen Gebiete, der Verleugnung der deutschen Minderheiten und der ständig vorgehaltenen Bedrohung des deutschen Revanchismus“⁴⁵, also genau den oben beschriebenen Gegebenheiten.

Doch mit der Gründung der BRD wurden die polnischen Befürchtungen und Ängste - zumindest aus polnischer Sicht - auf staatlicher, also weit über der Ebene der rein menschlichen Empfindungen, legitimiert. Mit der Verfassung, die sich die Bundesrepublik gab, wurde nicht nur die Vereinigung oberstes Verfassungsgebot. Diese Vereinigung sollte unter Kriterien erfolgen, die in der Tat, zumindest dem Anschein nach, beunruhigend wirken konnten. Der Alleinvertretungsanspruch des deutschen Volkes war, so der französische Jurist P. Koenig, „die juristische Identifikation der Bundesrepublik Deutschland mit dem Deutschen Reich von 1937“⁴⁶. Dies implizierte nicht nur die Zugehörigkeit aller auf Territorien innerhalb der ehemaligen Grenzen des Reiches vor 1937 lebenden Deutschen zur BRD, sondern auch die Nicht-Anerkennung der Oder-Neiße-Linie.

Rein theoretisch hatte die Volksrepublik Polen (VRP) seine Westgrenze durch den Görlitzer Vertrag mit der jungen DDR am 6 Juli 1950 gesichert. Doch wegen derselben, wie die oben angeführten Gründe, konnte die BRD ebenso wenig die DDR wie die Teilung Deutschlands anerkennen. Darüber hinaus war die Haltung der westdeutschen öffentlichen Meinung und politischen Führung bekannt. Bereits zu diesem Zeitpunkt war aber die Bedeutung der BRD in der internationalen Mächtekonstellation im Vergleich zu der DDR unverhältnismäßig gewachsen, um so mehr, als dass die Bundesrepublik im Laufe des Prozesses⁴⁷, der

⁴⁴ So Dupeux, Louis, in „Die Beziehungen zwischen Polen, den beiden Deutschland und Frankreich hin den Jahren 1945/1949/1955“, in: Timmermann, ebd., S.15: der Hass gegen Deutschland [...] wurde einmütig getragen von den Polen in Polen und von den Polen im Exil, von der marxistisch ausgerichteten Regierung und von der katholischen Kirche Polens, von Staat und Gesellschaft“, also genauso gut von den offiziellen Ideologieträgern wie von den Teilen der Gesellschaft, von denen ein paar Jahrzehnte später die Verständigung zwischen den beiden Völkern ihren Anstoß fand.

⁴⁵ „la mémoire des crimes nazis, la consécration des terres retrouvées, la négation de la minorité allemande et la menace constamment brandie du revanchisme allemand“: Korinman, ebd., S. 292.

⁴⁶ Koenig, *A propos des relations entre la RFA et la Pologne*, Revue d'Allemagne, Bd. 4, No1, 1983. Zitiert nach Dupeux, in: Timmermann, ebd., S. 19

⁴⁷ Am 18.4.1951 war Deutschland einer der Gründer der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Der René-Pleven-Plan vom 24.10.1950 scheiterte zwar am Veto der französischen Nationalversammlung am 30.08.1954. Doch am 23.10.1954 wurden die Pariser Verträge unterschrieben, die Frankreich angesichts seiner kolonialistisch-militärischen Situation nicht mehr in der Lage war, abzuwehren, und traten 1955 in Kraft. Die BRD hatte weitgehende Rechte bezüglich der eigenen Politik erreicht, wie die „Erleichterung der Kontrolle durch die Alliierten“, „das Recht auf ein eigenes Außenministerium“, die Beendigung des Kriegszustandes.

schließlich 1955 in der Wiedererlangung großer Teile seiner Souveränität und der Aufnahme in die Nato mündete, *de facto* die definitive Einbindung in das westliche Bündnis-, politische und militärische Wertesystem erreichte- mit all der Rückendeckung des Westen, den dies beinhaltete. Die BRD war also außerhalb des sozialistischen Lagers der wichtigere der beiden deutschen Staaten geworden, und die Problematik der Oder-Neiße für die VRP, genauso wenig wie für die BRD, ein abgeschlossener Akt.

Diese Problematik der Oder-Neiße-Grenze ist aus zweierlei Hinsicht für unsere Betrachtung der Problematik der Entwicklungen der Möglichkeit kultureller Kontakte zwischen Polen und Deutschland von äußerster Wichtigkeit.

Zum einen rechtfertigte und legitimierte die westdeutsche Haltung die Radikalisierung der anti-deutschen, neuen polnischen Staatsideologie. Nach dem Krieg sollte in Polen eine vollkommene *Degermanisierung* Polens durchgeführt werden, wozu erstens wie bereits erwähnt die Vertreibung der in Schlesien, Ostpreußen usw. angesiedelten Deutschen, und zweitens eine Dämonisierung jeglicher Form des Deutschtums, seiner Menschen oder Strukturen, gehörten. Die westdeutsche Haltung legte den neuen polnischen Ideologen die Waffe des deutschen Revanchismus, der den Polen unentwegt mit den schauderlichsten Folgen vorgehalten wurde, regelrecht in die Hand.

Nicht nur, dass der Mangel an Kooperation auf polnischer Seite, welcher der nicht minder negativen bundesdeutschen Haltung gegenüberstand, hier sein ganzes Wesen fand, und daher die deutsch-polnischen Beziehungen durch eine durch beide Seiten verursachte, ja gewollte Einstellung vollkommen zum Stillstand kamen.

Zum zweiten war die daraus resultierende, über die politischen Folgen hinaus auf die öffentliche Meinung überschwappende Konsequenz dieses gesamten Sachverhalts eine nie dargewesene Steigerung der gegenseitigen Heterostereotypen, die auch in den breiten Schichten der Bevölkerung der beiden Länder den Willen, und den Wunsch selbst nach Verständigung *de facto* entkräftete.

Denn auf politischer Ebene machte die außenpolitische Strategie der BRD trotz der Möglichkeit, die durch die mit Stalins Tod eintretende Entspannung bot, jegliche Annäherung unmöglich. Als die VRP 1955, sechs Tage nach der sowjetischen Erklärung zur Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland, ebenfalls eine „Erklärung“ veröffentlichte, in der die Möglichkeit der Normalisierung der Beziehungen zur BRD geäußert wurde, konnten keine

Timmermann, ebd., in Timmermann, ebd., S.47. Dieser Prozess zeigt v.a. den Willen der westlichen Macht, Deutschland definitiv nicht nur an ein westliches Schema zu binden, sondern es ihm auch definitiv zu integrieren.

diplomatischen Beziehungen aufgenommen werden: obwohl Adenauer solchen zwar während seiner Reise nach Moskau zugestimmt hatte, blieb die Sowjetunion das einzige Land, dass von der Hallstein-Doktrin verschont blieb.⁴⁸ Um seinerseits diplomatische Beziehungen zur BRD aufbauen zu könne, hätte Polen der Bedingung der Hallstein-Doktrin, die Nicht-Anerkennung der DDR, akzeptieren müssen. Dies war angesichts der Weigerung der BRD, die Oder-Neiße-Linie als legitim zu betrachten, unmöglich, da diese Grenze auf deutscher Seite lediglich von der DDR garantiert wurde.

Daran änderte auch die Entspannung nichts, die in Polen durch die sozialen Ereignisse in Poznan eintrat und die VRP, mit dem Aufstieg Gomulkas zum 1. Sekretär 1956, zu einer der „geöffnetsten Gesellschaften des Ostblocksmacht“⁴⁹. Das Abkommen des Rotenkreuzes, das zwischen 1956 und 1969 die Familienzusammenrückführung von 400.000 Deutschen aus Polen ermöglichte, war neben der Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen Polens und der BRD beinahe die einzigen Kontakte der beiden Staaten dar.

Die Kombination der Gräueltaten der Deutschen während des Krieges einerseits und der an die Westverschiebung Polens gebundene Problematik der Oder-Neiße-Grenze, der Vertreibung der Deutschen aus dem neuen Polen, der latente und aktive Anti-Germanismus in Polen, machten bis Ende der sechziger Jahre jegliche Beziehungen schier unmöglich⁵⁰. Und tatsächlich blieben diplomatische und hoch angelegte kulturelle Kontakte bis 1969 und der

⁴⁸ Dupeux, ebd., S. 22

⁴⁹ Nach den 1956er Arbeiter-Ereignissen in Polen, hatte sich die Partei entschlossen, entgegen Chrouchtschevs Wille und trotz dessen Drohung, Polen zu besetzen, 1956 den moderaten Gomulka als 1. Sekretär zu ernennen. Hier handelte es sich um einen „Meilenstein in der Geschichte des kommunistischen Polen. Das Wichtigste war, dass es das erste Mal war, dass die öffentliche Meinung [während der sozialen Ereignisse] eine Veränderung an der Spitze einer kommunistischen Regierung beeinflusst hatte. Gomulka's Regime hatte hoffnungsvoll begonnen, indem es [...] kollektivisiertes Landgut in privates Eigentum gab, die Zensur lockerte, politische Gefangene befreite, Beziehungen zur katholischen Kirche aufbaute, und eine Demokratisierung des kommunistischen Management der Partei begann. Im allgemeinen gewann Polen den Ruf einer der geöffnetsten Gesellschaften Osteuropas. Doch der neue Parteichef enttäuschte viele Polen, als er die Fundamente des stalinistischen Systems nicht abschaffte. [...] Gomulka sah sich selbst als loyaler Kommunist und versuchte, die traditionelle polnisch-sowjetische Feindschaft zu minimieren und bevorzugte lediglich solche Reformen, die notwendig waren, damit die polnische öffentliche Meinung die Moskauer Abhängigkeit der Partei tolerierte Die Partei war der Verteidiger gleichzeitig des polnischen Nationalismus und der kommunistischen Ideologie[...]“: Library of Congress, ebd. [eigene Übersetzung aus dem englischen]

⁵⁰ Jedoch soll hier entweder der Eindruck entstehen, die Frage der deutsch-polnischen Grenzlinie sei der einzige Entscheidungsfaktor der Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern gewesen, noch soll die hier abgegebene, bilaterale Darstellung die internationale Verflechtung der Problematik vergessen lassen. Tatsächlich waren die deutsch-polnischen Angelegenheiten unter den wichtigsten Komponenten des Kalten Krieges. Die Oder Neiße Problematik kristallisierte wiederum beinahe die Gesamtheit der Bestandteile der (west) deutsch - polnischen Beziehungen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Genau deshalb mussten beide Fragen besonders ausführlich behandelt werden. Auf die Schilderung von zum Verständnis des Folgenden notwendigen Grundfakten mit Einbeziehung internationaler Verflechtungen wurde aus Gründen der Klarheit verzichtet. Die internationale Auffassung des gesamten Sachverhalts wird im folgenden Kapitel gebührend behandelt.

politischen Wende in Deutschland faktisch aus. Jedoch soll hier nicht der Eindruck entstehen, die deutsch-polnische Grenzfrage habe allein die Beziehungen.

Dieser Sachverhalt bestimmte aber nicht nur das Verhältnis zwischen VRP und BRD, sondern war seit 1945 ebenfalls bestimmender Teil der Orientierungen der französischen Außenpolitik gewesen.

2. Frankreich -Polen 1944-1969 : de Gaulles Ostpolitik

Frankreich gehörte wie Polen zu den ehemaligen Gegnern bzw. Opfern des Angriffs des Dritten Reiches. Diese Gemeinsamkeit baute auf der bereits jahrhundertelangen, meistens anti-deutsch (bzw. -germanisch) angelegten polnisch-französischen Solidarität, auf. Die französischen Beziehungen zu Polen und Osteuropa basierten auf einer dementsprechend radikal verschiedenen Ausgangslage als die Deutschlands.

Für Frankreich wie für die meisten Länder war der Zweite Weltkrieg jedoch Ausgangslage für eine komplette Neuverteilung der innen- wie außenpolitischen Strategien. Frankreich konnte im Gegensatz zu Deutschland eine eigenständige Außenpolitik gestalten. Welche waren Frankreichs Reflexe am Ende des Konflikts? Welche Ziele wurden angesichts des sich präsentierenden politischen Neuland gesetzt und wie würde sich Frankreich den neuen Verhältnissen der Weltpolitik anpassen? Vor allem muss hier geklärt werden, welche Positionen sowohl Polen wie auch Deutschland in der französischen Außenpolitik einnahmen. Mit in Anbetracht müssen hier also auch die Positionen Frankreichs bezüglich der das deutsch-polnische Verhältnis belastenden Fakten gezogen werden.

Die erste Erkenntnis über das polnisch-französische Verhältnis ist jedoch, dass Frankreich innerhalb der Nachkriegsverhältnisse in keinem Fall der VRP dasselbe Interesse wie die (und der) BRD schenken konnte, aus dem einfachen Grund, dass seine langfristigen Ziele nicht von einer vorrangigen Verständigung mit Polen abhängig waren. Auch war die französische Ausgangsposition, ganz abgesehen davon -oder eben deshalb-, dass es zu den Siegern gehörte und Deutschland der Hauptbesiegte war, von grundverschiedenen Kriterien abhängig. Diese Kriterien sollen hier untersucht werden.

2.1. De Gaulles erste Amtszeit und seine Weichenstellung in Richtung Sowjetunion

Für Frankreich hatten nach dem Krieg die zwei Supermächte dieselbe große Bedeutung wie für die BRD. Die Position der USA war auch für Frankreich aufgrund derer unglaublich gesteigerten und seit dem Krieg unangefochtenen und stärksten Wirtschafts- und Finanzkraft genauso wie für Deutschland zum Wiederaufbau des Staates unentbehrlich geworden. Genau in diesem Punkt jedoch war die Einschätzung Frankreichs von der westdeutschen Haltung zu differenzieren, und gewann auch der Faktor Sowjetunion eine ganz andere Dimension.

Denn wo Deutschland sich uneingeschränkt an die USA lehnte, und dort die Mittel zur Westintegration suchte, gleichzeitig aber auch in eine gewisse, logisch erfolgende Abhängigkeit geriet, wollte Frankreich eben dieser Abhängigkeit versuchen, zu entgehen.

Auch wurde das Leitprinzip der allein der Nation ihre verlorene Größe wiederzugeben fähige „nationalen Unabhängigkeit“ fortan führendes Prinzip der französischen Außenpolitik, ein Prinzip, das, vergleichbar mit dem Wiedervereinigungsgebot und die Westintegration in der deutschen Ostpolitik, bei den gesamten Schilderungen der *französischen* Ostpolitik im Hintergrund jeglicher Handlungen bleiben wird.

Zum Erreichen des besagten Zieles gab es ein Imperativ: der Aufbau einer Machtposition in Europa, die es ermöglichen würde, gleichzeitig die zwei entscheidenden, eng miteinander verstrickten Faktoren unter Kontrolle zu bringen : die Verhinderung der vollkommenen Anlehnung an die USA und die Kontrolle der „deutschen Gefahr“. Für beide dieser Faktoren war wiederum die Annäherung an die Sowjetunion unentbehrlich.

Vor allem sollte so ermöglicht werden, gegen die Hegemonieposition der USA anzutreten, die auf längere Sicht die „sukzessive Rückeroberung der verlorenen Machtposition Frankreichs im System der internationalen Beziehungen“⁵¹ verhindern würde. Hier war also eine Verständigung mit den Sowjets von größtem Interesse.

Die Beziehungen Frankreichs zu Polen waren in dieser Zeit dementsprechend von dem Annäherungswillen de Gaulles an Mittel- und Osteuropa, gebunden. Weiterhin war dieses Verhältnis immer von der deutschen Frage und den deutsch-polnischen Angelegenheiten überschattet: der sowjetisch-französische Beistandspaktes des 10. Dezember 1944⁵² bekräftigte nach polnischer Auffassung die weitere Gültigkeit des französisch-polnischen Bündnisses von 1921. Die Existenz beider Verträge „begünstigte zuerst die Befürchtungen [Frankreichs und Polens, d. Verf.] Revisionismus und Nazismus in Deutschland würden sich wieder aktivieren“.⁵³ Erste offizielle Stellungnahmen Frankreichs zu der Grenzfrage kamen erst über 15 Jahre später zustande.

Während Frankreich im Prinzip die polnische Exilregierung in London unterstützte und als alleinige legitime Vertretung des polnischen Volkes betrachtete, anerkannte Frankreich als

⁵¹ Buda, Dirk, *Ostpolitik à la française. Frankreichs Verhältnis zur UdSSR von de Gaulle zu Mitterand*, Verlag Arbeit und Gesellschaft, Marburg, 1990, S.25

⁵² Der Vertrag war der „erste völkerrechtliche Vertrag des neuen Frankreich überhaupt, [...] bekräftigte für eine Dauer von 20 Jahren die gemeinsame Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland (Art. 1) und untersagte beiden Seiten separate Friedensverhandlungen mit Deutschland“. Und, für die Interpretationen der Polen besonders wichtig, beschwor in Artikel 3 die Verpflichtung beider Parteien die beinhaltete, „nach Beendigung des Krieges mit Deutschland alle nötigen Maßnahmen zu treffen, um jede neue Bedrohung Deutschlands auszumerzen und alle Handlungen zu verhindern, die einen Aggressionsversuch von seiner Seite möglich machen würde“: Buda, ebd., S.33

⁵³ Zgorniak, Marian, *Polnisch-französische Beziehungen im 20. Jahrhundert*, in Timmermann, ebd., S.127.

erste westliche Regierung am 30.6.1945 die unter der Führung des stark stalinistischen Lubliner Komitees stehenden provisorische polnische Regierung, was unter der polnischen Bevölkerung zwar viel Enttäuschung und das Wiederaufleben alter Erinnerungen an Frankreich aufkommen ließ, aus französischer Sicht jedoch realpolitisch begründet war. Allein durch ein solches Handeln war eine Kontaktaufnahme mit den Ostblockländern zu erhoffen. Bezeichnenderweise bedeutete dies jedoch noch keine konkrete Aufnahme diplomatischer Beziehungen⁵⁴.

Doch das Eintreten des Kalten Krieges und die Besserung der deutsch-französischen Beziehungen ließen keine Zeit für konkrete Annäherung. Das französische Institut in Warschau, das bereits für sein die Kulturkooperation vorantreibendes Engagement bekannt geworden war, wurde im Rahmen der allgemeinen Verschlechterung der Beziehungen zwischen Paris und Lublin⁵⁵ geschlossen. Polen warf Frankreich unter anderem vor, im Sinne Deutschlands zu wirken, ein Vorwurf, der wahrscheinlich v.a. auf die von Frankreichs Außenminister Robert Schuman am 9.5.1950 initiierte Gemeinschaft für Kohle und Stahl zurückzuführen ist, die für Deutschland die bekannten Vorteile und den konkretesten Beginn der Westintegration sowie der deutsch-französischen Kooperation bedeutete, die verständlicherweise in Polen gegenüber sowohl des ehemaligen Feindes, wie auch dem sich als Deutschland-Gegner ausgebenden Partner Frankreich skeptisch betrachtet wurde.⁵⁶

Es scheint, als ob die Verständigung mit dem Osten von de Gaulle abhängig gewesen ist. Denn der Einfluss der „wachsenden ökonomischen Abhängigkeit“⁵⁷ der USA hatte eine Abstandnahme zum Ostblock gefordert, und gleichzeitig die Grundideen de Gaulles zum Scheitern gebracht. Als der General am 22. Januar 1946 zurücktrat, verlor die Verständigung mit dem Osten ihre Dynamik. Zwischen Frankreich und Polen wich die „anfängliche scheinbare Interessenidentität [...] [die v.a. in der harten Haltung Deutschland gegenüber

Dieser Aufsatz bietet darüber hinaus eine gute Zusammenfassung des im Titel genannten Themas.

⁵⁴ Dupeux, ebd., S. 11: de Gaulle, der von Stalin darauf hingewiesen wurde, dass die Sowjetunion das Lubliner Komitee anerkannt habe, dass dieses fortan allein für die Verwaltung der neuen polnischen Gebiete zuständig sei, und dass also von dem Komitee jegliche Entscheidung bezüglich der noch auf den Territorien befindlichen französischen Kriegsgefangenen abhängige. General de Gaulle erkannte das Komitee an, doch forderte er weiterhin freie Wahlen und weigerte sich, konkrete diplomatische Beziehungen aufzunehmen und beschränkte diese auf den Austausch zweier „Vertreter beim Lubliner Komitee [...], dessen Auftrag hauptsächlich die Beschäftigung mit dem Problem der französischen Deportierten und Gefangenen in Polen sein sollte - ohne diplomatischen Status.“ Bezeichnenderweise ist es jedoch auf den Druck des französischen Beauftragten in Lublin, Major Fouchet, der auf die Normalisierung drängte, die ihm allein einen größeren Handlungsspielraum im Interesse Frankreichs beschaffen könnte, dass die Anerkennung der neuen Regierung erfolgte. Dupeux, ebd., S.12.

⁵⁵ Vgl. hierzu z.B. Dupeux, ebd., in Timmermann, ebd., S.17

⁵⁶ Auf die deutsch-französische Kooperation sowie über die Beweggründe Frankreichs wird im folgenden Kapitel weitgehender eingegangen. So soll hier nur gesagt werden, dass 1950 bereits die Grundsteine einer konkreten Zusammenarbeit zustande kam, welche die Bereitschaft Frankreichs zeigten, auch solche Maßnahmen zu treffen, die Deutschland nicht nur schaden.

bestand] einem Interessengegensatz infolge der verschiedenen Gesellschaftsordnungen in beiden Ländern”⁵⁸ Doch in der Zwischenzeit - während der Franzosen und Deutsche bereits aktive Ansätze zur Kooperation fanden - kam sie zum fast vollkommenen Stillstand. Bis 1954 arteten die Beziehungen zwischen Paris und Warschau sogar in noch nie gekannte Maße aus: einer der Pfeiler der Verständigung, das Bündnisabkommen von 1921, wurde, nachdem dessen Einschätzungen durch beide Länder bereits nuanciert worden waren, von Polen widerrufen, während „1948-1954 eine Pressekampagne gegen die französische Regierung“ gestartet wurde, wurden.⁵⁹

Erst mit neuen, wiederum durch de Gaulles initiierte Impulse 1953-1957, konnte die Beziehung zu der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten neu gedacht werden. Diesmal aber mit vorantreibenden Ideen, die auch der Kooperation zwischen Frankreich und Polen zugute kamen. Welche Ziele Frankreich dabei konkret verfolgte und in welchem Maße Ansätze für die zukünftigen Beziehungen zu beiden Hauptpartnern im Rahmen des Gesamtthemas gesetzt wurden, soll hier geprüft werden

2.2. De Gaulles Konzept zur Entspannung in Europa: Entente, Détente, Coopération vom Atlantik bis zum Ural im Dienste der französischen „Grandeur et Indépendance“

In der Phase der beinahe totalen Passivität der polnisch-deutschen Beziehungen nahm Frankreich, besonders in Person des charismatischen Staatschefs General de Gaulle, eine besondere Dimension im gesamten ost-west-europäischen Prozess ein, der ebenfalls nicht ohne Einfluss auf den gesamten Gegensatz der Blöcke bleiben sollte.

Bereits 5 Jahre vor seinem erneuten Amtsantritt 1958 setzte de Gaulle im Klima der allgemein nach dem Tod Stalins eintretenden Entspannung die Ansätze dessen, was sich zur französischen Entspannungspolitik entwickeln würde. De Gaulles auslösender Gedanke war die realistische Feststellung, dass ein Nicht-Eintreten neuer Konflikte eine Entspannung automatisch mit sich führen würde. Er wies zur Untermauerung seiner Theorie gezielt auf den deklarierten Gegner, die Sowjetunion, von der in seiner Sicht deutlich war, dass sie keinen Krieg wolle. Sehr früh wurde allerdings klar, welche Ziele de Gaulle mit diesen neuen Denkansätzen verfolgte: sie allein konnten die „Grundvoraussetzung für die Verwirklichung

⁵⁷ Buda, ebd., S.40

⁵⁸ Timmermann, ebd, in Timmermann, ebd., S.48

⁵⁹ Mond, Georges, *Die französisch-polnischen Beziehungen nach 1945*, in Timmermann, ebd., S. 131.

einer Stärkung Frankreichs [...] und einer europäischen Politik mit starker Beteiligung Frankreichs”⁶⁰ geben. Die Verknüpfung mit dem in den Mittvierzigern entwickelten Imperativ der nationalen Unabhängigkeit war hergestellt. De Gaulle wies aber vor allem in einem ganz konkreten Bereich auf diesen Sachverhalt, der unmissverständlich das fortan führende und allgegenwärtige Leitmotiv Französischer Außenpolitik sein wurde: die Sorge um -oder eher die Angst vor- Deutschland. Während der Verhandlungen zur EVG, die Deutschland definitiv eine nicht nur militärische, sondern auch unschätzbare diplomatische Stärkung geben würde, beschwor er die traditionellen Kontakte zum immer noch durch den 1944er Vertrag Verbündeten gegen Deutschland, die Sowjetunion. Die „allgemeine Abrüstung”, die durch „Verhandlungen” mit den Sowjets zu einem der Grundsteine der Entspannung werden könnte, hatte nur bei einem Aufschub der Wiederbewaffnung Deutschlands - die ein militärisches Ungleichgewicht erzeugen könnte und so bei anderen Staaten die Weigerung der eigenen Abrüstung hervorrufen würde - eine Realisierungschance⁶¹. Wurde der französisch-sowjetische Vertrag auch am 7.5.1955 von der Sowjetunion unilateral aufgekündigt- der Ton war gegeben und die Idee fortan aktiv verfolgt.

De Gaulle verstand es hier also nicht nur auf geschickteste Weise, diese beiden zur Erlangung der *indépendance nationale* notwendigen Faktoren zu verbinden. Ihm gelang es auch, sie auf internationale Ebene zu verlagern. Darüber hinaus war ihm die Möglichkeit gegeben, aus diesem Kontext hinaus das Konzept der *Vermittlerrolle in Deutschlandfragen* einzuführen, und so der Konkurrenzposition mit der BRD beinahe offiziell auszusprechen⁶². Es nahm nicht nur im Rahmen der französischen Détente-Politik eine große Bedeutung an. Auch im Rahmen des hier behandelten Themas, muss dieses Konzept ganz konkret im Auge behalten werden, da die Beweggründe dazu bereits Anfang der 50er solche waren, die mit dem Verhalten Frankreichs Ende der 80er den zukünftigen Partnern im Dreieck mit Deutschland und Polen gegenüber in Verbindung gesetzt werden können und müssen.

Während die Jahre nach Stalins Tod eine Auflockerung in den Ost-West-Beziehungen, aber keine grundsätzlichen Verbesserungen mit sich gebracht hatten, bot die Berlin-Krise Frankreich die Gelegenheit, seine neue Strategie offiziell an den Tag zu legen: da die BRD

Interessanterweise weist Mond für die Schließung des Warschauer Französischen Instituts auf das Jahr 1949.

⁶⁰ Buda, ebd., S. 42f.

⁶¹ Rede de Gaulles im November 1953, zit. nach Weisenfeld in Buda, ebd., S. 43

⁶² General de Gaulle sprach in seiner Rede des 7.12.1954 das neue doppelte Konzept der Kontrolle Deutschlands und der Annäherung an die Sowjetunion, indirekt aber ohne die Möglichkeit eines Missverständnisses an: „Frankreich steht es vor allen anderen Mächten zu, Verhandlungen einzuleiten. Denn im westlichen Lager ist es Frankreich vor allem, welches durch die Wiederbewaffnung des Reiches und die Wiedervereinigung der zwei deutschen Staaten seine Zukunft in frage gestellt sieht. Frankreich vor allem ist durch das Bündnis von ehemals und durch den französisch-sowjetischen Pakt legitimiert, um Russland anzusprechen. Frankreich vor allem ist aus geschichtlichen, geographischen und politischen Gründen qualifiziert, um ein Bündnis zum Osten zu

noch nicht bereit war, der Hallstein-Doktrin zu entsagen, und die USA sich intensiv in den Vietnam Krieg investierten, sah de Gaulle die Möglichkeit, die diplomatische Lücke zu füllen und offiziell eine „Vermittlerrolle in der Deutschlandfrage“⁶³ anzustreben, bzw. zu übernehmen. Diese sollte sein „Gewicht in Europa verstärken“, und diene so der Strategie der nationalen Unabhängigkeit. Da diese Strategie jedoch durch eine Entspannung in den Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion bedroht war, da eine Vermittlung in einer solchen Situation en Bedeutung verlor, strebte Frankreich fortan eine Entwicklung bilateraler Sonderbeziehungen zur Sowjetunion an. Die wirtschaftlichen Beziehungen wurden privilegiert, und selbst wenn Frankreich im Zeitraum von 1955 bis 1966 von dem dritten auf den sechsten Platz der Hauptpartner der Sowjetunion zurückgedrängt wurde und die Beteiligung des Osthandels innerhalb des gesamten französischen Außenhandels sehr niedrig blieb, stieg er in dieser Periode von 0,9% auf 2,5%. Selbst wenn Buda hier vor allem eine „Funktionalität der politischen Entspannungsbemühungen de Gaulles zur Förderung des französischen Exports“ sieht, die „nicht wesentlich darauf abzielte, eine Blockauflockerung zu erreichen, sondern vor allem darauf gerichtet war, den eigenen Kurs der politischen und ökonomischen Stärkung Frankreichs gegenüber seinen [...] kapitalistischen Konkurrenten zu unterstützen“⁶⁴, beruht dies auf konkreten Tatsachen der Annäherung de Gaulles mit der Sowjetunion. Diese Annäherung steigerte sich mit der erneuten Amtsübernahme de Gaulles 1958, der sich mit der neuen Verfassung, die er der so am 5.10.1958 neuen V. Republik gab, als Präsident im Staat eine verstärkte Rolle maßgeschneidert hatte⁶⁵, und fand ihren vorläufigen Höhepunkt mit dem Besuch Chruschtschows in Paris zwei Jahre später, vom 23.3. bis 3.4. 1960. Dieser Besuch sollte eine historische Bedeutung haben, da de Gaulle hier während eines Gesprächs angesichts der Unüberbrückbarkeit der Berlin- (und implizierten Deutschland-) Frage mit der sowjetischen Nummer eins seine berühmt gewordenen drei-Etappen-Leitsätze zur Entspannungspolitik erstmals äußerte⁶⁶: „Es geht nicht darum, Kriegsgefahren heraufzubeschwören, sondern den Frieden zu organisieren. In dieser Hinsicht gehe ich mit Ihnen einig, dass Deutschland nicht mehr in die Lage kommen darf, in der es Schaden stiften kann. [...] Wir müssen eine Lösung suchen, nicht in dem wir zwei monolithische Blöcke gegeneinander stellen, sondern *indem wir nacheinander Entspannung,*

schlagen.“Zit nach Guiton, bei Buda, ebd., S.43

⁶³ Buda, ebd., S. 176. Folgendes ebd., S. 177.

⁶⁴ Buda, ebd., S.177

⁶⁵ Schmachtel, Marc-André, *Die deutsch-französische Zusammenarbeit auf Regierungsebene: die Rolle des Elysée-Vertrages*, Diplomarbeit, Universität des Saarland (unveröffentlicht), 2000, Bibliothek des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg (fortan DFI), S. 8f.

⁶⁶ Rivière, führt diese Idee bezeichnenderweise auf ein sieben Jahre später erfolgenden Diskurs des Generals vor dem polnischen Sejm zurück: ebd., S.20.

die Verständigung und die Zusammenarbeit im Rahmen unseres Kontinents üben [Hrv. d. zitierten Autors]. Auf diese Weise schaffen wir zwischen den Europäern vom Atlantik bis zum Ural ein Verhältnis, knüpfen Bande; erzeugen eine Atmosphäre, die zunächst den deutschen Problemen einschließlich Berlin ihre Virulenz nehmen, dann die Bundesrepublik und ihre Republik im Osten sich einander annähern und zusammentun lassen [...] und schließlich das ganze germanische Gebilde fest in ein Europa des Friedens und des Fortschrittes einordnet“⁶⁷.

Bezeichnend für unser Gesamtthema ist hier vor allem, dass erneut klar wurde, in welchem Maße, aus Sicht der französischen Diplomatie, die Lösung der gesamteuropäischen Zustände von der deutschen Frage abhängig war. nicht umsonst nannte der General das „deutsche Problem“ das „europäische Problem par excellence“⁶⁸

In den folgenden Jahren entwickelte de Gaulle sein Verhältnis zum Ostblock weiter⁶⁹. Die Beziehungen zur Sowjetunion fanden in den gegenseitigen Besuchen ihren Ausdruck. Die Haltung Frankreichs gegenüber der NATO, dessen Austritt de Gaulle verstärkt seit Anfang der V. Republik mit der Lancierung des Konzepts der „Force de frappe“ ermöglichte, erlaubte Frankreich dank des eigenen Nuklearpotentials bereits 1962 den Austritt aus dem West-Bündnis⁷⁰, und war zweifellos eine Erleichterung für den Annäherungsprozess mit der Sowjetunion. 1965 besuchten sich die beiden Außenminister Gromyko (im April in Frankreich) und Couve de Murville (im Herbst in Moskau); im Frühling war ein ausführliches Handelsabkommen zustande gekommen.⁷¹ Den Höhepunkt bildete die Reise de Gaulles nach Moskau vom 20. Juni bis 1. Juli 1966, während dem die bisher alles Erreichte übertreffende „gemeinsame französisch-sowjetische Erklärung vom 30.6.1966“ zustande kam, in der sogar gemeinsame Wirtschaftsgremien geplant wurden, aus denen sich Frankreich eine Steigerung der französischen Exportaufträge erhoffte.⁷² Die Institutionalisierung der Beziehungen reichte bis zur Errichtung einer direkten Linie zwischen dem Elysée-Palast und dem Kreml, die genau demselben Prinzip wie der analogen Linie mit dem Weissen Haus verfolgte, und Frankreich, dass die Spannungsperiode zwischen USA und Sowjetunion perfekt genutzt hatte, im Rahmen einer „präferentiellen Beziehung“ zu einem „vollwertigen Gesprächspartner“⁷³. Die Sowjetunion und Frankreich waren sich einig, nur durch Entspannung gemäß den o.g.

⁶⁷ De Gaulle, zit. bei Buda, ebd., S. 73.

⁶⁸ De Gaulle in einer Pressekonferenz am 4.2.1965, zit. nach Buda, ebd., S. 178f.

⁶⁹ So war Frankreich zum Beispiel das erste kapitalistische Hauptland, das am 27.1.1964 China anerkannte.

⁷⁰ 1962 wurden 24 Mirage-Kampfflugzeuge mit Atombomben ausgerüstet.

⁷¹ Vgl. hierzu Buda, S. 80ff.

⁷² Buda, ebd., S. 85.

⁷³ Buda, ebd., S. 87.

Leitsätzen eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den Blöcken erreichen zu können. Die Arbeit hierzu sollte aber, um erfolgsversprechend zu sein, in Europa beginnen.

Diese Priorität der europäischen Dimension macht zusätzlich zu den o.a. Schilderungen der französisch-sowjetischen Beziehungen den allgemeinen Rahmen ersichtlich, in dem die Beziehungen zu Polen überhaupt möglich wurden.

2.3. Die Normalisierung der Beziehungen zu Polen

Die polnisch französischen Beziehungen waren entsprechend der Blockbildung der beiden Länder von ideologischer Annäherung abhängig. Während Frankreich in den Grenzen seiner westlichen Einbindung über die nötige außenpolitische Souveränität verfügte, und darüber hinaus den Kontakt zum Osten mehr als jedes andere westliche Land überhaupt pflegte, hätte die VRP ihrerseits nicht ohne Einwilligung der Sowjetunion handeln können. Die Initiativen de Gaulles suchten und ermöglichten jedoch seit 1953 den Dialog mit den Sowjets, und so war es keine Wunder, wenn ab 1955 begonnen wurde, an „die einst so engen Kontakte“ anzuknüpfen. Bezeichnend ist die Tatsache, dass diese Annäherung *trotz* der 1955er Einbindung der BRD in die NATO, die mit den bereits geschilderten psychologischen Reaktionen behaftet war, in Gang gesetzt wurde. Oder war es eben *wegen* dieser Ereignisse? Eines muss nicht vergessen werden: die vertiefte Kooperation Frankreichs mit Deutschland, auf die hier noch nicht weitgehender eingegangen wird, hatte aus französischer Sicht vor allem den Sinn der Kontrolle Deutschlands durch Kooperation, Einbindung in dieselben wirtschaftlichen, militärischen und politischen Strukturen, allgemein in dasselbe *Wertesystem*, was in Deutschland ein erneutes Aufkommen alter Geister gegen die Partner unmöglich machen würde. Dass dieser Prozess der *Europanisierung der deutschen Frage* besonders effektiv im Gange war, bedeutete jedoch noch lange keine Überwindung der alten Gegensätze und Sorgen. Das gewisse Paradox in den französisch-deutschen Beziehungen bestand für Frankreich darin, dass die Kraft des östlichen Nachbarn und dessen Einbindung in dasselbe System zwar - auch zur Steigerung des eigenen Machtpolitischen Potentials - absolute Notwendigkeit war, gleichzeitig aber auch die Stärkung des immer noch als potentiellen Feind angesehenen und größten Konkurrenten mit sich führte. Die *incertitudes allemandes*⁷⁴ wurden

⁷⁴ Ingo Kolboom weist unter Fußnote 47 darauf hin, dass dieser Ausdruck Inhalt des Titels der „längst vergessenen Arbeit von Pierre Viénot, *Incertaines allemandes. La crise de la civilisation bourgeoise en Allemagne*, Paris 1931, ist“, die „zum geflügelten Wort wurde, das immer wieder Verwendung fand“. Kolboom, Ingo, *Der Blick nach Osten - Von der französischen "Détente" und der deutschen "Ostpolitik" zu einer gemeinsamen Öffnung nach Osten?*, in: André Bigot/Peter Schmidt/Walter Schütze (Hrsg.), *Sicherheits- und*

bei jedem dieser Aufstarken Deutschlands in Frankreich ins Leben gerufen. Und genau dies geschah auch 1955, wie später auch 1970 mit der neuen deutschen Ostpolitik oder 1989-90 mit der Wiedervereinigung.

Polen und Frankreich bildeten deshalb aufgrund dessen und der längst nicht geklärten deutsch-polnischen Meinungsverschiedenheiten, die auch Frankreich irritierten, eine gewisse „deutsche Interessengemeinschaft“ vor allem in Fragen wie die der Oder-Neiße-Grenze, die einen der Bestandteile des Kalten Krieges bildete, dem de Gaulle wie oben gesehen entgegenzuwirken versuchte. Die gemeinsamen Interessen ließen sich ebenfalls sehr gut mit den französischen Intentionen, in Osteuropa Fuß zu fassen, vereinbaren: Polen und Rumänien waren die beiden - durchaus frankophilen - Satelliten der Sowjetunion, mit denen Frankreich die Zusammenarbeit vorrangig anvisierte⁷⁵.

1956 erlebte die Beziehung beider Länder nach den Arbeiterunruhen in Poznan und den „inneren Veränderungen in Polen“⁷⁶ einen weiteren Aufschwung, der nicht nur auf diplomatischer Ebene wahrnehmbar sein sollte, sondern auch „kulturelle und wissenschaftliche Austausch“ zustande kommen ließ. Ab Oktober begann „die Elite zu reisen“⁷⁷. Politisch gesehen brachte 1956 mit dem Besuch des französischen Außenministers Pineau in Warschau einen Durchbruch, der endgültig den Weg der diplomatischen Beziehungen ebnete.

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte das Verhältnis der beiden Länder im März 1959 genau dann, als General de Gaulle die Beziehungen Frankreichs, Polens und Deutschlands verband: seine Presseerklärung des 25.3.1959, auf dem Höhepunkt der Berlin-Krise, während der de Gaulle sich auch gegenüber der Sowjetunion für eine den Ost-West-Konflikt lindernde Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands plädierte, enthielt die erste offizielle, „öffentlich geäußerte Forderung an die BRD, die Oder-Neisse-Linie als Grenze“⁷⁸ zu Polen anzuerkennen. Frankreich war das erste Land, welches das durch die Vorläufigkeitsklausel des Potsdamer Abkommens entstandene Tabu der neuen Grenzlinie ansprach und sich zugunsten Polens einsetzte. De Gaulle bekräftigte die Unverletzlichkeit der Grenze erneut 1967 in Polen, „Chaban Delmas wiederholte es im November 1970“⁷⁹. Obwohl er öfters, wie auf einer Pressekonferenz 1960 im Rahmen des Gipfeltreffens behauptete, eine „ausweglose Diskussion über die deutschen Probleme zum gegenwärtigen Zeitpunkt gehört nicht zur

Ostpolitik: Deutsch-französische Perspektiven, Bd. 12, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1989, S.115.

⁷⁵ Rivière, ebd., S. 19, sowie u.a. Kolboom, ebd., S.123

⁷⁶ Zgorniak, ebd., S.127

⁷⁷ Mond, ebd., S. 136

⁷⁸ Buda, ebd., S. 71.

⁷⁹ Mond, ebd., S. 136.

Entspannung⁸⁰, und so indirekt die diplomatische Komplexität dieser Frage ansprach, trat er ebenfalls für eine Lösung eben dieser Probleme im Interesse eines „Europas der Staaten“ ein. Am Tag vor dem Besuch des polnischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz in Paris betonte, sich indirekt an seinen Besucher wendend, dass in diesem Kontext „vor allem [...] die Frage Deutschlands [gelöst werden sollte], und zwar auf dem einzig möglichen Weg: dem eines allgemeinen Übereinkommens“⁸¹. „Grosse Zufriedenheit“ weckte in Polen die Tatsache, dass de Gaulles Konzept des Europa der Vaterländer „keineswegs nur westeuropäische Staaten umfassen sollte“, sondern alle, die sich zwischen dem Pazifik und dem Ural befanden, und vor allem die „Konzeption übernationaler Strukturen ersetzen sollte“.⁸²

Angesichts der allgemeinen Entwicklung der Weltpolitik kann die Position Frankreichs zu einem der Ostblockstaaten als besonders bewertet werden. Sie ist anfangs durch die allgemeine Ostorientierung Frankreichs wenn nicht ermöglicht, doch zumindest gefördert worden. Ihr Erfolg bestand aus einer Kombination der alteingesessenen, in Teil I.A. geschilderten und auf einer meist positiven Basis fundierten historischen Beziehung der beiden Länder, ihres gemeinsamen Interesse in der deutschen Frage. Und diese Kombination ist es denn auch, die das Verhältnis Frankreichs und Polens nach dem Scheitern der französischen Sowjetdiplomatie weiterhin bestehen ließ.

Denn Ende der 60er Jahre hatte die französische Ostpolitik an Elan verloren. Sie war nicht mehr in der Lage, „das Tempo der Entspannung zu bestimmen“, vor allem nicht, weil es seine Strategie nicht an die neuen Realitäten der Ost-West-Beziehung weder anpassen *wollte* - noch *konnte*: in der Tat hatte die einzige Möglichkeit, sich auf internationaler Ebene zu behaupten, auf der Nicht-Veränderung der Beziehung zwischen USA und Sowjetunion beruht. Beide gaben aber seit einer gewissen Zeit Anzeichen, erkannt zu haben, welche Interessen sie jeweils aus einer Entspannung ziehen könnten, und „ordneten ihre Verhältnisse neu“⁸³. Klein war Frankreich endgültig mit dem Ende der Sonderbeziehung zur Sowjetunion⁸⁴ geworden.

⁸⁰ Pressekonferenz de Gaulles des 23.4.1960, Zit. nach Weisenfeld, in: Buda, ebd., S.74, unter Fußnote 134.

⁸¹ Kolaboom zitiert einen Ausschnitt aus de Gaulles Pressekonferenz im September 1965, zit. nach Weisenfeld, *Welches Deutschland soll es sein?*, S. 99. Kolboom, ebd., S.124.

⁸² Zgorniak, ebd., S. 128.

⁸³ Meimeth, Michael, *Frankreichs Entspannungspolitik der 70er Jahre: Zwischen Status-quo und friedlichem Wandel. Die Ära Georges Pompidou und Valéry Giscard d'Estaing*. Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik, herausgegeben von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, Bd. 24, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1990, S.14.

⁸⁴ Meimeth fasst die Periode von Mitte der 60er Jahre bis 1968 folgend zusammen: „Trotz zahlreicher gegenseitiger Besuche von hochangestellten Regierungsmitgliedern und Militärs beider Staaten, die sich, - gemäß der in der Deklaration geäußerten Absicht - noch bis Ende 1967 fortsetzten, zeichnete sich bereits zu diesem Zeitpunkt eine deutliche Abkühlung im französisch-sowjetischen Verhältnis ab. So fand der für das

Dieser Bruch entkräftete die gesamte Ostpolitik de Gaulles, die viele Kritiker wegen des Verfehlens ihres angesagten Zieles der *Grandeur* und *Indépendance* als gescheitert einschätzten. Tatsächlich mag die „Wahrung eines der *Grandeur* [Hvrg. d. zit. Verf.] Frankreichs angemessenen Einflusses auf die internationale Politik bei gleichzeitiger Sicherung der nationalen Unabhängigkeit und außenpolitischen Handlungsfreiheit“ als ein unrealisierbares Ziel erscheinen. Vor allem, weil Frankreich nicht nur eine mitbestimmende *Grandeur*, sondern eine führende Rolle im Ost-West-Gegensatz und - ganz in der Tradition der französischen Geschichte - eine Hegemonialposition in Europa anstrebte

Die Strategie der französischen Diplomatie, die „nationalen Interessen in Auseinandersetzung mit anderen Staaten zu verteidigen“, scheint die einzige gewesen zu sein, die sich Frankreich gegeben hatte. Dabei mag es sich aber überschätzt haben, da Frankreichs Konkurrenten auf dem alten Kontinent, an derer Spitze die neuerstarkte BRD, unerreichbar blieben. Eine innovative, die Überwindung des Kalten Krieges anpeilenden Ost- und allgemein französische Außenpolitik konnte nicht mehr möglich sein. Paradoxal sollte gerade der Kontakt zu Deutschland eine Neuorientierung seiner ostpolitischen Prioritäten in den 70ern in Richtung einer „Stabilisierung des ordnungspolitischen und sicherheitspolitischen Status quo in Europa“⁸⁵

Deutschland hatte von Anfang nicht nur - im eigenen Sinne - die Deutschlandpolitik Frankreichs bewegt, sondern stand immer ebenfalls in allen Überlegungen bezüglich der Sowjet- und der Polenpolitik de Gaulles im Mittelpunkt. Mehr denn je, und dies trotz - oder eben wegen- der seit Anfang der 50er vorantreibenden deutsch-französischen Kooperation, war für Frankreich *Deutschlandpolitik Ostpolitik* geworden. Da für Deutschland im Grunde - aus einleuchtenden Gründen - die Regelung der nationalen Prioritäten von der Regelung der Meinungsverschiedenheit mit dem östlichen Nachbarn Polen und dessen Überwacher Sowjetunion abhängig war, galt für die BRD genau derselbe Leitsatz.

In welchem Maße die Kooperation auf westeuropäischer Ebene auch die Deutschlandpolitik der beiden Länder beeinflussen konnte, soll hier vor allem in Hinsicht auf das Gesamtthema,

Frühjahr 1967 geplante Frankreich-Besuch Breschnews nicht statt. Weiterhin riefen de Gaulles Reisen nach Polen sowie die Zustimmung Frankreichs zum Kommuniqué der Nato-Ministeriellratstagung vom Dezember 1967 im Kreml erhebliche Irritationen hinsichtlich der Grundorientierungen Franz. Außenpolitik hervor. Schließlich wurde das Verhältnis zwischen Paris und Moskau durch die Haltung de Gaulles gegenüber dem PCF während der Mai-Unruhen zusätzlich belastet. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Sowjetunion die französischen Kommunisten dahingehend zu beeinflussen versucht hatte, de Gaulle gegenüber dem "politischen Abenteuerertum" der radikalen Studentenschaft zu unterstützen. Bekanntlich hatte jedoch die vehemente antikommunistische Propaganda des Generals wesentlich zu dessen triumphalen Wahlerfolg bei den vorgezogenen Parlamentswahlen von vom Juni 1968 beigetragen. Von sowjetischer Seite wurde insbesondere in diesem Punkt am gaullistischen Lager scharfe Kritik geäußert, und zwar mit dem Argument, man habe nur deshalb den Sieg davontragen können, weil man sich erfolgreich bei der französischen Wählerschaft als "Retter vor der roten Gefahr" profilieren konnte": ebd., S. 14, Fußnote 20.

das auf die Umstände gerichtet ist, die ab 1991 zu einer *institutionalisierten gemeinsamen Ostpolitik* mit Einbindung des östlichen Nachbarn Polen führte, geprüft werden. Die Beweggründe der beiden Nationen werden hier einen besonderen Platz einnehmen, da sie im Grunde genommen 1970 bereits dieselben waren, wie die, die zwanzig Jahre die Notwendigkeit des Weimarer Dreiecks erkennen ließen.

⁸⁵ Ebd.

3. Das Zusammenwirken Deutschlands, Frankreichs und Polen 1969-1981-1991

Die Wahl des Jahres 1969 für den Beginn dieses Abschnittes ergibt sich aus dem Schnittpunkt, den es für zwei für unser Gesamtthema äußerst entscheidende Prozesse darstellt. Innerhalb weniger Monate endete die seit Mitte der 60er Jahre an Elan verlierende Ära de Gaulle und wurde durch die deutsche Wählerschaft definitiv der neuen deutschen Ostpolitik der Weg geebnet.

In Frankreich trat am 28. Mai der „Erfinder“ der französischen ostpolitischen Konzepte zurück, Konzepte, die bis dahin von einem heftigen Anti-Atlantismus und einer eigenwilligen Tendenz zum Alleingang geprägt waren, die vor allem in der Präferenz für Bilateralismus in internationalen Beziehungen, ihren Ausdruck fanden und seit Mitte des Jahrzehnts bedeutend an Elan verloren hatten und damals bereits als gescheitert angesehen wurden. Der Nachfolger General de Gaulles, George Pompidou, verfolgte zwar grundsätzlich dasselbe Ziel der V. Republik, nämlich die Wiederherstellung einer unabhängigen Größe Frankreichs, zeigte jedoch eine realpolitischere Vorgehensweise bei seinen ersten ostpolitischen Schritten. Diese Einstellung war viel leichter mit der Realpolitik in Einklang zu bringen, die sich konkret seit 1966 in der BRD unter dem Impuls des angehenden Bundeskanzlers anbahnte.

In Deutschland wurde im September Willy Brandt Regierungschef und setzte innerhalb eines Jahres die Ideen der „kleinen Schritte“ in Richtung einer Verbesserung der Verhältnisse mit dem Osten, die bereits 1963 in Zusammenarbeit mit Egon Bahr entstanden und durch die große Koalition gefördert worden waren, in Verträgen mit den Hauptkontrahenten Sowjetunion und Volksrepublik Polen völkerrechtlich um.

Der Aufschwung der deutschen Ostpolitik lag also fast genau an dem Zeitpunkt, an dem die französische ihren verloren hatte. Trotzdem war es de Gaulle, der im Rahmen seiner Politik der Öffnung nach Osten seit Mitte der 50er Jahre die Modelle und die Raster für eine solche Politik der kleinen Schritte schuf. Und im Endeffekt ist das Konzept des „Wandels durch Annäherung“ mit dem der „Entspannung, Verständigung, Kooperation“ mit Ausnahme der extremen Vorgehensweisen de Gaulles gut zu vereinbaren. Dass fortan die Franzosen, die in ostpolitischen Fragen definitiv die Prärogative verloren hatten, durch eine Orientierung und Annäherung an die deutsche Ostpolitik die Chance sahen, nicht vollkommen den Bezug zum ostpolitischen Prozess zu verlieren, ist deshalb eine der Konsequenzen der sich seit dem Mauerbau verschärfenden Situation.

Das gegenseitige Interesse der deutschen und französischen Diplomatie für die neuen ostpolitischen Orientierungen des anderen, sowie die ersten Abstimmungsversuche auf diesem Gebiet, ist mit dem seit den 50ern bestehenden, seit Mitte der 60er Jahre intensivierten und konkretisierten Phänomen der deutsch-französischen Kooperation in Verbindung zu setzen.

Inwiefern diese ostpolitische Annäherung Frankreichs und Deutschlands den allgemeinen Prozess der deutsch-französischen Kooperation ergänzen kam, soll hier vor allem aus zwei Motiven geprüft werden: *einerseits* verbarg der Wille des EU-Aufbaus, der primär die Förderung des wirtschaftlichen Wohlstandes und den politischen Dialog zur Garantie des Frieden in Europa vorsah, in der Anfangsphase vor allem bei Frankreich, später aber auch in Deutschland Motive, die ihren Ursprung in der traditionellen Konkurrenzsituation der beiden Länder fanden. Diese Motive waren trotz zahlreicher Paradigmenwechsel in ihrer Essenz dieselben, die nach dem Umbruch in Europa Franzosen und Deutschen dazu bewegten, Initiativen wie die des Weimarer Dreiecks einzuleiten. Es ist hier deshalb besonders wichtig, auf die Ursprünge und die konkreten Eigenschaften dieser Motive einzugehen.

Andererseits war die Exemplarität der Beziehung zwischen den zwei ehemaligen Erzfeinden der Grund für Polen, die Integration eines solchen Modells anzustreben. Sie stellte einen konkreten Anstoß zu dessen trilateralen Ausbau dar, was für den hier durchgeführten Versuch, die Entstehung des Weimarer Dreiecks zu schildern, von großem Interesse ist.

Im Folgenden soll also nicht der Impact des aus dieser Kooperation entstandenen deutsch-französischen Motors auf multilateraler EU-Ebene analysiert werden, sondern vielmehr, in welchem Kontext Frankreich und Deutschland diesen Motor zum vorantreiben ihrer *eigenen, unilateralen* nationalen Interessen auch *in Hinsicht auf ihre Ostpolitik einsetzten*. Inwiefern also vor allem der Kontakt zum anderen in eben diesem für uns interessanten ostpolitischen Bereich weitaus über dem ökonomischen oder euro-politischen Interesse fester Bestandteil der eigenen geopolitischen Strategie war. Denn die Klärung dieser Frage wird uns zeigen können, inwiefern das Weimarer Dreieck, dessen Werdegang hier geschildert werden soll, ebenfalls ein Werkzeug *par excellence* einerseits der Kooperation und so andererseits der Wahrung der *eigenen* Interessen innerhalb des Rasters *gemeinsamer* Interessen bildete.

3.1. Kontrolle und Einflussnahme durch Integration: französische und deutsche Beweggründe zur Annäherung als Raster für ihre (ostpolitischen) Kontakte

Der Grundgedanke der Europäischen Union ist seit ihren Anfängen derselbe geblieben: Erlangung und Schutz des allgemeinen Wohlstands und des Friedens in Europa durch Einbindung der Mitgliedstaaten in wirtschaftliche und politische Integrationsmechanismen. Und es ist nicht zu leugnen, dass die jeweiligen deutschen und französischen Staatsoberhäupter in diese Richtung gewirkt und die Vorteile einer möglichst ausgedehnten europäischen Integration erkannt haben.

Doch bereits die erste Initiative, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), verband die gezielten, im Gegensatz zum *multilateralen* Prinzip stehenden *unilateralen* Interessen einzelner Staaten, und hier ganz besonders des Initiators Jean Monnet, eines stets überzeugten Europäers. Frankreich hatte in Potsdam um eine Beteiligung an der Besetzung Deutschlands gekämpft mit dem Ziel, aktiv an der Kontrolle über den Erbfeind teilhaben zu können. Diese Kontrolle sollte Frankreich nicht nur ermöglichen, einer neuen, potentiell als möglich gehaltenen Aggression der Deutschen, sondern auch eine Beteiligung an dem deutschen Wirtschaftspotential zu erhalten und so einer neuen deutschen Wirtschaftshegemonie entgegenzuwirken. Den Franzosen wurde kein Zugriff auf die Ruhr gewährt, und das Saarland, das bald dem französischen Zoll- und Währungssystem eingegliedert werden sollte, konnte diesen Verlust nicht ausgleichen. Als die Amerikaner und Briten die Restriktionen gegenüber der Ruhrbehörde lockerten, befürchtete Frankreich den Verlust jeglicher sicherheitspolitischer Kontrolle sowie eine Steigerung der Wirtschaftskraft der BRD, und schlug den EGKS-Plan zur gemeinsamen Nutzung der Kohle- und Stahlressourcen der Beitrittsländer vor. Selbstverständlich war das Inkrafttreten des Abkommens ein uneinschätzbarer Schritt für die europäische Integration, und die Hauptmotivation jeder involvierter Partner war und blieb der Vorteil, den ein integriertes Europa allen Teilnehmern bringen würde.

Doch die Interessen der verschiedenen Länder waren immer präsent: Frankreich konnte seine Konkurrenzposition gegenüber Deutschland verbessern, dessen gesamten Handlungen kontrollieren. Interessant ist, dass hier nicht nur die französischen, sondern auch die deutschen Interessen befriedigt wurden. Denn für die noch junge BRD bedeutete dies eine internationale Anerkennung, um die sie sich noch bemühen musste.

Ziel dieses Abschnittes ist nicht, die Gesamtheit der europäischen Errungenschaften aufzuzählen oder deren Inhalt zu beschreiben⁸⁶. Vielmehr soll hier das Leitmotiv der Bemühungen um Befriedigung nationaler Ziele deutlich gemacht werden, dass Daniel Vernet wie folgt zusammenfasste: „Die Deutschen sind Europäer, um einer durch den Nationalsozialismus beschmutzten Realität zu entkommen; die Franzosen hingegen sind Europäer, wegen eines Ehrgeizes, der nicht mehr im Rahmen des Etat-Nation zu realisieren ist [dt. d.Verf.]“⁸⁷.

Obwohl die deutsch-französischen Beziehungen von Uneinigkeiten oder gewissen Paradoxen⁸⁸, vor allem von der französischen Seite her, gestört wurden, wobei es vor allem Frankreich war, das die starke Westbindung der BRD beklagte, entstand zwischen beiden Ländern ein privilegiertes Verhältnis, das sich zu einer realen Partnerschaft in Europa entwickelte. Beide Länder versuchten gemeinsam ihr Gewicht auf der internationalen Bühne wirken zu lassen.

Nach dem Mauerbau in Berlin 1961 und der Kubakrise 1962 begannen die USA und die Sowjetunion, ihre Interessen in einem Maße aufeinander abzustimmen, dass sowohl rüstungskontrollpolitische Ansätze setzte wie auch auf eine Anerkennung des europäischen Status-quo- basierte. Für Frankreich bedeutete eine allgemeine Entspannung die Gefahr des Verlusts der o.g. Vermittlerrolle zwischen Ost und West, durch die Frankreich eine Statusstrategie verfolgte, und die Diskussion über die Kontrolle atomarer Bewaffnung gefährdete den Ausbau der Force de frappe, durch die Frankreich seinen Austritt aus der NATO ermöglichte und den europäischen Partnern als Gegenleistung zur amerikanischen Dominanz angeboten hatte. In Deutschland wurde die entstandene Situation ebenfalls aus zwei Gründen missbilligt. Erstens sah man sich , ähnlich wie in Frankreich, vollkommen von den USA abhängig. Zweitens wurde die Unmöglichkeit der zur Wiedervereinigung unentbehrlichen Überwindung des Status-quo befürchtet⁸⁹.

Adenauer und de Gaulle, zwischen denen bereits 1958 während des Besuches des Bundeskanzlers auf de Gaulles Landsitz in Colombay echter persönlicher Kontakt entstanden war, setzten sich fortan für einen verstärkten deutsch-französischen Bilateralismus ein. Obwohl de Gaulle wegen seinen Hegemonialbestrebungen den Beitritt Großbritanniens, zur

⁸⁶ Schmachtel, ebd., liefert eine kompakte Zusammenfassung der deutsch-französischen Zusammenarbeit im europäischen Bildungsprozess.

⁸⁷ Vernet, Daniel, zit. bei Jurt, Joseph, *Un nouveau départ*, in *Des issues A la Routine, Le dialogue-franco allemand*, Zeitschrift für Kulturaustausch 4/2000, Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart, S. 10

⁸⁸ Frankreich warf der BRD fortlaufend einen Mangel an ostpolitischen Realismus vor, versuchte aber entschlossen, dagegen zu wirken, „sich in den guten Beziehungen zur Sowjetunion [...] von der Bundesrepublik überholt zu lassen“: Meimeth, ebd., S. 8.

⁸⁹ Borowsky, Peter, *die westeuropäische Integration 1963-1974*, Informationen zur politischen Bildung, Bonn,

EWG blockierte, was jedoch gegen den Willen breiter Schichten der deutschen Regierung war. Trotzdem stimmte Adenauer dem Elysee-Vertrag zu.

Der Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland, der am 23. Januar 1963 im Elysee-Palast von de Gaulle und Adenauer unterzeichnet wurde, sollte den privilegierten Bilateralismus zwischen beiden Ländern besiegeln. Er sah eine engere Zusammenarbeit in vielen Bereichen vor, darunter auch der Außenpolitik und der Kulturkooperation, und war in diesem Rahmen vor allem mit der Gründung des deutsch-französischen Jugendwerkes innovativ, das durch seine ausgeprägten Jugendaustauschprogramme die größten Teile der Kulturkooperation zwischen beiden Ländern leistete. Besonders wichtig war aber, dass Kultur erstmals auf zwischenstaatlicher Ebene angesprochen wurde.

Außenpolitisch waren die Institutionalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern und die Verpflichtung zu mindestens zweijährlichen Gipfeltreffen die folgenreichsten Aspekte des Vertrages, die ihn, so der bei Schmachtel zitierte Hans-Peter Schwarz, sogar dann effektiv bleiben lassen, „wenn die Politik der Regierungen divergiert“⁹⁰, Diese Vorgaben erwiesen sich langfristig sogar als effektiver als die Bindung an die USA, die auf Druck des Bundestages in einer Klausel der Präambel des Vertrages festgesetzt worden war.

So wurde möglich, daß auch trotz des Mangels an Affinitäten zwischen den beiden Nachfolgern der Unterscriber des deutsch-französischen Vertrages, Pompidou und Brandt, die keine „einschneidenden gemeinsamen Aktionen“ zutage brachten, aus den gemeinsamen Konsultationen weitere bedeutende Anstöße für den europäischen Integrationsprozess zustande kamen⁹¹. Die detaillierte Schilderung der auf den deutsch-französischen Motor zurückzuführenden Errungenschaften, ist nicht Gegenstand dieses Abschnittes⁹², doch muss

258/1998, S.49.

⁹⁰ Schwarz, Hans-Peter, *Eine Entente Elementaire: das deutsch-französische Verhältnis im 25. Jahr des Elysée-Vertrages*, Bonn, 1988, S. 16, zit. in Schmachtel, ebd., S. 10

⁹¹ Immerhin kamen so während deren Amtszeit sowohl die Vereinbarung zur EPZ, der Europäischen politischen Zusammenarbeit, die schließlich in der Schlußakte der KSZE in Helsinki 1975 mündete, sowie der EWG-Beitritt Großbritanniens (gegen den sich de Gaulle so vehement eingesetzt hatte), Irlands und Dänemarks am 22 Januar 1972, und der EWG-Gipfel von Oktober 1972 (der die Einführung der einer Wirtschafts- und Währungsunion beschloss, die bereits acht Jahr später beendet werden konnte), zustande: Schmachtel, ebd., S. 11.

⁹² Valerie Guerin-Sendelbach liefert eine gute Zusammenfassung der Errungenschaften der deutsch-französischen Zusammenarbeit für den europäischen Integrationsprozess: „Sowohl Schmidt und Giscard wie auch Kohl und Mitterand waren bemüht, die europäische Zusammenarbeit zu verstärken. Unter ihrer jeweiligen Amtszeit wurden neue und weitreichende Impulse gegeben. Um den europäischen Wiederaufbau neu wiederzubeleben, wurden institutionelle Erneuerungen vorgenommen: im Dezember 1974 wurde der europäische Rat gegründet, im September 1976 traten Schmidt und Giscard für die Direktwahlen im europäischen Parlament ein. 1978 wurde die Einführung des EWS [Europäisches Währungssystem] während der damals ersten Krise des Weltwährungssystem beschlossen, das ein Jahr später die europäische „Währungsschlange“ ersetzte. Schließlich wurde 1981 der Beitritt Griechenlands vollzogen. Die unter Schmidt-Giscard intensivierte Zusammenarbeit nutzten Kohl und Mitterand funktional zur Bereinigung des Konflikts zwischen Großbritannien und der EG (Fontainebleau 1984). Zusammengefasst ermöglichten sie auf der

darauf hingewiesen werden, daß das heutige Gesicht Europas ohne diese deutsch-französischen Impulse nicht annähernd dasselbe wäre.

Spätestens nachdem sich die deutsch-französische Partnerschaft mit den ersten positiven Ergebnissen der durch den Vertrag von 1963 hervorgerufenen, europäischen Initiativen bewährt hatte, war das Ziel der gegenseitigen Einbindung an die eigenen Interessen erreicht.

Ostpolitisch gesehen jedoch kam auf die deutsch-französische Zusammenarbeit und Freundschaft eine neue Herausforderung auf, so dass die beiden Hauptbausteine des zukünftigen Weimarer Dreiecks zum ersten Mal in direkten Bezug zueinander kamen.

Denn dem Rahmen dieses ersten großen Bausteins des Weimarer Dreiecks, den die deutsch-französische Kooperation und die Präferenzbeziehungen beider Länder bildeten, wurden mit dem Jahrzehntwechsel der 60er zu den 70er Jahren die bereits oben erwähnten, neuen ostpolitischen Gegebenheiten hinzugefügt. Dem Ansatz der integrativen Kontrolle des Partners, der die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland kennzeichnete, fand in dieser neuen Situation ein neues Anwendungsfeld. Dieses neue Terrain, auf dem sich Frankreich und Deutschland, nun unter vollkommen neuen Voraussetzungen begegneten, ist Gegenstand des folgenden Abschnitts: Inwiefern konnte die *europäische* Kooperation zwischen Frankreich und Deutschland bezüglich ihrer jeweiligen ostpolitischen Wahrnehmungen Anwendung finden? Inwiefern bildete sich in diesem Zeitabschnitt ab 1970 die zukünftige Notwendigkeit einer gemeinsamen Ostpolitik heraus, die später in die Kooperation von Frankreich und Deutschland mit Polen führte?

europäischen Ebene nicht nur die erste grundlegende Revision des EWG-Vertrages und den Beitritt Spaniens und Portugals (1986), sondern trugen auch zur Lösung schwerwiegender Kontroversen (Finanzausgleich, britischer Beitrag, Agrarreform) und Durchsetzung zahlreicher Beschlüsse bei, die langfristig und nachhaltig die Effizienz der EG förderten [...]. Die deutsch-französische Zusammenarbeit half auch, dem sich breitmachenden „Europapessimismus“ entgegenzuwirken. Im Unterschied dazu blieb das von Mitterand entwickelte Konzept eines europäischen Sozialraumes weitgehend hinter seinen Vorstellungen zurück.“. Die Autorin führt zwar weiter eine Bestandaufnahme der „tatsächlichen Leistungen der beiden Länder auf der EG-Ebene“ an, die bei weitem nicht dermaßen positiv ausfiel, da es sich „immer wieder zeigte, daß taktische und kurzfristige Überlegungen eine große Rolle spielten“, und weil „innerhalb der jeweiligen Regierung [...]noch kein Konsens über die Europapolitik bestand“. Doch das Fazit bleibt unwiderruflich das einer deutsch-französischen Führung innerhalb Europas: „Die multilaterale Integrationsstrategie wurde in den 80er Jahren auf der politischen und institutionellen Ebene durch die bilaterale Variante erheblich verstärkt. Im Rahmen der Gemeinschaft haben die Bundesrepublik und Frankreich etliche gemeinsame Initiativen im Hinblick auf eine konsequente Entwicklung der Politischen Union und eine Verbesserung des Entscheidungsprozesses in den EG-Institutionen ergriffen. Daran sollte man den deutsch-französischen Beitrag zum Fortschritt der europäischen Union messen“: Guerin-Sendelbach, Valerie, *Ein Tandem für Europa? Die deutsch-französische Zusammenarbeit der achtziger Jahre*, Arbeitspapiere zur internationalen Politik, Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Stuttgart, Europa-Union Verlag, Bonn, 1993, S. 227-229.

Dem Faktor Polen wird hier ebenfalls eine gewisse Aufmerksamkeit geschenkt, auch um zu prüfen, ob und inwiefern die Beziehungen der VRP zu Frankreich und (West-)Deutschland zu diesem Zeitpunkt die Grundsätze zum zukünftigen trilateralen Aspekt beinhalteten.

Wenn für manche Experten erst Ende der achtziger Jahre, also kurz vor der Wende in Osteuropa, eine gemeinsame Ostpolitik Frankreichs und Deutschlands zustande kommen konnte⁹³, boten die Ereignisse von 1980-1981 erste Möglichkeiten, konkrete Mutmaßungen über die jeweilige Einschätzung Frankreichs und Deutschlands

3.2. Deutsch-französische Beziehungen 1969-1981⁹⁴

Der Prozess, den de Gaulle ab 1959 initiierte, war ein Aufruf zur pragmatischen, umfassenden Organisation für Zusammenarbeit, Freiheit und Frieden, zu engerer Kooperation und Überwindung blockgebundener Gegensätze. Diese Haltung war fester Bestandteil der oben ausführlich beschriebenen französischen globalen europäischen Strategie, die darin bestand, durch eine gewisse Vermittlerrolle in der Entspannung zwischen den Blöcken eine gewisse Bedeutung im Gebilde der internationalen Beziehungen zu erlangen. Mitte der 60er Jahre kamen zwei Fakten zusammen, die diese Strategie und so die Position Frankreichs gefährdeten: ein Ablassen des eigenen Spielraums, das zeitgleich mit einer in *Form* und *Ausmaß* neuen ostpolitischen Einflussnahme der BRD kollidierte. Der größte Konkurrent in Europa löste Frankreich gerade auf dessen so bedeutendem und unentbehrlichen "*terrain de chasse gardée*" ab.

Die deutsche Vorgehensweise, an die sich Frankreich fortan orientieren musste, und die demzufolge fortan die ostpolitischen Kontakte beider Länder, auch im Hinblick auf ihre Kontakte zu Polen, prägte, wurde allgemein als *Ostpolitik* bezeichnet. Worin bestand sie konkret und warum löste sie in Frankreich solche Besorgnis aus?

3.2.1. Aspekte neuer Deutscher Ostpolitik

a. Der politische Wandel in der BRD 1969

⁹³ Vgl. z.B. Guerin-Sendelbach, ebd., S. 232.

⁹⁴ Wie bereits im vorigen Kapitel werden auch hier aufgrund der Dichte der deutsch-polnischen Beziehungen der einfacheren Gestaltung wegen die internationalen Verflechtungen und vor allem das deutsch-französische Verhältnis unter 3.2.2. geschildert, so dass sich unter 3.2.1. ausschließlich den deutsch-polnischen Beziehungen gewidmet werden kann.

Unter den wichtigsten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Koalitionspartnern der Großen Koalition standen neben Problemen in der gemeinsamen Gestaltung der Deutschlandpolitik Uneinigheiten in der Haltung gegenüber der DDR und dem Ostblock im allgemeinen. Die harte, unwiderrufliche Haltung der BRD, die in der Hallstein-Doktrin verharrete, entsprach nach größer werdenden Kreisen der SPD, und auch der FDP, nicht mehr den Realitäten der Ost-Westpolitik, die, wie oben gesehen, für West-Deutschland allein eine Lösung in der Frage der deutschen Einheit bringen konnte. In der SPD wurden immer mehr Stimmen für einen Koalitionswandel zugunsten der FDP laut. Gleichzeitig erfolgte ein „Wandel in der FDP“, der im Wahlprogramm der Partei - für unser Thema wichtig - u.a. für die Normalisierung der Verhältnisse zur DDR und den Ostblockstaaten seinen Ausdruck fand. Diese neue Orientierung beinhaltete als Hauptelement neben der Distanzierung von der Hallstein-Doktrin die Regelung der Frage um die Oder-Neiße-Problematik, was eine verstärkte diplomatische Annäherung mit Polen benötigen würde. Diese SPD-freundliche Haltung verlief parallel zu den Blicken der Sozialdemokraten in Richtung der Liberalen Partei, was die spätere Verständigung bereits andeutete. Diese fand ihren konkretesten Ausdruck, als die „FDP-Delegierten der Bundesversammlung bei der Wahl des Bundespräsidenten im März 1969 ihre Stimmen dem sozialdemokratischen Kandidaten Gustav Heinemann gaben“⁹⁵

Die Bundestagswahlen vom September 1969 bestätigten die Zustimmung des Volkes zu den neuen ostpolitischen Orientierungen der Regierung, die unter SPD-Druck bereits in der Großen Koalition ihren Ursprung fanden (Vgl. oben).

Zu diesem Zeitpunkt fasste die SPD einen Entschluß, der die Bedeutung voll widerspiegelt, welche die Sozialdemokraten der Lösung oder zumindest Normalisierung der Beziehungen zum Osten, bei maßen. Obwohl eine weitere Koalition - aufgrund vor allem des Wählerschwunds bei der FDP - mit den Christdemokraten durchaus möglich gewesen wäre, entschied sich die SPD für die Koalition mit der FDP.⁹⁶

Diese Umwälzung der dirigierenden Kräfte ermöglichte eine vollkommen neue Orientierung der Außenpolitik und die Durchsetzung lang geplanter ostpolitischer Leitsätze. Bahr, Stabsleiter des Auswärtigen Amtes, hatte so bereits am 21. September 1969 das „Arbeitspapier“ zu „Überlegungen zur Außenpolitik einer künftigen Bundesregierung“ erarbeitet, das neben Gewaltverzicht und Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze auch die

⁹⁵ Zu Zitat und Inhalt des gesamten Ausschnittes: Borowski, Peter, *Sozialliberale Koalition und innere Reformen*, in: Informationen zur politischen Bildung Nr. 258/1998, ebd., S.31-32.

⁹⁶ Borowski, ebd., S. 32.

Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Osten vorsah⁹⁷. Solchen Überlegungen war nun der Weg geebnet.

Der Volksrepublik Polen kam hier angesichts der Oder-Neiße-Problematik eine ganz besondere Bedeutung zu, wobei auf die Beziehung an sich bereits eine besondere Wichtigkeit zukam, die im Gegensatz zu den Beziehungen der BRD zu anderen Ost-Ländern stand: „politischer Partner Nr. 1 im Osten war und blieb die Sowjetunion, das Schlüsselband für die historisch-moralische „Bereinigung“ (Hvbg Dieter Bingen) der Beziehung zwischen Ost und West war und blieb Polen.⁹⁸ Und so leitete die neue Regierung auf schnellstem Wege grundlegende Reformen auf diesem Gebiet ein.

Eine besondere Prägung erhielt die deutsch-polnische Beziehung auch 25 Jahre nach Kriegsende noch aus den Folgen des oben bereits erwähnten „Paradox von Nähe und Intensität“, das der Beziehung beider Länder diese besondere Prägung verleiht. So zwang die Knappheit der Mehrheit im Bundestag Brandt, Rücksicht auf die Repräsentanten des Bund der Vertriebenen zu nehmen, welche die Abstimmungen hinsichtlich der Ostpolitik und der in Vorbereitung stehenden Verträge mit der Sowjetunion und vor allem mit Polen ins Wanken hätten bringen können. So hat sich Brandt vor den deutsch-polnischen Gesprächen sogar mit deren Vertreter absprechen müssen⁹⁹.

In sechs Gesprächsrunden zwischen deutschen und polnischen Verhandlungsgruppen seit den Wahlen kam es dann schließlich zum Entwurf des Vertragstextes.

b. Der Warschauer Vertrag und der Anfang der Normalisierung der Beziehungen zwischen der BRD und Polen

Mit dem Regierungswandel in der BRD wurden Kräfte wach, die eine Anerkennung der osteuropäischen Realitäten gegenüber einem Festhalten an unrealistischen und unrealisierbaren Idealen wie denen der vorigen Regierungen bevorzugten. Die neue „Realpolitik“ sah den Status-quo unter den bestehenden Verhältnissen als unüberwindbar, die Verhältnisse zwischen den Staaten und Menschen jedoch als verbesserbar an. Um eine solche Verbesserung zu erreichen, musste die BRD seinen östlichen Gesprächspartnern jedoch klar signalisieren, dass sie sich eben von den Staaten distanzierte, die den Status quo zu überwinden suchten und deswegen vom Gegenlager nur als „aggressiv“ empfunden werden

⁹⁷ Bingen, ebd., S. 115.

⁹⁸ Bingen, ebd., S. 116.

⁹⁹ Ebd., S. 119

konnten. Durch eine Reihe von entgegenkommenden, „kleinen Schritten“ sollten die Voraussetzungen zum Dialog ermöglicht werden.

Wie die Gesamtheit der Ostbeziehungen der BRD, so war auch der Abschluß des Vertrages mit Warschau von einer Normalisierung mit der Sowjetunion abhängig. So mussten auch dem Vertrag mit Warschau Verhandlungen mit der Sowjetunion vorgezogen werden, die schließlich am 7. August mit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages abgeschlossen wurden. Der Vertrag beinhaltete die wichtigsten in einem Friedensvertrag - wie er zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern noch nicht bestand - enthaltenen Elemente, die eine Normalisierung der Beziehungen zweier ehemals verfeindeten Staaten ermöglichten: die Bundesrepublik, als Teil des ehemaligen Deutschen Reichs und Verursacher und Verlierer des Krieges, „erkannte die existierenden Grenzen in Europa, insbesondere die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR und die Oder-Neiße-Grenze als unverletzlich an, und sprach ausdrücklich einen Gewaltverzicht aus“¹⁰⁰

Nach Unterschrift dieses Vertrages konnte die Sowjetunion angesichts dieser Garantien, die dem berüchtigten deutschen Revanchismus und Revisionismus effektiv entgegenwirkten, die Verhandlungen der BRD mit anderen Ostblockländern freigeben. Bereits auf den Tag genau vier Monate später kam der deutsch-polnische, in der polnischen Hauptstadt unterschriebene und deshalb als Warschauer Vertrag bekannt gewordene Vertrag zustande. Dessen Inhalt glich dem Vertrag des 7. August. Besonders wichtig für unser Thema war jedoch im deutsch-polnischen Vertrag die Betonung der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als polnische Westgrenze.

Der Vertrag hatte aufgrund der belasteten gemeinsamen Vergangenheit für beide Seiten nicht nur eine politische, sondern auch eine hohe moralische Bedeutung.

Seitens der BRD waren zwei Jahrzehnte nötig gewesen, um die enormen Verluste im Osten „hinzunehmen, [...] um ihn anzunehmen, bedurfte es realistischer und moralischer Einsichten“¹⁰¹. Die Wirkung des Vertrages lag darin, daß „eine Regierung“ sich bereit zeigte, „ihre Existenz für ihre Politik zu riskieren“. Dieses Risiko wurde durch die Legitimierung durch das deutsche Volk ermöglicht, das der SPD bei den Bundestagswahlen 1969 ihre Zustimmung zur Ostpolitik gegeben hatte. Und diese Legitimierung war es dann auch, über die Bedeutung des „Staatsaktes“ hinaus, die den Beginn der „Verständigung und Begegnung zwischen Polen und Deutschen“ möglich machte „in einer Breite, über die auch die

¹⁰⁰ Vgl. z.B. Borowsky, ebd., S.32.

¹⁰¹ Bender, Peter, *30 Jahre Warschauer Vertrag*, in: Dialog, Deutsch-Polnisches Magazin, 2000 (XIV), Hrsg. von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, Dachverband, Berlin, 2000, S. 10.

polnischen Behörden den Überblick verloren“, und auf der dann die zukünftigen Annäherungsinitiativen aufbauen konnten.¹⁰²

Der deutsch-polnische Konsens über den moralischen Wert des Vertrages birgt jedoch einen interessanten Denkansatz zur später in dieser Arbeit erfolgenden Analyse interstaatlicher Beziehungen, eine Analyse, wie sie zum Verständnis der Kontroversen innerhalb des Dreiecks Frankreich-Polen-Deutschland notwendig sein wird: denn Trotz - oder eben wegen - dieser gemeinsamen Einstellung fielen die politischen Reaktionen beider Regierungen unterschiedlich aus. Wie es sowohl Cziomer wie auch - den Sachverhalt ergänzend - Bender darstellen, bekräftigte die Tatsache, dass der Vertrag für die Bundesrepublik gelte und daß der Görlitzer Vertrag seinerseits 1950 allein von der DDR unterschrieben worden war, die damals noch mehrheitliche (zu großen teilen aus CDU-CSU Kreisen stammende) Meinung, „erst ein vereintes Deutschland könnte über die Grenzfrage entscheiden. [...]“ Folgerichtig seien „die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie weiterhin deutsch.“¹⁰³ Der daraus resultierenden Konzeption von Normalisierung standen die polnischen Ansichten gegenüber: in Warschau wurde in den Jahren nach Unterzeichnung des Vertrags besonderen Wert gelegt auf die „rechtliche Auslegung des Vertrages“, die Schaffung einer gesetzlichen Ebene zur Durchsetzung der im Vertrag enthaltenen Kooperationsansätze sowie die „Beachtung der durch die BRD übernommenen Verpflichtungen in Einklang mit dem internationalen Recht“¹⁰⁴ Angesichts ihrer - im Grunde genommen recht opportunistischen - Interpretation des Vertrages legte die Bundesregierung den Schwerpunkt eher auf die „politisch-moralische Ebene“ und „stellte in den Vordergrund die ‘Versöhnung und Verständigung’ (Hrvg. Cziomer) mit Polen“. Die von Polen geforderte völkerrechtliche Auslegung des Vertrages wurde „mit Hilfe von einseitigen rechtspolitischen Mitteln“¹⁰⁵ relativiert. Die Bundesregierung wollte im Gegensatz zur VRP keine Festbindung des Status quo, sondern viel mehr sein Modus vivendi, und „stufte, so Cziomer, die abgeschlossenen Verträge und Vereinbarungen als eine Art moralische Legitimation und Rechtfertigung eigener Ostpolitik ein“.¹⁰⁶ Bezeichnenderweise werden wir dieses Leitmotiv der Legitimation später in kaum veränderter Weise unter anderen Umständen, diesmal jedoch bereits im trilateralen Bereich, wiederfinden, weshalb es als sinnvoll erschien, es hier ausführlich zu erläutern.

¹⁰² Bender, ebd., S. 11.

¹⁰³ Bender, ebd., S. 10

¹⁰⁴ Cziomer, ebd., S. 87

¹⁰⁵ Als Beispiele solcher „einseitiger rechtspolitischer Mittel“ zitiert Cziomer die Resolution des Deutschen Bundestages vom 17.01.1972, oder Gerichtsurteile, wie z.B. das Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1973, 1975, und Bundessozialgericht 1976.: Cziomer, ebd., S. 86.

c. Ostpolitik unter Schmidt¹⁰⁷

Nach Willy Brandts Rücktritt nahm die Ostpolitik neue Dimensionen an¹⁰⁸. Am 7. Mai 1974 wurde der ehemalige Bundesfinanzminister neuer Bundeskanzler. Helmut Schmidt wünschte in Sachen der Polenpolitik „Kontinuität und Konzentration“, und kennzeichnete den moralischen Aspekt seiner ostpolitischen Aktionen durch den neuen Faktor der Finanzpolitik, die zu einem „Katalysator eines bemerkenswerten deutschen Engagements in Mittel- und Osteuropa wurde“.¹⁰⁹ Die übermäßige finanzielle Macht der BRD, vor allem gegenüber ihren osteuropäischen Verhandlungspartnern, wurde zum Machthebel zur regelrechten Erkaufung von Einigungen über Probleme, die Bonn besonders belasteten. Die Polenpolitik sollte das beste Beispiel dafür werden. Die wachsende Kluft zwischen den zwei Wirtschaftspotentialen wurde schnell zu einem wichtigen Verhandlungshebel zugunsten Deutschlands. Auf polnischer Seite lag der Schwerpunkt oft auf wirtschafts-politischer Ebene, während er auf deutscher Seite „einen starken Wunsch nach Lösung politischer und humanitärer Probleme“ beinhaltete.¹¹⁰ Ab 1975 kamen unter diesen Umständen zwei Vereinbarungen sowohl in der Frage der Auswanderung von Polen nach Westdeutschland als auch zum Thema der Entschädigung für Kriegsgefangene zustande, die diesen Sachverhalt widerspiegeln.

Das Abkommen des 9. Oktobers 1975, besagte eine 1:1 Zahlung für jeden Auswanderer von einem der beiden Vertragsländer ins andere. Da die Emigration von Polen nach Deutschland jedoch - erwartungsgemäß - unverhältnismäßig höher waren, kam der Vertrag einer einseitigen Zahlung seitens der BRD gleich.

Der sogenannte Jumbo-Kredit der BRD an die VRP, ein Finanzkredit über eine Milliarde DM (!), barg ebenfalls einen im selben Rahmen angesiedelten Sachverhalt, brachte die Regelung doch die Lösung des „bis dahin größten Problems der bilateralen Beziehungen“¹¹¹ zwischen Bonn und Warschau: die Ausreiseerlaubnisse von 120 000 bis 125 000 Personen.

Trotzdem sollten zwei Aspekte nicht vergessen werden: die zwei Verträge standen in der direkten Folge des Geistes des Warschauer Vertrages, der das Ende der mehr als

¹⁰⁶ Cziomer, ebd., S. 86

¹⁰⁷ Auf die Kulturbeziehungen beider Staaten unter Schmidt wird weiter unten weitgehend eingegangen.

¹⁰⁸ Ein Dilemma der deutschen Politik war immer die Verhandlung mit einem nicht demokratischen Staat. Bingen hierzu: „Wie konnte Versöhnung mit dem Volk gefunden werden, wenn man mit Machthabern verhandeln musste, die nicht vom Volk legitimiert waren? Für Adenauer war die Herrschaft der Kommunisten in Warschau *ein* [Hrvg. Dieter Bingen] Grund zum Nichtstun. Brandt hatte Glück, dass es zu Zeiten seiner Ostpolitik noch demokratische Opposition gab und er mit dem Grenzrespektivierungs- bzw. Normalisierungsvertrag sowohl den Regierenden wie den Regierten entgegenkam. Schmidt war am stärksten mit dem Dilemma konfrontiert.“: Bingen, ebd., S. 327.

¹⁰⁹ Bingen, ebd., S. 165.

¹¹⁰ Bingen, ebd., S. 322.

zwanzigjährigen „Verdrängungsleistung der deutschen Gesellschaft und Politik“ über die Beziehung zu Polen, die ihren stärksten Ausdruck im wirkungsvollen Kniefall Brandts vor dem Denkmal des Warschauer Ghettos fand. Dieser spiegelte die Änderung wider, die sich seit Mitte der sechziger Jahre in der Außenpolitik unter Außenminister Schröder und allgemein in der deutschen Bevölkerung verbreitet hatte.

Und in den gesamten Kontext der internationalen Politik gestellt, darf nicht vergessen werden, dass die Kontakte zwischen der BRD und Polen trotz dieser Intensivierung immer denen zur Sowjetunion unterordnet blieben, und allgemein auch nur einen Teil der deutsch-deutschen Politik bildeten.

d. Die Variable DDR

Der Regierungswandel in der BRD brachte auch der Variable DDR eine vollkommen neue Bedeutung. Hatte die vorige Bundesregierung jeglichen Kontakt radikal abgeblockt und im Rahmen der Hallstein-Doktrin diese Haltung auch anderen Ländern abverlangt, wollte die sozialliberale Koalition durch eine schrittweise Annäherung an die DDR-Führung die „Spaltung beider deutschen Staaten in absehbarer Zeit“ nicht aufheben, „wohl aber die Auswirkungen auf die Deutschen in beiden Staaten erträglicher machen“¹¹². Um diese erste Priorität erreichen zu können, war die vorerste Annäherung an die Sowjetunion sowie an die immer noch skeptische VRP nötig gewesen, um deren Ungewissheit über eine deutsch-deutsche Annäherung zu entkräften. Als dies durch die beiden Verträge von Moskau und Warschau erreicht war, folgten mit einer zur vorherigen Starrheit in den Beziehungen beider Staaten relativen Schnelligkeit das Viermächteabkommen über Berlin des 3. September 1971, daß der Einstellung der BRD näher als denen der DDR kam, da die Präsenz der vier Siegermächte bestätigt wurde, sowie das Transitabkommen am 17. 12. 1971 und das Verkehrsabkommen 1972, die jeweils den Verkehr zwischen Ost- und West-Berlin und der DDR und der BRD erleichterten. Die bedeutendste Errungenschaft der Regierung Brandt war aber der sog. Grundlagenvertrag des 21. Dezember 1972, der die Grundlagen der Beziehung zwischen der BRD und der DDR festlegte.

In einem Interview, das der ehemalige Chefredakteur der Wochenzeitung „Polytika“, Mięczysław Rakowski, der Zeitschrift Dialog gab, wird klar, dass die Variable DDR sogar innerhalb der westdeutsch-polnischen Beziehungen nicht vollkommen bedeutungslos

¹¹¹ Zitat sowie Inhalt der letzten Absätze vgl. Bingen, ebd., S. 172-173.

¹¹² Borowsky, ebd., S. 32.

geblieben ist. Als Vertrauter und Berater Gomulkas, weist Rakowski auf die positive Haltung des polnischen Staatschefs in Hinsicht auf die Veränderungen in der BRD hin. „Gomulka begann schon Mitte der sechziger Jahre die Veränderungen in der westdeutschen Politik wahrzunehmen“, sah „in Westdeutschland einen potentiellen Partner“ und „betonte bereits [damals], daß Deutsche und Polen nicht auf ewig Feinde bleiben dürften“¹¹³.¹¹⁴ Dem stand eine sehr geringschätzigere Meinung über die DDR und vor allem deren ersten Politiker Ulbricht gegenüber. Gomulka habe ihn „nicht gemocht, ihn als politischen Schwindler betrachtet“, der eine zweideutige Politik sowohl mit seinen östlichen Blockpartnern als auch mit der BRD führte.¹¹⁵ Die Verflechtung beider Faktoren bildete freilich einen der Gründe für die Zustimmung Gomulkas zum Vertrag, der sein letzter politischer Erfolg bleiben sollte; denn der Görlitzer Vertrag verlor angesichts der Übermacht der BRD gegenüber der DDR und trotz der verbitterten Haltung Ulbrichts an politischem Gewicht.

Durch den oben erwähnten Grundlagenvertrag erlangte die DDR die langerarbeitete Anerkennung der BRD. Bezeichnenderweise zeigt die Haltung Frankreichs gegenüber der DDR die Reaktion der Franzosen auf die deutsche Normalisierungsphase. Bereits 1970 vertiefte ein Vertrag die wirtschaftliche Zusammenarbeit Frankreichs und Polen, die durch einen entsprechenden Vertrag und den Aufbau einer bionationalen Handelskommission Gestalt annahm. 1973 wurde ein Abkommen zur Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Kooperation unterzeichnet. 1974 nahm Frankreich offizielle diplomatische Beziehungen mit der DDR auf, und ab 1984 war das Französische Kulturinstitut unter den Linden die einzige westliche Institution dieser Art. So war es auch kein Zufall, wenn Honecker 1988 für seinen ersten Auslandsbesuch in ein westliches Land Frankreich wählte.¹¹⁶

Und schließlich ist in Bezug zum Warschauer Vertrag ein weiteres Argument für unser Thema - auch deshalb, weil es nirgends anders gelesen wurde - von größtem Interesse: Gomulka habe dem Warschauer Vertrag - und der beinhaltenden Verständigung über die

¹¹³ Mieczyslaw Rakowski im Interview mit der Zeitschrift *Dialog*, ebd., S. 13. Ähnlich waren anscheinend auch die Beziehung seines Nachfolgers, Gierek, mit Brandt „sehr eng und basierten auf gegenseitigem Vertrauen“: ebd., S. 14.

¹¹⁴ Dies widerspricht also in gewissem Maß der allgemein verbreiteten Auffassung der Einstellung Gomulkas gegenüber den bundesdeutschen Initiativen, die vor allem auf der heftigen Kritik beruhten, die Gomulka gegen den Brief der deutschen Kirche 1965 äußerte. Diese im Westen relativ schlecht aufgefasste Reaktion richtete sich weniger, so Rakowski, gegen die Initiative an sich, als gegen die aus seiner Sicht nicht akzeptablen „Einmischung der Bischöfe in den schwierigen politischen Dialog“ und kam zu dem schlechten Verhältnis Gomulkas zu Kardinal Wysinski noch hinzu. („Beide kämpften um die Herrschaft über die Seelen der Polen, und auch hinter der Sache mit den Briefen stand dieser Wettstreit um die Führung, der sich in den deutsch-polnischen Beziehungen niederschlug“: ebd., S. 13.)

¹¹⁵ Ebd., S. 13.

¹¹⁶ Lorrain, Sophie, *Histoire de la RDA*, Presses Universitaires de France, Paris, 1994, S. 90.

Oder-Neiße-Grenze - auch deshalb eine so große Bedeutung beigemessen, da er befürchtete, wie anscheinend ebenfalls nicht wenige politisch Verantwortliche des Ostblocks, die „Russen könnten sich mit den Deutschen hinter dem Rücken der Polen verständigen“¹¹⁷. Für die hier vorgenommene, trilaterale Angehensweise ist dieser Sachverhalt deshalb interessant, weil er einen kleinen, in den Wirren des Kalten Krieges fast unmerklichen Hinweis dafür gibt, dass sogar im Osten die ostpolitischen Aktivitäten der BRD u.a. *auch*¹¹⁸ aus anderen als rein ideologischen Gründen, mit gewissen *incertitudes* betrachtet wurden. Diese *incertitudes* beruhten viel eher auf historischen „Erinnerungen“ Diese skeptische, oder misstrauische, auf jeden Fall unsichere Haltung Polens stellt eine direkte Verbindung zum dritten Glied des Dreiecks Deutschland, Polen, und... Frankreich her.

Denn dort hatte die neue deutsche Ostpolitik vielleicht den allergrößten Einfluß auf die eigenen ostpolitischen Orientierungen.

3.2.2. Frankreichs Reaktion auf die neue deutsche Ostpolitik und der Anfang gemeinsamer Abstimmungen

Frankreich, für dessen globale Strategie der Ostblock eine kapitale Rolle spielte, sah sich durch die Anfänge der neuen deutschen Ostpolitik gleichzeitig zum eigenen Verlust der Prärogative in diesem Gebiet mit der steigenden Einflussnahme des größten Konkurrenten konfrontiert. Durch die führende Position im Osten und davon ausgehend das gesteigerte Gewicht auf der internationalen Ebene, welche die Ostpolitik ihr anscheinend in gesteigertem Maße zu verleihen schien, wirkte die BRD gleich zwei Prioritäten der Franzosen entgegen: einerseits der Notwendigkeit, die führende und exklusive Position unter den Westmächten im Osten beizubehalten, und andererseits, die Position der BRD innerhalb des europäischen Machtgeflechtes unter Kontrolle zu behalten. Die BRD entkräftete die „zwischen Franzosen und Sowjets, gebildete, unter der V. Republik immer deutlicher [gewordenen] Entente“, die den Sinn verfolgte, „ein mit übergroßer Dynamik ausgestattetes Deutschland im Zaum zu halten.“¹¹⁹

¹¹⁷ Rakowski, ebd., S. 14.

¹¹⁸ Der Verfasser ist sich sehr wohl bewusst, dass solche Aspekte selbstverständlich nicht ausschlaggebend waren für die Entwicklungen des Kalten Krieges und auch nicht in den west-deutsch-polnischen Beziehungen, wo die Ideologie von weitem tonangebend war.

¹¹⁹ Fontaine, André, *Une autre crainte*, Le Monde, 27.6.1984, Zit. in Kolboom, ebd., S. 124

Deshalb waren die französischen Gefühle gemischt und beruhten auf zwei gegensätzlichen Angehensweise: einerseits der wohlwollenden Einstellung gegenüber dem eigenen Erbe der gaullistischen Ostpolitik, daß im Grunde ja auch dieselben Leitsätze verfolgte.

Andererseits aber konnte Frankreich nicht das immer - und unter den neuen Umständen stärker denn je - wiederkehrende Leitmotiv der *incertitudes allemandes* abwehren. Die Politik der Nachfolger de Gaulles befanden sich ständig in einem gewissen Widerspruch, den es gilt, hier näher zu erläutern.

a. Deutsche Ostpolitik als französisches Erbe

Zustimmung fand die neue deutsche Ostpolitik in dem Maße, als sie Anzeichen zur Überwindung der noch vom Ende des Weltkrieges stammende, überkommener Ansprüche gab, und so dem allgemeinen Prozess der europäischen Entspannung beitrug. Zeitweilig galt sie aus französischer Sicht sogar als „notwendige Voraussetzung zur Realisierung der eigenen Ostpolitik.“¹²⁰ Insofern hätte Frankreich die Vertragsabschlüsse der BRD mit der Sowjetunion und Polen nicht zu verhindern versucht. Nach Mond's Ansicht war Frankreich sogar an der Entstehung des Warschauer Vertrages „nicht unbeteiligt“ - wenn dieser Ausdruck auch die nicht besonders aktive Beteiligung der Franzosen andeutet - : Während seines Bonner Aufenthalt 1967 hatte de Gaulle für die deutsch-polnische Normalisierung und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze plädiert, sowohl die Regierung, „aber auch das Volk“, hätten „die polnische Haltung unterstützt“.¹²¹ Im selben Maße, wie dieses Engagement nuanciert werden muss, bezeugt es aber auch am Beispiel Frankreichs, in welchem Maße jedes der drei Länder die Politik der beiden anderen im Auge behielt.¹²²

Die Zustimmung Frankreichs für die deutsche Ostpolitik zeigte ebenfalls die Besorgnis um die Ratifizierungsdebatten zum Warschauer Vertrag. im Rahmen der Skepsis über die Ostpolitik der Regierung hatten nicht nur FDP-, sondern sogar SPD-Abgeordnete die Fraktion gewechselt und so die Mehrheit gefährdet und in dieser Situation ein Misstrauensvotum wirkungsvoll durchgesetzt, das am 27. April Rainer Barzel nur noch eine knappe Mehrheit verschaffte. Obwohl die Ostverträge am 17. Mai, nur unter den Umständen der Enthaltungen der CDU Abgeordneten, ratifiziert worden waren¹²³, herrschte in Frankreich Ungewissheit über die Fortführung der Ostpolitik nach den auf den 19 November vorgezogenen

¹²⁰ Meimeth, ebd., S. 64.

¹²¹ Mond, ebs., S. 138.

¹²² Zum Interesse Frankreichs an einer Einflußnahme und Konkretisierung an den Ostverträgen der BRD vgl. unten, 3.2.2.b.

Bundestagswahlen bei einer Niederlage der SPD. . Doch im Gegenteil zu den Volksrepräsentanten herrschte in der Bevölkerung eindeutiger Konsens, das in seiner Qualität als höchster „Kontrollmechanismus“¹²⁴ seine Zustimmung für die Ostpolitik der SPD bestätigte. Die Sozialliberale Koalition konnte sich mit einer über allen Hoffnungen hinaus gestärkten Mehrheit in seiner Ostpolitik bestätigt fühlen.

Doch parallel zu dieser Erleichterung der Franzosen, kamen andere, dem widersprechende Empfindungen gegenüber der BRD zutage.

Es ist zwar schwer, sich ein konkretes Bild sowohl über die Ängste der Franzosen, als auch über die Gründe für dieses Verhalten zu machen. Fakt scheint jedoch zu sein, dass Pompidou das „übergroße Gewicht der BRD bedauerte“ und anscheinend den Geist selbst der deutschen Ostpolitik in ihrem Wesen nicht erfasst hatte: „als Franzose hatte er [...] seine Probleme mit der Vorstellung, dass ein Deutscher tatsächlich bereit sein könnte, dem Verlust der deutschen Ostgebiete und der deutschen Teilung *de facto* und ohne Hintergedanken“ zuzustimmen, wohl wissend, daß ohne genau diese deutsche Vorgehensweise „der Elysée-Vertrag nicht mit Leben hätte erfüllt werden können“, da die Akzeptanz dieser territorialen Tatsachen durch die BRD Grundlage des „freundschaftlichen Verhältnis [...] war, das heute vor allem zwischen Frankreich und Deutschland besteht“¹²⁵ Diese Skepsis ließ angesichts der Situation die ewigen *incertitudes allemandes* neu aufflammen.

Der vielleicht aus französischer Sicht beunruhigendste Störfaktor war die durchaus gesteigerte, gegenseitige Annäherung der BRD und der Sowjetunion.

Bezeichnenderweise beruhte diese Irritation nicht nur auf den historisch gesehen problematischen Erinnerungen vergangener deutsch-sowjetischer Pakte und Bündnisse, die mehrmals schlagartig die Mächtekonstellation in Europa verändert hatten.¹²⁶

Vielmehr war diese Annäherung für Frankreich besonders im wirtschaftlichen wie im geostrategischen Gebiet von größter Bedeutung.

¹²³ Borowsky, ebd., S. 33

¹²⁴ Bingen, ebd., S. 326

¹²⁵ Kolboom, ebd., S. 127.

¹²⁶ Vgl. Meimeth, ebd., S. 67. Joffe, Josef, *Sensibles statt Sensation*, in Süddeutsche Zeitung, 7.11.1988 Zit. nach Kolboom, ebd., S. 128, fasst die Situation wie folgt zusammen: „Die deutsche Ostpolitik [...] wird nie aufhören, die ‘politische Klasse’ Frankreichs zu zerstören. Ihre historische Erinnerung heißt ‘Taurroggen’, als siech Perußen plötzlich von der Seite Napoleons auf die der Russen schlug. Sie wird weiter genährt durch ‘Rapallo’, als Weimar-Deutschland über Nacht die Fronten wechselte - und natürlich durch den Molotow-Ribbentrop-Pakt, der Hitler freie Hand im Westen gab“. Daten der genannten deutsch-russischen Verträge: Taurroggen: 1812, Rapallo: 1922, Molotow-Ribbentrop- oder Hitler-Stalin Pakt: 1939 [Anmrkg. d. V.] Dem könnte noch der Rückversicherungsvertrag von 1887 hinzugefügt werden (Guerin-Sendelbach, ebd., S. 71, Note 121).

b. Wirtschaftliche Bedenken ¹²⁷

Der speziell auf die Sowjetunion ausgerichtete Osthandel Frankreichs war einer der Bausteine der privilegierten Beziehung beider Länder und von Frankreich in diese Richtung auch regelrecht als Verhandlungswaffe gedacht gewesen (Vgl. oben). Bereits 1969 hatte Außenminister Debré deshalb besorgt von den „Möglichkeiten des bundesdeutschen Wirtschaftspotentials in Osteuropa gesprochen“. Durch die „Normalisierung der *politischen* [Hrvg. Meimeth] Beziehungen“ der BRD zum Osten wurde dieses Potential nun jedoch als wahre Bedrohung „für die eigene Wirtschaft“¹²⁸ - und implizit für die durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit erarbeiteten Errungenschaften - betrachtet.

Vollkommen ungerechtfertigt erschienen die französischen Befürchtungen nicht. Die Sowjetunion hatte seit dem Ende der 60er Jahre angefangen, die „Wahl ihrer Kooperationspartner“ von „ihren wirtschaftlichen Interessen zu leiten“.¹²⁹ Aber genau in diesem Bereich musste Frankreich bereits 1970-1971, also konkret mit den neuen ostpolitischen Bemühungen der BRD in Verbindung zu setzende „Stagnationstendenzen im [eigenen, französischen] Handel mit der UdSSR“¹³⁰ feststellen. Um die ganze politische Tragweite der Handelskooperation und die Bedeutung, die Frankreich in diesem Bereich der Sowjetunion beimaß, muss z.B. berücksichtigt werden, dass Frankreich in der rein Kompromiss-geprägten Politik darauf ankommen ließ, daß die Handelsbeziehungen zur UdSSR bis 1981 ein Zehntel des gesamten Außenhandelsdefizits ausmachte, obwohl der Anteil des Handels mit den Sowjets „nur“ bei ca. 2,5% des gesamten französischen Außenhandels lag. Und trotz dieser neu angelegten Strategie wurde Frankreich in diesem Gebiet von der BRD übertrumpft.¹³¹

Tiefgreifender waren jedoch die *geostrategischen* Implikationen der westdeutsch-sowjetischen Annäherung, v.a. weil sie aus französischer Sicht heraufbeschworen und - bestimmt zum Teil auch aus rein prophylaktischen Gründen - aufs Äußerste überinterpretiert

¹²⁷ Die meisten Informationen zu diesem Kapitel stammen aus dem bereits zitierten Werk Meimeths, der sehr präzise und besonders zutreffend Details der Außenpolitik Frankreichs der 70er Jahre (und darüber hinaus) schildert und dabei - in Rahmen dieser Arbeit besonders gewinnbringend - besondere Rücksicht auf das Zusammenwirken mit den betroffenen Staaten nimmt.

¹²⁸ Meimeth, ebd., S. 72

¹²⁹ Buda, ebd., S. 127.

¹³⁰ Ebd., S. 128.

¹³¹ Zum Thema franco - sowjetischer Handelskooperation insgesamt das sehr interessante Kapitel bei Buda, ebd., S. 127-139.

wurden. Diese Implikationen sind einerseits in den Bereich des Ost-West-Gegensatzes, andererseits in den der deutsch-französischen Beziehungen, anzusiedeln.

c. Geostrategische französische Bedenken

Pompidou hatte sich bei seinem Amtsantritt in gewissem Maße von den Direktiven distanziert, welche die Ära de Gaulle geprägt hatten. Oberstes Ziel französischer Außenpolitik blieb die Unabhängigkeit von den beiden Großmächten. Zielte die französische Strategie weiterhin auf eine privilegierte Position unter den westlichen Partnern der Sowjetunion hin, war die französische Diplomatie neuerdings von einer intensivierten Westorientierung geprägt. Als die USA begann, über einen Truppenrückzug aus Europa zu diskutieren, musste Pompidou einsehen, dass dies ebenfalls die „amerikanische Nukleargarantie gegenüber Westeuropa“ bedeuten könnte, und dass die daraus entstehenden Gefahren für die eigene Sicherheit, sogar der *indépendance* unterzuordnen waren. Pompidou fasste die daraus entstehende Notwendigkeit in einem Interview zusammen, in dem er die Allianz mit einer sich zurückzuziehen drohenden (USA) eher als mit einer an Terrain gewinnenden Großmacht (Sowjetunion) bevorzugte.¹³² Für den bei Meimeth zitierten Rials kam zu diesen Schlüssen sogar eine entschlossen, wenn auch nicht öffentlich geäußerte anti-kommunistische Einstellung des Präsidenten hinzu.¹³³

Die Annäherung der BRD an die Macht, von der sich Frankreich zu distanzieren gezwungen fühlte - bzw. von der Frankreich dachte, die privilegierten Beziehung zugunsten der früher „benachteiligten“ USA, auflockern zu müssen - konnte in Frankreich demzufolge nur mit gemischten Gefühlen aufgenommen werden. So war es auch Georges Pompidou, der wie schon gegenüber den Sowjets und des Kommunismus innerhalb der französischen Regierung gegenüber der Politik Bundeskanzlers Brandt Mißtrauen empfand. Seine größte Sorge bestand aus diesem Aspekt der *deutschen Ungewissheiten*, der zum wichtigsten Leitmotiv französischer Deutschland- und Ostpolitik wurde: die Angst vor einer sich rasch zu entwickeln drohenden *ostpolitischen*, „nicht mehr zu kontrollierenden Eigendynamik, die letztlich, ohne dass dies von der Bundesrepublik beabsichtigt sei, zu einer Verschiebung des

¹³² „il n’y avait [auf seine Amtszeit bezogen] que deux géants dans le monde: l’un qui avance, c’est l’URSS, l’autre qui recule, ce sont les Etats-Unis. Pour stopper cette avance [...] il fallait donc s’allier avec la puissance qui recule [...]“: Pompidou in einem Interview mit der Zeitung *La Croix*, 7.4.1974.

¹³³ So Meimeth, ebd., S. 21: Rials [Stéphane, *Les idées politiques du président Georges Pompidou*, Paris, 1977, S. 128.] kommt auf der Basis der Analyse zahlreicher, z.T. unveröffentlichter Äußerungen Pompidou zu dem Urteil, daß „Georges Pompidou était... convaincu au fond de lui même, que le communisme restait le danger le plus grave. Il ne manquait pas une occasion de mettre en évidence la progression la progression des Russes sur l’échiquier international“.

prekären sicherheitspolitischen Gleichgewichts in Europa zugunsten der Sowjetunion führen würde.¹³⁴ Vor allem durch die territoriale Konzessionsbereitschaft Brandts hatte sich Pompidou irritieren lassen, die implizit der Sowjetunion einen größeren Verhandlungsspielraum vermittelte. Außerdem bestätigte das Verhandlungsverhalten Brandts bereits 1970 in Moskau die „Emanzipation“ und Eigenwilligkeit der BRD, die anfangs, manche außenpolitische Entscheidungen ohne Absprache mit seinen westeuropäischen Partnern zu treffen, was sowohl gegen die institutionalisierte deutsch-französische Konsultationspraxis, wie auch gegen Bündnisprinzipien und den *„droit de regard“* der ehemaligen Besatzungsmächte verstieß.¹³⁵

Darüber hinaus muss beachtet werden, dass innerhalb der französischen Europapolitik eine Art Zwang zur Gegenmachtbildung gegenüber der BRD herrschte, die hier wegen ihrer direkten Verflechtung mit den oben angeführten Faktoren ebenfalls berücksichtigt werden muss.

d. Deutsch-französische Ungewissheiten

Denn Frankreich war bereits damals - wie auch heute noch bei jedem EU-Gipfel oder bei jeder Äußerung des Premierministers Jospin oder des Präsidenten Chirac zu ihren Vorstellungen über den Aufbau des erweiterten Europas - gegen eine Institutionalisierung der europäischen Gemeinschaft, die „die nationale Entscheidungsautonomie der Regierungen in Frage stellen könnte“¹³⁶. Durch eine solche Autonomie aber wäre deutschen, originellen und eigenwilligen ostpolitischen Initiativen, welche die Franzosen bereits erahnten, kein Riegel mehr vorzuschieben. Dem sollte also durch eine feste Einbindung der BRD in die westeuropäischen Mechanismen entgegengewirkt werden. Und obwohl sie jeden Anschein danach hatte, war die „französische Westeuropapolitik weitgehend von Elementen der Gegenmachtbildung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und Elementen der intergouvernementalen Kooperation auf bi- und multilateraler Ebene bestimmt und weniger von einer auf eine westeuropäische Integration hin ausgerichteten Konzeption getragen“.¹³⁷

¹³⁴ Meimeth, ebd., S. 69.

¹³⁵ Meimeth, ebd., S. 68-69, v.a. das Zitat Brandts: „Wir können handeln wie die anderen. Wir sind ein Staat, eine emanzipierte Regierung“: *Le Monde*, 18.9.1971 und Pompidou: „Brandt a fait des concessions formidables. M’imaginez-vous renonçant définitivement à l’Alsace, aux Vosges, au Nord, etc.? Deuxièmement, l’Allemagne agit maintenant même sans demander la permission à personne. Troisièmement, l’U.R.S.S. a barre sur elle“: Fontaine, ebd., S. 248.

¹³⁶ Meimeth, ebd., S. 72

¹³⁷ Ebd., S. 72.

Anhand dieses durch die neue deutsche Ostpolitik entstandenen Sachverhalts wird am Beispiel Frankreichs die ganze politisch-strategische Bedeutung der Instrumentalisierung der Kooperation auf europäischer Ebene deutlich. Bedeutend ist in diesem Kontext, dass diese Instrumentalisierung die BRD und Frankreich miteinander und beide mit einem der Bestandteile der jeweiligen Ostpolitik, der VR Polen, verband. Bereits zu diesem Zeitpunkt haben also vom Eigeninteresse der verschiedenen Staaten eingeleitete Mechanismen den Übergang der drei Bilateralismen zu trilateralen Ansätzen herbeigeführt.

Die Verflechtung der drei vorigen Punkte bildete den allgemeinen Rahmen für die sich fast automatisch anbahnenden neuen französischen, multilateralistisch angesetzten ostpolitischen Orientierungen gegenüber der BRD.

e. Multilateralisierung der französischen Ostpolitik: die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und erste Ansätze für deutsch-französische Absprachen

Durch den gleichzeitigen Verlust der ostpolitischen Sonderstellung Frankreichs und die Erlangung der Prärogative Deutschlands auf diesem Gebiet war Frankreich zu einer rein „reaktiven Anpassung“ gezwungen. Diese Reaktion war aber nicht mit dem außenpolitischen Primat der Größe und Unabhängigkeit zu vereinbaren und widersprach der aktiven Einflussnahme in ostpolitischen Fragen. Um dem zu begegnen, bestand die einzige Möglichkeit der Einflussnahme in einer festen Einbindung Deutschlands in die bereits bestehenden Bündnis- und Kooperationsstrukturen. Dieser Leitsatz kam einer „Ostpolitisierung“ der deutsch-französischen Zusammenarbeit gleich, durch die sich die Franzosen gemäß des alten Leitsatzes der *Kontrolle durch Einbindung* (vgl. oben) nicht nur eben diese Kontrolle. Durch vertiefte Konsultationen und Absprachen sollten erste Versuche der Koordinierung der beiden Ostpolitiken und Frankreich somit auch eine gewisse *Einflussnahme* ermöglicht werden.

Angesichts der oben geschilderten politischen Bedeutung der wirtschaftlichen Kooperation, ist es kaum erstaunlich, wenn Frankreich auf diesem Gebiet versuchte, an Einfluss zu gewinnen. Dazu machte es Deutschland einen Vorschlag, der von da an als kennzeichnendes Schema fast aller bilateral geführten, deutsch-französischen Aktionen wirkte: um trotz des Verlustes der Prärogative auf diesem Gebiet die eigene, durch vergangene Erfolge und

Wirtschaftsbeziehungen und -infrastrukturen erreichte „Schwungkraft zunutze zu machen“,¹³⁸ sollte der deutschen Wirtschaft eine Partnerschaft vorgeschlagen werden, in der die Franzosen als Gegenleistung für die Rückendeckung bei der neuen Ostpolitik an der Dynamik der deutschen Wirtschaft mitprofitieren könnten. Dieses Modell der „Europäisierung aus der Sicht des Schwächeren“ wurde fortan von Frankreich in seinen meisten Kooperationsbestrebungen mit der BRD eingesetzt und von dieser auch im eigenen Interesse genutzt. Allein im wirtschaftlichen Bereich war die Praxis der Bilateralismen zu weit entwickelt, als dass dieses Modell auch hätte wirksam eingesetzt werden können. (((Budas Argument, die BRD hätte die nötige Rückendeckung aus den USA bekommen, erscheint hier also nicht vollkommen richtig.)))

Doch der Regierungswechsel 1969 ermöglichte es Frankreich, in einem anderen, wesentlicheren Gebiet die oben geschilderten Prinzipien - Kontrolle durch multilaterale Einbindung aus der Sicht des „Schwächeren“ - durchzusetzen. Im selben Jahr war nach den Impulsen der Außenminister des Warschauer Paktes im März in Prag und in Budapest im Oktober die Verhandlungen zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa begonnen (fortan KSZE). Die Sowjetunion wollte durch eine solche Konferenz im Rahmen der sich konkretisierenden gemeinsamen Friedensbestrebungen des Westbündnisses und des Warschauer Paktes die Verhandlungsbasis schaffen, die zur „Auflösung des Westbündnisses und Zurückdrängung des amerikanischen Einflusses in Europa bei gleichzeitiger Festschreibung ihrer eigenen Hegemonialsystems“¹³⁹ führen sollte. Das eigentliche Hindernis bestand jedoch in der Weigerung der UdSSR, in den Verhandlungen für die Vorbereitung der Konferenz der Aufgabe des ideologischen Kampfes zuzustimmen. Durch diese Klausel könnte die Sowjetunion auch weiterhin durch militärische Intervention den ideologischen Werdegang in ihren Satellitenstaaten diktieren, ein Prinzip, das den französischen Idealen widersprach.

Die neue bundesdeutsche Regierung ihrerseits wollte im Rahmen der Normalisierung ihrer Verhältnisse mit den Ostblockstaaten die KSZE-Diskussionen nur nach Abschluss der Ostverträge beginnen, einen Standpunkt, zu deren Durchsetzung die BRD auf äußere Unterstützung angewiesen war.

Frankreich konnte sich nicht erlauben, die Konferenz abzublocken, weil es sich so die einzigartige Möglichkeit hätte verwehrt gesehen, durch Einbindung der BRD in diesen multilateralen Prozess Par Excellence die effektivste Kontrolle durch Kooperation tatsächlich

¹³⁸ Buda, ebd., S. 128-129. Inhalte des Abschnittes ebd..

durchzusetzen. Die BRD ihrerseits war auf Unterstützung angewiesen, um ihre Standpunkte anerkennen zu lassen.

Zwei Projekte hatten bereits in den vergangenen Jahren gezeigt, welchen Verlust an Effektivität eine mangelnde Koordinierung führen kann. 1963 hatten die USA die Multilateral Force - MLF - vorgeschlagen, um die europäischen Staaten an den nuklearen Entscheidungen in Europa zu beteiligen. Die über keine Kernkraft verfügende BRD stimmte dem Projekt aus verständlichen Gründen zu, während Frankreich, als Nuklearmacht, aus genau entgegengesetzten Motiven das Projekt aus Angst um die Eigenständigkeit der eigenen, geostrategisch so wichtigen *force de frappe* ablehnte.¹⁴⁰

1968 hatten weder Frankreich noch die BRD gegenüber dem Non Proliferation Treaty über eine Atomwaffensperre eine eindeutige Haltung eingenommen, und wieder waren die Beweggründe beider Nachbarn in entgegengesetzten Gebieten anzusiedeln: die BRD befürchtete Einschränkungen in ihrer (wenn auch nur zivilen) Kernkraftenergie. Frankreich hingegen misstraute einer durch eine der beiden Supermächten durchgeführten Kontrolle, und wollte die gewünschte Re-Integration der BRD in multilaterale Bündnissysteme nicht gefährden; eine Zusammenarbeit mit der BRD auf dem Gebiet der Entwicklung von Kernwaffen war zwar Mitte der 50er Jahre entstanden, doch 1958 mit der Rückkehr de Gaulles definitiv vom Tisch geräumt worden.¹⁴¹

Im Rahmen der KSZE jedoch entstanden erste Ansätze der Absprache zwischen der BRD und Frankreich, die zwar noch nicht als *Kooperation* bezeichnet werden können, da sie in verschiedenen Gründen ihre Motivationen fanden, doch immerhin dieselbe Finalität verfolgten. So fand die BRD in Gestalt Frankreichs bezüglich der Berlin-Frage den aktivsten Verbündeten, und da beide Staaten die Frage als besonders wichtig betrachteten, stellten sie ihre Regelung als Voraussetzung für die KSZE. Die BRD befürchtete den Verlust der innerdeutschen Trumpfkarte Westberlins im Falle eines Rückzugs der Alliierten aus der ehemaligen Reichshauptstadt. Die französischen Berlin-Überlegungen gingen weiter über diesen Rahmen hinaus und waren mit der allgemeinen Skepsis gegenüber der Annäherung der BRD und der Sowjetunion anzusiedeln: wenn auch die heftigsten französischen Reaktionen zu einem deutschen Abdriften (vgl. unten) nach Osten vor allem unter Giscard ihren Höhepunkt fanden, eröffnete der Gedanke eines Rückzugs der Alliierten aus West-Berlin bei den Franzosen die schlimmsten Perspektiven einer Neutralisierung der BRD. Bevor die KSZE einberufen werden sollte, musste deshalb aus französischer Sicht diese irritierende

¹³⁹ Meimeth, ebd., S. 156.

¹⁴⁰ Klein, Jean, *Die Chancen für eine deutsch-französische Zusammenarbeit bei der Abrüstung*, in Brigot/SchmidtSchütze, ebd., S. 96

Problematik um die strategische Position West-Berlin geregelt werden. Die Bundesrepublik fand also trotz der differenzierten Beweggründe mit Frankreich einen einflussreichen Verfechter der Koppelung einer diesbezüglichen Regelung und der Einberufung der KSZE. Der oben genannte Einfluss Frankreichs auf die Ostverträge fand hier also seinen Ursprung. Die Wichtigkeit, welche die Republik der Regelung dieser Fragen und die Entschlossenheit, ihre Ansichten durchzusetzen, fanden in der Haltung des französischen Außenministers Schuman ihren Ausdruck: erst, als das Berlin-Abkommen am 3. September 1971 und die Ratifizierung der Ostverträge bevorstand, „erklärte [er] die Bedingungen für den Beginn der Sicherheitskonferenz [als] erfüllt“¹⁴².

Mit dem deutsch-sowjetischen Vertrag entstanden auch für Pompidous Sowjetpolitik vollkommen neue Koordinate, an denen er sich während seines Besuches mit der sowjetischen Führung zu orientieren hatte. Nachdem der Besuch, der eine gemeinsame Abstimmung auf die KSZE hatte erzielen sollen, gescheitert war, konnte sich Frankreich neben seinen Konkurrenten USA und BRD nicht weiter als der privilegierte Partner der Sowjetunion behaupten. „Im allgemeinen Rahmen der Entspannung zwischen Ost und West besaßen die ehemals präferentiellen Beziehungen zu Frankreich für die Kreml-Führung nur noch die Funktion einer Rückversicherungsallianz[...]“¹⁴³

Erst nach dem Amtsantritt Giscard konnten die Beziehungen zur Sowjetunion wieder verbessert und in diesem Rahmen die polnisch-französischen Kontakte weiterentwickelt werden.

f. Französisch-polnische Beziehungen im Schatten der französisch-sowjetischen Annäherung bis 1981

Die französisch-polnischen Beziehungen waren in noch stärkerem Maße als die deutsch-polnischen von den internationalen Bedingungen abhängig. Sie bauten auf gaullistischen Reflexen auf. In den Siebziger Jahren waren sie verstärkt mit der reaktiven Haltung der französischen Diplomatie auf die deutschen ostpolitischen Entwicklungen zu setzen¹⁴⁴, weshalb sie vor allem in den Kontext französisch-sowjetischer Zusammenarbeit gesetzt werden müssen.

¹⁴¹ Klein, ebd., S. 97.

¹⁴² Meimeth, ebd., S. 159-163.

¹⁴³ Meimeth, ebd., S. 121.

¹⁴⁴ Vgl. hierzu folgenden Abschnitt.

Die Angst um eine deutsche Wiedervereinigung war der Hauptgrund für Giscard's Wiederaufnahme des Dialogs mit Breschnew. Zu Ende der Amtszeit Pompidou's hatten die Beziehungen Frankreichs und der Sowjetunion in eine Phase der Stagnation gemündet, die bis Ende 1974 trotz des Besuchs des französischen Staatschefs ebenfalls zwischen Giscard und Breschnew weiter bestehen blieben. Die KSZE-Vereinbarungen, die differenzierten französischen und sowjetischen Konzeptionen entsprachen¹⁴⁵, brachten keine Besserung, wurden schließlich bilaterale Konsultationen aufgenommen. Die Unterzeichnung der Erklärung über die Entwicklung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Sowjetunion am 14. Oktober 1975 legte die Periodizität und die Institutionalisierung von Treffen auf höchster Regierungsebene fest. Es war ebenfalls das erste von Frankreich unterzeichnete, offizielle Dokument über die Verantwortung in der Nichtweiterentwicklung von Nuklearwaffen. Selbst wenn der Besuch Giscard's in Moskau nicht den erwünschten politischen Erfolg der Weiterentwicklung bzw. Neubewertung von Sonderbeziehungen mit sich brachte, legte er jedoch die Grundlagen für verstärkte Kooperation im wirtschaftlichen und im menschlichen Bereich. Im Rahmen der Großmacht-Detente, die 1977 eintrat, entstanden im Juni das Abkommen über die Erleichterung der Lebensbedingungen französischer Staatsangehöriger in der Sowjetunion sowie am 10.6. das Abkommen über den Informationsaustausch über Entwicklungen in der Kerntechnologie. Trotz dieser Institutionalisierung verlor die französische Außenpolitik wegen der Notwendigkeit der Adaptierung an allgemeine weltpolitische Aspekte weitgehend an sowjetpolitischen Einfluss. Giscard's Amtszeit kann in diesem Bereich also weitgehend als ein defensives, den politischen und sicherheitspolitischen Status-quo stabilisierendes Management bezeichnet werden.¹⁴⁶

Innerhalb dieses durchaus nicht positiven, doch zumindest nicht konfliktgeprägten französisch-sowjetischen Verhältnis konnten sich ebenfalls die Kontakte der VRP zu Frankreich entwickeln, wobei sowohl die Emanzipation Polens sowie die historischen Beziehungen beider Länder eine nicht unbedeutende Rolle gespielt haben. Die ersten Schwächezeichen der Planwirtschaft veranlassten die Regierung in Warschau, seinen Markt dem Westen in größerem Maße zu öffnen. Selbst wenn die Bonner und Pariser Polenpolitik bilateral geführt wurden, konnten gewisse Ähnlichkeiten zwischen der deutschen und der

¹⁴⁵ Die Sowjetunion bestand weiterhin auf dem ideologischen Kampf, welcher der französischen Entspannungskonzeption widersprach.

¹⁴⁶ Meimeth, ebd., S. 121-139.

französischen Angehensweise erkannt werden, so dass sich bereits eine Annäherung der drei Seiten des zukünftigen Dreiecks andeutete.

Pompidou hatte angefangen, die Kontakte Frankreichs neben der Sowjetunion mit den frankophilen Ostblockstaaten Rumänien und Polen auszubauen. Wenn Gomulka [...] noch einige Vorbehalte wahrte, so hat sein Nachfolger Edward Gierek bei Pompidou und seit 1974 bei Pompidou freundschaftliche Partner gefunden". Unter diesen Voraussetzungen wurden die Beziehung zwischen Polen und Frankreich wurde ein Wahrzeichen für die „Annäherung im Rahmen der Existenz beider Blöcke.“¹⁴⁷, die in der Entwicklung der offiziellen Besuche ihren besten Ausdruck fand. Bereits 1970 hatte Frankreichs Außenminister Chaban-Delmas nach Warschau begeben, während sich Parteichef Gierek 1972 und 1979 jeweils im September in Paris aufhielt. Noch öfter begab sich der französische Präsident nach Polen: zwischen 1975 und 1979 fanden auf polnischem Boden vier Gipfeltreffen statt.¹⁴⁸

Darüber hinaus wurden in dieser Zeitspanne und bis zu den Unruhen von 1980-1981 die kulturellen Kontakte intensiviert. Nach den Unruhen von 1976 suchte ein großer Teil der Exilbevölkerung sowie der weiterhin in Polen weilende Opposition neben der BRD in Frankreich Zuflucht bzw. Unterstützung.

g. Frankreich und die deutsche Ostpolitik unter Giscard¹⁴⁹: die Angst vor einem deutschen Abdriften nach Osten.

Der beinahe gleichzeitige Amtsantritt der beiden ehemaligen Finanzminister Schmidt und Giscard d'Estaing als neue Staatsoberhäupter der BRD und Frankreichs, die sich bereits Kraft ihres früheren Amtes kennen und schätzen gelernt hatten, erlebte die deutsch-französische Kooperation im EU-Rahmen einen Aufschwung, der stark mit den Ergebnissen Brandt-Pompidous im Kontrast stand. Tatsächlich wurden bis 1981 erhebliche Fortschritte gemacht. Vor allem reflektierte die nicht immer national-einseitig vorteilhafte deutsch-französische Kompromissbereitschaft den Willen beider Länder zur Klärung allgemeiner Fragen - und genau hier liegt der Geist, der Antrieb deutsch-französischer, EG-fördernder Kooperation.¹⁵⁰

Es war auch kaum erstaunlich, dass das Europäische Währungssystem ausgerechnet unter dem Impuls zweier Spezialisten der Finanzmechanismen entstand. Dieses Ergebnis zeigte eine gewisse Geschlossenheit der EG, eine Geschlossenheit, die ebenfalls außenpolitisch

¹⁴⁷ Mond, ebd., S. 139.

¹⁴⁸ Mond, ebd.

¹⁴⁹ Zum Inhalt dieses Abschnittes vgl. Meimeth, S. 74-91.

¹⁵⁰ So war es auf Antreiben Frankreichs und Deutschlands zurückzuführen, dass 1980 eine Übergangsregelung

durch die beiden Staatsoberhäupter in die Gänge geleiteten europäischen Stellungnahmen bezüglich des sowjetischen Eingriffs in Afghanistan demonstriert wurde.

Diese überaus positiven Einschätzungen wurden auf rein bilateraler, deutsch-französischer Ebene noch dadurch gestärkt, dass die zu Anfang der Legislaturperiode verhandelte Schlussakte der KSZE in Helsinki 1975 die definitive Einbindung Westdeutschlands in das Westbündnis, die Anerkennung des europäischen Status-quo- und so die Beseitigung der oben beschriebenen *Ungewissheiten* bezüglich der BRD erreicht werden konnte.

Doch gerade diese Erfolgsmeldungen bargen einen gewissen Widersinn in den deutsch-französischen Beziehungen. Denn genau die Bereiche, in denen diese erheblichen Resultate - KSZE und EWS - erreicht worden waren, bargen ebenfalls die ausschlaggebenden Elemente die, eng miteinander verflochten und mit einer Fülle an Gegebenheiten und Entwicklungen der internationalen Politik kombiniert, zu den stärksten, je da gewesenen französischen *incertitudes allemandes* führten. Diese Ungewissheiten polarisierten um die Probleme der deutschen Wirtschaftskraft, dem unter neuen Umständen an die Tagesordnung gekehrtem Motiv der Wiedervereinigung und eines gewissen, zumindest in Frankreich als solchen interpretierten „Nationalneutralismus“.

Bei Etablierung eines EWS stieg in Frankreich - wie in anderen Ländern - die Angst vor einer steigenden Abhängigkeit von der Deutschen Bank. Die Anpassungen der nationalen Finanzpolitiken an europäische Direktiven stand im krassen Gegensatz zu den französischen Konzeptionen der Unabhängigkeit der Nationalbanken.

Diese negativen Einschätzungen verstärkten die immer noch empfundenen Vorbehalte angesichts des enormen Verhandlungshebels, den die deutsche Wirtschaftskraft innerhalb der ostpolitischen Orientierungen der BRD repräsentierte. Diese Vorbehalte waren vor allem angesichts des in keinem Maße zum französischen steigenden deutschen Wirtschaftspotentials nachzuvollziehen. Und dies um so mehr, als dass von französischer Seite befürchtet wurde, dieses Verhandlungsargument könne - unter oben bereits beschriebenen Umständen - nun verstärkt in eine Annäherungsstrategie an die UdSSR eingebunden werden, welche dazu dienen sollte, die Sowjetunion für die deutsche Wiedervereinigung zu gewinnen. Miteinander verbunden ergaben beide Faktoren das recht beunruhigende Bild des Wirtschaftspotentials eines wiedervereinigten Deutschlands.

Dieses Thema der Überwindung der deutschen Teilung war paradoxerweise mit eben der Schlussakte der KSZE verbunden, durch die im globalen Rahmen die westdeutschen Fragen bezüglich des Modus vivendi in eine Akzeptierung des europäischen Status quo gewandelt worden waren und die dementsprechende französische Erleichterung hervorgerufen hatten. Doch dem Schlussprotokoll der Konferenz war auf Drängen der BRD eine Klausel beigefügt worden, die das Recht auf eine friedliche und einvernehmliche Änderung der Grenzen festhielt.

Diese Situation rief bei Pompidou eine reaktiv widersprüchliche, von Kolboom als „freundlicher Machiavelismus“¹⁵¹ bezeichnete Vorgehensweise, die darin bestand, offiziell in Richtung der Wiedervereinigung zu wirken, sie sogar in sein Wahlkampfprogramm mit einzubeziehen,¹⁵² sich aber gleichzeitig gegenüber Breschnew angesichts der Bedrohung, die das gesteigerte Potential eines vereinten Deutschlands für das europäische Gleichgewicht darstellte, für eine Wahrung der bestehenden, v.a. territorialen Verhältnisse, einzusetzen.

Wenn die Angst vor Deutschland auch nur bei einer Minderheit ins Extreme gesteigert wurde, wurden sogar bei dem damaligen französischen Außenminister Äußerungen laut, welche die allgemeine, angesichts der anhaltenden, durch die deutsche Frage hervorgerufenen Unsicherheiten darstellten: Es gebe zwar keine aktuelle „deutsche Gefahr“, doch „les périls allemands sont des périls à long terme“¹⁵³.

Einen gewaltigen Schub erlebten die Fragen bezüglich des westdeutschen Willens zur Westbindung ab 1977 im Rahmen der Problematik der Mittelstreckenraketen in Europa, als Frankreich die Infragestellung der BRD des amerikanischen Verteidigungssystems als einen möglichen Grund für die Orientierung an die Sowjetunion interpretierte. Bundeskanzler Schmidt äußerte im Oktober 1977 öffentliche Vorbehalte gegenüber der „Glaubwürdigkeit der von den USA praktizierten erweiterten Abschreckung“ und entgegen der französischen Meinung ein „euro-strategisches Gleichgewicht durch den Abbau der Asymmetrien bei den konventionellen Waffen und den nuklearen Kurzstreckenwaffen“¹⁵⁴ zu bevorzugen schien. Aus französischer Sicht bestand das Risiko, dass die BRD aus Gründen der eigenen Sicherheit eine Annäherung an die Sowjetunion als Garantiemacht suchen könnte. Dies aber würde für Frankreich den Verlust der *Kontrollfunktion* der *Einbindung* der BRD in das Westbündnis bedeuten. Aus Furcht, im Rahmen der Krise der sowjetisch-amerikanischen

¹⁵¹ Kolboom, ebd., S. *Das Problem der Franzosen mit der deutschen Identität - Frankreich und die deutsche Frage in Geschichte und Gegenwart*, in: Occasional Papers, No. 12, FU Berlin, FB Politische Wissenschaften, Berlin 1985.

¹⁵² Meimeth, ebd., S. 79.

¹⁵³ Held, Robert, *Beim Blick nach Osten ein gewisses Unbehagen*, FAZ, 18.12.1976, zit. nach Meimeth, S. 81.

¹⁵⁴ Klein, ebd., S. 98.

Entspannungspolitik den Verlust der Resultate der eigenen Ostpolitik einbüßen zu müssen, könnte Deutschland aufgrund der vorrangigen nationalen Verteidigungsinteressen in einen Neutralismus gleiten. Dieser Neutralismus, der wiederum den Verlust des in der französischen Ostpolitik erreichten bedeuten würde, wurde durch die Steigerung der deutschen Einstellung zu einem, so Meimeth, „Nationalneutralismus“ begleitet. In der BRD entwickelte sich Ende der 70er Jahre die Antikernkraftbewegung, die als Alternative zur nicht mehr Vertrauen stiftenden nuklearen Abschreckung eine kompromisslose und „bedingungslose Entspannungspolitik“¹⁵⁵ vorsah. Parallel dazu wurde die Sowjetunion durch ihre chiacapolitischen Probleme zu einem gewissen flexiblen Einlenken in westeuropapolitischen Angelegenheiten gezwungen, was in Frankreich eine weitere, das sensibelste aller Probleme - die Wiedervereinigung - betreffende Konvergenz deutscher und sowjetischer Interessen zur Folge haben könnte.¹⁵⁶ Nicht, das Frankreich die Überwindung der Teilung Deutschlands zu diesem Zeitpunkt nicht offiziell unterstützt hätte. Doch die französische Diplomatie musste sich darauf gefasst machen, dass die Unterstützung der Sowjetunion für die deutsche Wiedervereinigung unter sowjetischen Bedingungen erfolgen müsste, die einer Neutralisierung des gesamten deutschen Territorien gleichkommen würden. Bei einer solchen „Finnlandisierung“ oder „Australisierung“ Deutschlands würde Frankreich jedoch zum ersten Mal in seiner Geschichte seines ostpolitischen „Glacis“ beraubt sein und im ersten Glied einer hochgerüsteten Sowjetmacht gegenüberstehen.

Die französische Stellungnahme wurde noch durch einen weiteren, typisch deutsch-französischen Widerspruch erschwert: Giscard musste zwar offiziell die Nicht-Infragestellung der amerikanischen Schutzfunktion von der BRD fordern, konnte aber dem Erbe der französischen Ostpolitik der 60er Jahre, einem gewissen, *deutschen ostpolitischen Gaullismus* nicht verurteilen. Darüber hinaus bestand durch eine zu starke französische atlantische Unterstützung die Gefahr der Isolierung Deutschlands, was genau wie eine Abkehr von gaullistischen Prinzipien der Unabhängigkeit gegen die obersten Prinzipien französischer nicht nur Ost-, sondern Außenpolitik im ganzen ging.

In dieser Periode der sich mit steigernder Tendenz zuspitzenden Situation brach 1980 die polnische Krise aus, die nicht nur einen Wendepunkt in den deutsch-französischen Beziehungen mit sich bringen würde, sondern auch die erste gemeinsame Stellungnahme der

¹⁵⁵ Meimeth, ebd., S. 89

¹⁵⁶ Im Spiegel des 12.3.1979 äußerte sich der damalige Präsidentenberater Jobert wie folgt: „Die Russen könnten mit den beiden Deutschland etwas vorhaben, was auf die Einheit des deutschen Volkes abzielt...und ich kann mir keinen deutschen Politiker vorstellen, der sich beim Vorschlag der Wiedervereinigung naserümpfend abwendet“: Meimeth, ebd., S. 84.

zwei wichtigsten westeuropäischen Staaten bezüglich ihres zukünftigen Partners im Weimarer Dreieck forderte.

3.3. Deutschland-Frankreich-Polen: von der polnischen Krise 1980-1981 bis zur Entstehung des Weimarer Dreiecks 1991

Die letzte Gradlinie bis zur Errichtung des Weimarer Dreiecks orientierte sich an drei hauptsächlichen Ereignissen der polnischen, deutsch-französischen und internationalen Politik, die hier nacheinander behandelt und auf ihren Einfluss auf den Gesamtprozess geprüft werden.

Ab 1980 kristallisierten plötzlich alle deutsch-französischen ostpolitischen Meinungsverschiedenheiten in den durch die Arbeiteraufstände in Polen entstandene Krise. Nach den Massivstreiks erreichten die Arbeiter in der „Abmachung von Gdansk“ vom 31.8.1980 die Gewährleistung des gewerkschaftlichen Pluralismus, der unter anderem das Streikrecht beinhaltet¹⁵⁷. Unter dem Druck der an Bedeutung gewinnenden Bewegung Solidarnosc trat am 4. September der Staatschef Gierek zurück. Als sich die Lage zuspitzte, und die Regierung jegliche Kontrolle über die Bewegung verlor, verhängte General Jaruzelski über Polen das Kriegsrecht. Wortwörtlich über Nacht wurden der neuen „Regierung“ die Vollmacht erteilt, und das polnische Volk einem Großteil der Grundrechte beraubt.¹⁵⁸ Dass das polnische Volk diesmal keinen Aufstand riskierte, war die immer noch latente „Kränkung des ewig Verstoßenen und Verratenen“, die nach der Passivität des Westens 1939, bei den Aufständen 1944 und dann 1945 entstanden war, zurückzuführen: [...] 1981 waren [die Polen] nicht so leichtsinnig (anders als die Tschechoslowakei 1968), es auf eine sowjetische Intervention und damit einen weiteren Aufstand kommen zu lassen“¹⁵⁹. Die Reaktionen Frankreichs und der BRD schienen die historischen Beispiele europäischer (Nicht-) Solidarität zu bestätigen. Trotzdem sollte die VRP durch diese Ereignisse als Variable in den deutsch-französischen Beziehungen eine entscheidende Rolle spielen.

3.3.1. Die polnische Krise: Polens Beziehungen zu Frankreich und zur BRD bis 1988 und Folgen auf die deutsch-französische Kooperation

¹⁵⁷ Mond; ebd., S. 143.

¹⁵⁸ <http://www.nzz.ch/dossiers/dossiers2000/20.jahrhundert/2000.12.27-ie-article710RV.html>; NZZ 14.12.1981.

¹⁵⁹ http://www.zeit.de/1999/17/199917_osteuropa.html.

Sowohl die deutsche als auch die französische Gesellschaft bewiesen in einem noch nie da gewesenen Maße Solidarität mit dem polnischen Volk, so dass sich die *menschlichen* Kontakte zwischen den drei Völkern an Umfang und Qualität gewannen. Die Deutschen, die Mithilfe staatlicher Administrationen wie der Deutschen Post durch Sonderaktionen für mehr als 300 Mio. DM Hilfsgüter an das polnische Volk zukommen ließen, sahen ihr Ansehen enorm gesteigert. Und auch in Frankreich entstand mit der Stiftung "Solidarité France-Pologne" eine Hilfsorganisation, die sich zum Ziel setzte, dem Leid der Polen entgegenzuwirken. So konnten sowohl Frankreich wie auch Deutschland ihr jeweiliges Ansehen verbessern.

Auf politischer Ebene jedoch gaben die Regierungen eine alles andere als geeinigte Meinung ab.

a. Die französische Reaktion

Zu Anfang der Krise hatte Frankreich eine äußerst kritische Haltung gegenüber der polnischen Regierung angenommen. Mit dem Regierungswechsel und der Amtsübernahme Mitterands und Außenminister Cheyssons verstärkte sich die Kritik. Die Besuche Cheyssons dienten sowohl der Solidaritätsbekundungen an die polnische Bevölkerung und die Regierung, die das Danziger Abkommen unterzeichnet hatte. Der Dezemberbesuch Mauroys diente ebenfalls der Aufrechterhaltung der Kontakte zur inoffiziellen Regierung. Doch ab Dezember wurden jegliche diplomatischen Beziehungen beider Länder abgebrochen.¹⁶⁰ Als 1985 General Jaruzelski im Rahmen der allgemeinen Verbesserung der Beziehungen Frankreichs zum Osten in Paris empfangen wurde, geschah dies unter enormen Protesten sowohl aus der Gesellschaft wie auch aus politischen Kreisen.

Im oben beschriebenen Spannungsverhältnis der französischen Ängste um ein deutsches Abdriften nach Osten verfolgte die BRD gegenüber der Situation in Polen eine Strategie, die zwar in Frankreich überinterpretiert wurde, tatsächlich nicht vollkommen eindeutig einzuschätzen war und dementsprechend zu einer weiteren Steigerung der deutsch-französischen Spannungen beitrug.

b. Deutsche Reaktionen

¹⁶⁰ Mond., ebd., S. 142-143.

Ostpolitisch galt das Verhältnis zur Sowjetunion immer noch als absolut vorrangig, und so sollte polenpolitisch nichts in die Wege geleitet werden, was die Errungenschaften der Ostpolitik der letzten Jahre gefährden könnte. Diese Nicht-Einmischung galt auch noch nach Verhängung des Kriegsrechts. Um den Mangel an politischer Härte zu kompensieren, wurde die materielle Hilfe verstärkt, um die wirtschaftliche Lage zu stabilisieren. Diese Hilfe ging weit über die direkte staatliche Hilfe hinaus: „Bonn [...], ermunterte die [angesichts der politischen Lage einer Kooperation unwilligen] Banken aus politischer Rücksichtnahme an zusätzlichen Finanzhilfen für Polen mitzuwirken“, wobei insgesamt 1,5 Mrd. DM Kredite gewährt wurden.¹⁶¹

Schmidt, der trotz allem in die DDR reiste, mag zwar eine pragmatisch langfristig und im nachhinein als historisch korrekt erwiesene Haltung eingenommen haben, als er die realpolitische Erklärung abgab, nichts von Jaruzelski zu verlangen, was er angesichts des langen Schattens Moskaus nicht erfüllen könne.¹⁶² Doch handelte er nicht immer ganz objektiv, als er z.B. von einer „vorweggenommenen Dramatisierung der Ereignisse in Polen“ sprach.¹⁶³

Es war eben dieser Mangel an politischer Härte, der aus Französischer Sicht besonders irritierend galt. Dies nicht nur, weil die deutsche Haltung schon rein humanitären und freiheitlichen Prinzipien widersprach. Viel mehr aber dachte die französische Diplomatie eine Hörigkeit gegenüber der Sowjetunion zu erkennen, welche die gesamten seit ein paar Jahren gesteigerten Ungewissheiten bezüglich der deutschen Ostpolitik zu bestätigen schienen.

Paradoxerweise - und dieser weitere Widersinn der Kombination von Positivem und Negativem im deutsch-französischen Verhältnis machte die Schilderung dieser Ereignisse wünschenswert - war es genau diese Situation, diese schlechte Ausgangsposition, die Frankreich und Deutschland zu einer ihrer ersten ostpolitischen Stellungnahmen regelrecht *zwang*.

c. Die gemeinsamen deutsch-französischen Erklärungen 1980-1982, der doppelte Regierungswechsel in Frankreich und der BRD und die ersten Ansätze gemeinsamer ostpolitischer Überlegungen

¹⁶¹ Erkennbar wird hier auch die aus Eigenschutz motivierte Haltung, die Konsequenzen einer Wirtschaftskatastrophe im Nachbarland am eigenen Leibe spüren zu bekommen.

¹⁶² Rede zitiert nach Bingen, ebd., S. 212, nach *Texte zur deutschen Politik*, Reihe II, Bd. 8., S. 448f.

¹⁶³ Zum Inhalt der zwei Absätze vgl. Bingen, ebd., S119-212.

Bereits im Februar 1980 hatte Giscard Schmidt in einer gemeinsamen Erklärung dazu bewegt, die Bindung der BRD in weiterem Maße zu betonen und zu verwirklichen. Ihren ganzen Wert erlangte die Erklärung jedoch durch die „deutsch-französischen Differenzen bezüglich [...] der polnischen Krise: Unter Bezugnahme auf die Erklärung vom Februar 1980 gelang es Giscard, anlässlich des 37. deutsch-französischen Gipfeltreffens“ in einer erneuten, gemeinsamen Erklärung am 6. Februar 1981 die BRD auf „eine härtere westliche Linie gegenüber der Sowjetunion einzuschwören“.¹⁶⁴

In den nächsten Monaten überschlugen sich die Ereignisse, die in den nächsten Jahren zu der Situation führen würden, in der Westdeutschland und Frankreich ihre Ostpolitiken abstimmen müssten.

Bereits 1981 war in Frankreich mit dem Regierungswechsel ein Wandel in den Beziehungen zur Sowjetunion eingetreten. Mitterand betonte zwar immer noch die im Entspannungsprozess notwendigen Kontakte zur Sowjetunion, was seine Reisen nach Moskau im Juni 1984 und im Juli 1985 bestätigen. Doch verlieh er der Wiederherstellung eines Gleichgewichts den Vorrang vor einer Aufnahme der Kooperation in der Ost-Westpolitik.

Der Regierungswechsel in der BRD, der mit der CDU Helmut Kohl als Bundeskanzler stellte, sollte sich zu einer Art „glückliche Fügung“¹⁶⁵ aus der Sicht der französischen Diplomatie erweisen. Denn wenn der am 1. Oktober 1982 gewählte neu Bundeskanzler zwar die Weiterführung der Ostpolitik seines Vorgängers ankündigte, betonte er jedoch gleichzeitig die Notwendigkeit der stärkeren Bindung an die USA als Garantiemacht.

Diese aus der Summe der geschilderten Gegebenheiten entstandene Annäherung der ostpolitischen Konzeptionen der beiden Staaten ermöglichte in der gemeinsamen Erklärung von Februar 1982, die Reaktivierung und Intensivierung des sicherheitspolitischen Kapitels des Elysée-Vertrages von 1963 sowie eine Abstimmung in den jeweiligen Außenpolitiken zu beschließen.

Aus französischer Sicht erwies sich die BRD mehr und mehr als ein verlässlicher Bündnispartner.

Wenn eine gemeinsame deutsch-französische Ostpolitik erst ab 1988 tatsächliche Formen annahm (s. unten), so bildete diese Annäherung den Beginn einer uneingeschränkten Partnerschaft zwischen Frankreich und der BRD. Vor allem in sicherheitspolitischen Fragen hatten Kohl und Mitterand ein Verhältnis entwickelt, „in dem das objektive Interesse der Staaten an einer Entente größer war als die Gemeinsamkeit ideologischer und kultureller

¹⁶⁴ Meimeth, ebd., S. 90-91.

¹⁶⁵ Meimeth, ebd., S. 91.

Werte oder Perspektiven". Die Festigkeit dieser Entente bewies unter anderem die Tatsache, dass sie auch nach dem Regierungswechsel 1986 in Frankreich und dem Ende der Cohabitation unverändert blieb¹⁶⁶. 1986 schien der Punkt erreicht, in der die deutsch-französische Freundschaft einen definitiven Höhepunkt erreicht hatte, einen Höhepunkt, dessen Vorteile für gemeinsame Vorgehensweisen und v.a. gemeinsame Krisenbewältigungen nicht mehr abhanden kommen würden. Es war bezeichnend, daß von Mitterrand, dem Chef des Staates, der in den letzten Jahrzehnten dermaßen an der BRD gezweifelt hatte¹⁶⁷, 1986 betonte, daß „Frankreich in Europa, wo es jedoch auf viele vorweisen kann, keinen besseren, solideren Partner hat.“¹⁶⁸

Dieses Einvernehmen konnten auch nicht die letzten Proben erschüttern, die bis 1988 auf das deutsch-französische Tandem zukamen. Im Gegenteil trugen sie zu einer Festigung der offen gebliebenen Themenbereichen und daher zu einer noch besseren Rollenverteilung innerhalb der deutsch-französischen Präferenzbeziehung bei.

3.3.2. Definitive Rollenverteilung

Die Fragen, die auf Mitterrand und Kohl kamen, und deren Zusammenarbeit auf den Prüfstand stellten, waren die Haltung bezüglich der INF- und KSZE-Verhandlungen, sowie der mit großer Sorge in Frankreich wahrgenommene deutsche Pazifismus.

a. Die INF-Debatte und der KSZE-Prozess

¹⁶⁶ Guerin-Sendelbach, ebd., S. 29. Die Autorin faßt diesen Sachverhalt sehr treffend zusammen: „Während offensichtlich in einer ersten Phase der französische Staatspräsident wenig Rücksicht auf deutsche Empfindungen nahm - erfürte den 8. Mai, Jahrestag der deutschen Kapitulation, wieder als Feiertag ein, fehlte es nicht an symbolträchtigen Gesten: Im Januar 1983 sprach Mitterrand im Bundestag; am 19. Juli machten Kohl und Mitterrand einen Ausflug nach Dabo (Vogesen); am 22. September 1984 reichten sie sich die Hand in Verdun; am 29./30. Oktober 1984 fand der deutsch-französische Gipfel von Bad-Kreuznach statt, wo einst de Gaulle und Adenauer zum ersten Mal auf deutschem Boden zusammenkamen; am 10. Oktober 1985 holte Mitterrand auf dem Weg nach Westberlin den Bundeskanzler in Bonn ab, etc.“: ebd., 34.

¹⁶⁷ Jean François Poncet, damaliger Generalsekretär unter Giscard, hatte die Verhältnisse Giscard-Frankreichs und Schmidt-Deutschlands als in allen Bereichen vorbildlich bezeichnet, vor allem was die Probleme der Ost-West-Beziehungen betraf, jedoch „sous réserve du caractère forcément spécifique des rapports que la République fédérale entretient avec l'Est [...]“: Meimeth, ebd., S. 74. Diese Uneinigigkeiten konnten zwischen Mitterrand und Kohle weitgehend ausgebaut werden.

¹⁶⁸ Die konkrete biblioagrafische Angabe fehlt bei Guerin-Sendelbach, ebd., S. 35 unter Fußnote 39. Mitterrand betonte ebenfalls die Rolle der deutsch-französischen Beziehungen im Aufbau der EG: *L'Allemagne est d'Europe, sans l'Allemagne il n'y a pas d'Europe, sans l'EUROPE, il n'y aura pas, il n'y aura plus de grandeur allemande*“: Bulletin d'Informations Nr., 214/6.11.1984: ebd...

In der Debatte um die Aufstellung und später den Abbau der Pershing Raketen und Marschflugkörper in Europa (bzw. implizit in Deutschland und in Polen für die sowjetischen SS20 Raketen) zeigten die BRD und Frankreich anfangs eine geschlossene Haltung vor allem bezüglich der Miteinbeziehung der französischen Nuklearkräfte in die Verhandlungen. Diese Einheit demonstrierten sie auf dem deutsch-französischen Gipfel im Oktober 1982 und erneut 1983 als sie im November gemeinsam an die Sowjetunion appellierten, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Doch bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen traten deutsch-französische Konvergenzen auf, die sogar in der Übergangsphase der deutschen Wiedervereinigung noch keine Lösung gefunden hatten.

Es ist hier nicht der Platz, konkret auf den Inhalt der INF-Verhandlungen einzugehen.¹⁶⁹ Betont kann jedoch werden, dass dieser Dissens, der seinen Höhepunkt in Reykjavik 1987 fand, in der „Interpretation des Bedingungs Zusammenhang lag“¹⁷⁰, der auch beim Abschluss des Vertrags am 8.12. 1987 nicht hatte aufgehoben werden können.

Parallel dazu konnten aber in den KSZE-Verhandlungen¹⁷¹ gewisse Erfolge verzeichnet werden. Hinsichtlich unseres Gesamtthemas wist hier vor allem von Bedeutung, daß die Erfolge zu einem bedeutenden Teil auf deutsch-französischen Initiativen und den gemeinsamen Einsatz zurückzuführen sind. Dies wurde vor bei NATO-Ratstagung in Halifax am 29.5.1986, aber auch während der Vorbereitung der Stockholmer Konferenz und dem Madrider KSZE-Folgetreffen 1980-1983 besonders deutlich.¹⁷² Die ersten Schritte Frankreichs zu Kontrollverhandlungen stellten, so Guerin-Sendelbach, „eine entscheidende Annäherung an die Bundesrepublik. Im November 1986, am Vorabend der dritten KSZE-Konferenz in Wien, schrieben Genscher und Raimond einen gemeinsamen Aufsatz, der die Komplementparitäten der beiderseitigen Ostpolitiken und das gemeinsame Eintreten für die wechselseitigen Interessen bezeugte“.¹⁷³

Im Rahmen dieser einvernehmlichen Haltung entschieden sich Frankreich und die BRD 1986 zu einem weiteren besonders bedeutenden Schritt: dem Tausch von Diplomaten zur besseren Abstimmung bezüglich gemeinsamer Aktionen gegenüber Drittstaaten.¹⁷⁴

Der - nicht nur militärische sicherheitspolitische Absprache benötigende ostpolitische - Konsens der beiden Staaten wurde ebenfalls an der Errichtung des deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates erkennbar.¹⁷⁵

¹⁶⁹ Hierzu kann auf das entsprechende Kapitel bei Guerin-Sendelbach, ebd., „3.2.: Divergenzen in den INF-Verhandlungen und in der Modernisierungsdebatte um die Kurzstreckenwaffen“, S. 126-137.

¹⁷⁰ Guerin-Sendelbach, ebd., S. 134.

¹⁷¹ Auch hierzu soll nicht weiter im Detail eingegangen werden. Vgl. ebd., 137-143.

¹⁷² Ebd., 138.

¹⁷³ Süddeutsche Zeitung vom 4.11.1986, zit. nach Guerin-Sendelbach, ebd., S. 139.

¹⁷⁴ Rivière, ebd., S. 26-27.

b. Der Strukturaufbau des Weimarer Dreiecks in den 80er Jahren

Ein besonderer Aspekt der Betrachtung der unter anderem geschilderten Divergenzen lässt einen sehr leicht zusammenfassenden, für unsere weiteren Betrachtungen bezüglich der Rollenverteilung unter den beiden westlichen Initiatoren des Weimarer Dreiecks erkennen. Diese Rollenverteilung lässt sich an folgenden Faktoren erkennen:

-Einer der Gründe für das Scheitern der INF-Verhandlungen war die Unfähigkeit Frankreichs, die Unabhängigkeit seiner *force de frappe* und somit seinen einzigen Verhandlungshebel gegenüber auch der BRD, aufzuopfern.

-Andererseits muss bemerkt werden, dass die Frage des deutschen Pazifismus, die bereits 1981 erste Divergenzen zwischen der BRD und Frankreich bezüglich der Abrüstungsdebatte hatte aufkommen lassen, im Laufe der 80er Jahre an großer Bedeutung gewonnen hatte und die vielleicht größten je da gewesenen *incertitudes* gegenüber Westdeutschland hervorgerufen hatte¹⁷⁶. Diese Frage konnte nur durch eine große, auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik seltenen Bereitschaft zu Verzicht auf Verhandlungsspielraum seitens Frankreichs gelöst werden.¹⁷⁷

-Bezeichnend ist eine „Anekdote“, die zeigt, dass sogar konkrete Fragen des deutschen Pazifismus nur durch die Nuklearmacht Frankreichs gelöst werden konnten: als Ende der Achtziger die Debatte um die chemischen Waffen entfachte, unterzeichnete Frankreich 1984 die Konvention über das Verbot von chemischen Waffen, und ab 1987 setzte sich Frankreich für deren vollkommene Abschaffung ein, was vor allem an einer mit Unterstützung der BRD entstandenen Konferenz 1989 über Chemiewaffen sichtbar wurde, auf welcher der Nutzung und Produktion von Chemiewaffen entgegengewirkt werden sollte. Guerin-Sendelbach schließt nicht aus, dass Frankreich durch diese Haltung hoffte, „keine Konzessionen im nuklearen Bereich zu machen“¹⁷⁸, dem einzigen Bereich, in dem Frankreich seinen meisten Verhandlungspartnern überlegen war. Es ist also indirekt auf den französischen Militarismus, dass eine Frage, die in der BRD auf heftige Abneigung stieß, aus jedoch verschiedenen Motiven gelöst werden konnte.

¹⁷⁵ Guerin-Sendelbach, ebd., S. 81.

¹⁷⁶ Meimeth, S. 90.

¹⁷⁷ Guerin-Sendelbach., S. 139.

¹⁷⁸ Guerin-Sendelbach, ebd., S. 142-143.

Die militärische Funktion, die Frankreich im Binom mit der BRD übernahm, ist also einleuchtend. Sie wurde darüber hinaus durch die politisch innovative ergänzt¹⁷⁹, während der BRD in den zukünftigen Verhandlungen der wirtschaftliche Hebel zukommen würde.

Diese Rollenverteilung sollte auch die letzte Etappe auf dem Weg zum Weimarer Dreieck prägen, die 1988 mit der Abkehr in Polen vom Kommunismus, begann.

3.3.3. Der polnische Frühling 1988 als allgemeiner Auslöser der Entwicklung zum Weimarer Dreieck.

Im Frühjahr 1988 beginnen die Streiks, die 6 bzw. 7 Jahre zuvor blutig niedergeschlagen worden waren, wieder von neuem. Doch diesmal werden die Arbeiter, die im Winde Gorbatschows Perestroika wissen, dass ihre Regierung aus Moskau keine Rückendeckung zu erwarten hat, nicht locker. Als die Proteste nicht abflauen, entscheidet sich die Regierung für Verhandlungen mit der Opposition, Verhandlungen, die ab Februar 1989 zu den Verhandlungen am Runden Tisch und einen Abkommen führen wird, dass die Wiederherstellung des gewerkschaftlichen Pluralismus sowie teilfreie Wahlen führen wird. Die Opposition, mit Tadeusz Mazowiecki an ihrer Spitze, wird die erste nicht-kommunistische Regierung des Ostblocks sein. Innerhalb weniger Monate wird der durch den polnischen Völkerfrühling hervorgerufene Umbruch in Europa die vollkommene Neuordnung nicht nur des Alten Kontinents, sondern mit der Auflösung der ideologischen Blöcke, der ganzen Welt, zur Folge haben.

Welche waren die Reaktionen Polens auf die neuen Perspektiven, die sich ihm eröffneten?

Wie reagierten Frankreich und Deutschland angesichts des plötzlichen Verschwindens dessen, was Jahrzehnte lang ihre gesamten Außen- und Ostpolitiken bestimmt hatte? Wie würden sie ihre größte Errungenschaft, ihre vorbildliche Kooperation und den europäischen Aufbau, an diese neue Situation anpassen?

a. Polens *Powrot do Europy*¹⁸⁰

¹⁷⁹ Guerin- Sendelbach bemerkt hierzu, dass es im Gegensatz zu den 70ern „neu im deutsch-französischen Bilateralismus [war], dass Frankreich zum Wortführer einer Politik der Europäischen Union. Frankreich vollzog eine neue Hinwendung zu Europa, während die Bundesregierung unter Kohl-Genscher eher auf die französischen Initiativen reagierte“: ebd., S. 227.

¹⁸⁰ Zurück nach Europa.

Für Polen galt von den ersten Augenblicken der Befreiung aus dem Joch der Sowjetunion die Integration der westlichen Institutionen und Kooperationsorganisationen, die als einzige eine definitive Einbindung in sichere demokratische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Strukturen garantierten. Wirtschaftlich und gesellschaftsordnungsmäßig war die Europäische Union war das designierte Ziel, sicherheitspolitisch waren die NATO und die WEU anvisiert. Sie beruhen auf einem „freiwilligen Vertrag“, und vertraten Werte, welche die Strukturen des „aufoktroierten imperialen Systems von Wechselbeziehungen zwischen der Sowjetunion und von ihr abhängigen Ländern“ nie erreichte. Die Erfolge des die Sowjetunion ersetzenden Staatengebildes, die GUS, waren „wenig spektakulär“¹⁸¹ und boten nicht die erhofften - wenn überhaupt irgendwelche - Perspektiven.

Innerhalb der westeuropäischen Sphäre galt für „viele Vertreter des demokratischen Polens [...] die deutsch-französische Kooperation von Anfang an nicht nur als Vorbild für die Neugestaltung des eigenen Verhältnisses zu Deutschland, sondern auch für das Verhältnis der Völker untereinander in der historisch belasteten politischen Gemeinlage Mitteleuropa“.¹⁸²

b. Deutsche und französische Reaktionen

Für Frankreich und die BRD waren die Reaktionen auf zwei Ebenen der Kontinuität anzusiedeln: die europäische Integration mit der deutsch-französischen Kooperation einerseits und die ersten Ansätze einer gemeinsamen Ostpolitik andererseits.

b.a. Ostpolitische Angehensweise

Die BRD sah die Veränderungen in Polen vor allem aus der deutschlandpolitischen Perspektive. Unter dem Einfluss der sich selber befreienden Nachbarländer des Ostblocks und ohne die Unterstützung der Sowjetunion, stürzte das Regime der DDR ein, und das Wiedervereinigungsgebot der Bundesrepublik erscheint plötzlich in Reichweite. Die BRD ist bereit, an die ersten konkreten Ansätze der gemeinsamen Ostpolitik mit Frankreich anzuknüpfen, die sich seit Anfang 1988 anbahnte. Mit dem Ende der Kohabitation in Frankreich und der Entspannungspolitik Gorbatschows, welche die französischen Sicherheitsbedürfnisse befriedigt und neue Perspektiven für die Deutschlandfrage eröffnetet, tritt eine gewisse, allmähliche ostpolitische Konvergenz beider Länder ein. So ist das Jahr

¹⁸¹ Geremek, Bronislaw, *Polens geostrategische Chancen*: Internetveröffentlichung der DGAP unter <http://dgap.org/IP/ip9911/geremek.htm>. Der Adresse zufolge bestimmt : November 1999.

1988 in von einem Durchbruch in diesem Gebiet gekennzeichnet: im Januar wird anlässlich des 25ten Geburtstags des Elysée-Vertrages die Notwendigkeit einer Anpassung beider Ostpolitiken betont, die ebenfalls Gegenstand des 52. Gipfeltreffen im November sein wird.

Auf europäischer Ebene erweist sich vor allem für Deutschland, dass sich im Osten mit zerbröselnden - nicht nur polnische - Strukturen konfrontiert sieht, eine schnelle Lösung des Problems als unausweichlich. Die Osterweiterung der EU wird sehr schnelle als einzige Lösung betrachtet. Der EU-fördernde Wille der BRD wird im Osten sehr wohl aufgenommen. Doch aus Frankreich fehlen immer noch die entscheidenden sowohl ostpolitischen wie auch europäischen Impulse, da Frankreich einer zu schnellen Aufhebung des Ost-West-Gegensatzes nicht zustimmen kann, und weil es bei einer zu schnellen Erweiterung um die Errungenschaften der EG fürchtet. Trotzdem ergreift Frankreich, dass im zweiten Semester 1989 die Präsidentschaft der EG führt, Maßnahmen für eine leichtere Übergangsperiode der Beitrittskandidaten. Der EU-Gipfel von 1989 beschließt das PHARE-Programm¹⁸³, die BERD-Bank, sowie die Aufnahme von Assoziierungsverhandlungen mit Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn und ihren östlichen Nachbarn.

Doch Ende 1989 macht Frankreich den Vorschlag einer Europäischen Konföderation, das zwar langfristig die Osterweiterung vorsieht, aber kurzfristig einen Erhalt des Eu-status-quo garantiert.

Plötzlich überraschend kam für alle Parteien die deutsche Wiedervereinigung.

b.b. Die deutsche Wiedervereinigung und die 2+4 Verhandlungen: letzter Schritt vor einer gemeinsamen deutsch-französischen ostpolitischen Abstimmung und endgültigen Normalisierung des deutsch-polnischen Verhältnisses.

Die deutsche Wiedervereinigung jedoch stellt mit der vollkommenen Überstürzung der neuen europäischen Gegebenheiten, die sie mit sich bringt, Frankreich vor eine ostpolitisches "fast accompli".

Die vollkommen unvorbereitete französische Diplomatie, die ein paar Monate zuvor noch von der langfristigen Wahrung des Status-quo ausging¹⁸⁴, sah sich mit einem Zusammenbrechen

¹⁸² Kolboom, Ingo, *Das Weimarer Dreieck: Lust oder Frust zu dritt?* in: Dokumente, Nr. 1, 02.1997, S. 21.

¹⁸³ PHARE, Abkürzung für Poland Hungary Aid Program for Restructuration of Economies. Dieses Programm wurde später auf weitere Länder erweitert.

¹⁸⁴ Mit Abschluss der INF Verhandlungen 1988 hatte ein französischer Diplomat die deutsche Frage für 25 als „besiegelt“ betrachtet: Guering-Sendelbach, *Tandem für Europa?*, ebd.

der von Vernet als „zweifaches Ungleichgewicht“ bezeichneten Situation konfrontiert: „die Hintergedanken und Missverständnisse [in der deutsch-französischen Beziehung innerhalb der EU] hatten so lange keine lähmende Wirkung“, wie die oben beschriebene Rollenverteilung zwischen der BRD und Frankreich ermöglichte, ein Gleichgewicht zwischen beiden Staaten herzustellen.¹⁸⁵

So erwies sich die Wiedervereinigung als Testfall für die in den achtziger Jahren entstandene Sonderbeziehung, waren doch beide Staaten auf die neuen Herausforderungen kaum vorbereitet. In den ersten Monaten nach dem Umbruch schien Frankreich gegenüber seinem deutschen Nachbarn „ernüchtert“, und erst nach den Volkskammerwahlen 1990 konnten die bewährten Kooperationsmechanismen wieder greifen und „passte Frankreich seine Politik entsprechend an.“¹⁸⁶

Auf polnischer Seite hatten zwar bereits sehr früh manche Vertreter der Eliten die Überwindung von Jalta und die absolute Notwendigkeit der Annäherung an die BRD als unwiderruflich betrachtet¹⁸⁷, doch die große Mehrheit der Bevölkerung reagierte beunruhigt. Die VRP sah seit Ende des Zweiten Weltkrieges die Wurzeln seiner Sicherheit in der deutschen Teilung. Der von Kohl auch für Frankreich völlig überraschend vorgelegte Zehn-Punkte-Plan, beinhaltete keine die Grenzfragen regelnde Klausel, so dass sowohl Frankreich wie Polen auf Regelung der Oder-Neiße-Frage und auf dessen Aufnahme in die anstehenden 4+2 Friedensvertragsverhandlungen zwischen den vier ehemaligen Besatzungsstaaten und den beiden Deutschland, bestehen. Für Rivière besitzt diese französisch-polnische Übereinstimmung eine für die Zukunft wichtige Rollenverteilung: Frankreich wollte durch seine Unterstützung zeigen, dass es in Osteuropa weiterhin wortgebend war, während Polen, das nie den Entscheidungen über sein eigenes Schicksal beteiligt worden war, die Erkenntnis machte, dass sein zukünftiges Mitspracherecht auf internationaler Ebene nur im Rahmen einer europäischen Partnerschaft stattfinden werden kann¹⁸⁸.

Bereits im Sommer und Herbst hatte die BRD betont, keine Gebietsansprüche zu haben. Dies wurde auch von Genscher in einer Rede Genschers am 28.9.89 vor der UN-Generalversammlung in New-York mit direkter Ansprache an den polnischen Außenminister

¹⁸⁵ Vernet, Daniel, *Dei französischen Erwartungen en Deutschland*, Internationale Politik, 1/1995, S. 41.

¹⁸⁶ Guerin-Sendelbach, *Tandem für Europas*, ebd., S. 236-237.

¹⁸⁷ Lamentowicz, Wojtek, hat nach eigenen Angaben diese Ideen bereits 1984 formuliert: *Die polnischen Erwartungen an Deutschland*, Internationale Politik, 1/1995, S.37.

¹⁸⁸ Rivière, ebd., S. 30-32.

Skubiszewski erneut und auf höchster Ebene betont. Doch „Endgültigkeit“ der Grenze, wie Genscher sie erwähnte, wurde noch immer nicht offiziell schriftlich niedergelegt.¹⁸⁹

Die gesamten, sowohl französischen wie polnischen Befürchtungen kristallisierten also in der Regelung der deutschen Frage. Nachdem sich Kohl auch bei Gorbatschow die Erlaubnis zur Wiedervereinigung geholt hatte, und auf der Konferenz von Ottawa im Februar 1990 die Modalitäten einer Friedenskonferenz festgelegt worden waren, konnten die Verhandlungen zwischen den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs und den beiden Deutschland beginnen.

Bezeichnenderweise reflektierten die 4+2 Verhandlungen bereits Verhaltensmuster, die das ganze Interesse, die Funktion selbst des zukünftigen Dreieckes ausmachen würden. Dies wurde vor allem am Verhalten Polens gegenüber den beiden Partnern Deutschland und Frankreich deutlich.

Auf der einen Seite wendet sich Polen mit der Bitte um Unterstützung an Frankreich, da entweder der am 8. März vom Bundestag (8. März) noch der gemeinsam vom Bundestag und der Volkskammer der DDR (21. Juni) verabschiedeten Beschlüsse bezüglich der Grenzfrage keine zufriedenstellenden Ergebnisse bringen. Auf Drängen von Paris wird eine Warschauer Delegation auf das zweite von vier Treffen in Paris zugelassen, wo am 17. Juli die Grenzfragen besprochen werden.

Andererseits demonstrierte Polen seine Nähe zu Deutschland, als es während der 2+4 Verhandlungen einen nicht unbeträchtlichen Beitrag zum Verbleiben der BRD in der NATO leistete.¹⁹⁰

Der Abschluss der Friedensvertrags- und Nachkriegsregelung der deutschen Frage bringt die - zumindest offizielle - Normalisierung der Beziehungen sowie die Aussöhnung zwischen Polen und der Bundesrepublik. Bezeichnend ist die Tatsache, dass zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des 2+4 Abkommens im September 1990 in Moskau, bereits ein *Vertrauensverhalten* zwischen den beiden Nationen installiert hat, das die Grundlage für jegliche späteren Verhandlungen stellt. Denn in dem Schlussprotokoll ist lediglich der Status West- und Ostberlins und die Verpflichtung der Veränderung des Grundgesetzes zur Unmöglichkeit der Gebietserweiterung, enthalten. Weiterhin werden beide deutschen Staaten verpflichtet, einen Vertrag abzuschließen. Dessen 5er Paragraph hatte sogar zur Folge, dass die Voraussetzungen zum Unterschreiben den 2+4 Vereinbarungen auf einen späteren,

¹⁸⁹ Bingen, ebd., S. 246.

¹⁹⁰ Bingen, ebd., S. 261.

geeigneten Zeitpunkt verschoben werden können.¹⁹¹ Als schließlich am 30. und 31. Oktober 1990 die offiziellen Verhandlungen zum deutsch-polnischen Vertrag anfangen, war die Übereinstimmung dermaßen präsent, dass die ganze Angelegenheit einer Formalität glichen, und es dauerte nur einige Stunden, bis der gesamte Text zustande kam. Genau so schnell kam es zur Unterzeichnung durch die beiden Außenminister Außenminister am 14.11.1990.¹⁹² Mit der Unterschrift unter dem Grenzvertrag und dem Abkommen „über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ 1991 war die „Neugestaltung der Beziehungen“¹⁹³ zwischen Polen vollendet, verschafft beiden Ländern „gute Ausgangsbedingungen, um ihre Kooperation zu vertiefen“.¹⁹⁴

Und trotzdem, so Guerin-Sendelbach, wurden gewisse innergesellschaftliche Themen tabuisiert (siehe unten), die auch heute noch die deutsch-polnischen Beziehungen belasten, und die eine verstärkte Kulturkooperation benötigen. Und genau hier liegt der Konvergenzpunkt der beiden Nachbarn und Frankreich: denn dieses kann als „dritter Partner aufgrund seiner traditionsreichen Beziehung zu Polen sowie seiner Sonderbeziehungen zu Deutschland beitragen“.¹⁹⁵ Und hier liegt das ganze Wesen des Weimarer Dreiecks, das sich jedoch auf eine Vielzahl anderer, eng miteinander verflochtenen, solcher Konvergenzpunkte bezieht.

Aus polnischer Sicht bildete Deutschland von jeher das Tor zu Europa, den Weg in die westliche Einbindung. Der deutsche Faktor nimmt hier dieselbe Wichtigkeit ein, wie die Bindung der VRP an die USA. Durch die Zugehörigkeit Deutschlands zur NATO besitzt Polen einen in den westlichen Sicherheitsstrukturen eingebundenen Nachbarn, denen es selber beizutreten wünscht.

Für die BRD bildet gerade dieser militärische Sachverhalt den Vorteil, nicht mehr als Ostgrenze der NATO neben einem „verfeindeten“ Land zu stehen. Deshalb war es auch für beide Seiten eindeutig, dass die Eingliederung Polens in die NATO ein Ziel deutscher Politik sein würde. Dies böte nicht nur Deutschland, sondern auch den gesamten Bündnispartnern, darunter Frankreich, einen sicherheitspolitischen Brückenschlag in Richtung Osten und vor allem dem Baltikum, zu schlagen.

Für Deutschland glitt der Blick nicht nur aus militärischen Gründen nach Osten. Der wirtschaftlichen Wüste, die sich der deutschen Wirtschaft bot, stellte auch eine unermessliche Erweiterung des deutschen Absatzmarktes dar, der an die lange Handelstradition

¹⁹¹ Bingen, ebd., S. 275-279.

¹⁹² Bingen, ebd., S. 279.

¹⁹³ Geremek, *Polens geostrategische Chancen*, ebd..

¹⁹⁴ Guerin Sendelbach, *Euro-Trio*, ebd., S. 246.

¹⁹⁵ Ebd.

Deutschlands mit den Mittel- und Osteuropastaaten anknüpfen konnte. Doch auch ostpolitisch wurde der BRD die Möglichkeit geboten, ihren Einfluss beinahe ohne Vorbehalte zu steigern. Dies bot wiederum den Anlass für Frankreich, die Beziehungen zu Polen zu vertiefen. Auf beiden Seiten wurde die neue „Kolonialmacht Deutschland“ und ihr Sonderweg befürchtet. Und auch Frankreich war an den ökonomischen Möglichkeiten, welche die neue Situation bot, interessiert. Doch der Hauptanlass einer trilateralen Angehensweise war die einzige Möglichkeit, die dies bot, nicht nur auf die deutsche Ostpolitik, sondern in Osteuropa allgemein seinen Einfluss zu behaupten.

Frankreich war angesichts der nun ungezügelter deutschen ostpolitischen Möglichkeiten, dessen Kontrolle vor der Wende durch die internationalen Gegebenheiten legitimiert waren, regelrecht gezwungen, auf die sich lange anbahnende, gemeinsame Ostpolitik einzugehen, um nicht vollkommen die Kontrolle über die Ostpolitik an sich, aber viel mehr noch auf den östlichen Nachbarn, zu verlieren. Darüber hinaus hatten sich die Spannungen zwischen Frankreich und der BRD in dem Zeitraum 1989-1991 vor allem auf die osteuropäischen Probleme konzentriert. Die Notwendigkeit einer Koordinierung der ostpolitischen Initiativen war, ganz im Geiste der deutsch-französischen Europa-Kooperation, unumgänglich geworden. Die Außenminister Frankreichs und Deutschlands, Roland Dumas und Hans-Dietrich Genscher, erwägen die Idee, gemeinsame Botschaften in den Mittel- und Osteuropastaaten zu errichten. Zur Erläuterung dieser Frage laden sie nicht nur all ihre Botschafter in diesen Ländern, sondern auch ihre nationalen Kulturrepräsentanten in den "Institut Français" und den "Goethe-Instituten", zu einer Konferenz in Weimar ein. Im Mai 1991 war der *Esprit de Weimar* geboren.

Bereits während der Weimarer Konferenz wurde beschlossen, sich angesichts der besonderen Position Polens als größtem Beitrittskandidaten im August desselben Jahres erneut, diesmal mit dem polnischen Außenminister, zu treffen, um diesen *Geist* und all die Ideale, die er beinhaltete, konkret in einer Dreiecksbeziehung zwischen Polen, Deutschland und Frankreich zu institutionalisieren. Besondere Schwerpunkt sollten die Politik und Diplomatie, das Transport-, Finanz- und Wirtschaftswesen, sowie die Kulturkooperation sein, die durch regelmäßige Treffen der Vertreter bzw. Minister der zuständigen Ressorts garantiert werden sollte.

Für Polen bedeutete dieses doppelte Interesse eine gewisse Garantie vor einem zu starken Vorgehen eines der beiden Länder. Die Präsenz Frankreichs konnte die deutsche verstärkte

Präsenz durch das französische militärische, diplomatische und politische Gewicht in Europa legitimieren. Die Assoziierung mit Deutschland und seinem enormen wirtschaftlichen Potential und seinem ökonomischen Ansehen konnte Frankreichs Einflussnahme nur verstärken.

Der deutsch-französischen Kooperation wurden hier vollkommen neue Horizonte und Anwendungsmöglichkeiten eröffnet, die beiden Ländern angesichts der Notwendigkeit ihrer Zusammenarbeit im ehemaligen Westeuropa auch in dieser neu aufzubauenden Struktur unentbehrlich erscheint. Für Polen bildete die Perspektive einer Beteiligung oder eher Eingliederung in eine solche Integrationsstruktur, wie sie die deutsch-französische Kooperation darstellt, ein unermesslicher Pluspunkt.

Inwiefern und durch welche Maßnahmen setzten die drei Partnerländer die ihnen selbst auferlegten Kooperationsmöglichkeiten um? Und in welchem Maße kann die tatsächliche Wirkung des Weimarer Dreiecks gemessen werden? Die Antwort auf diese beiden Fragen bilden unter besonderer Rücksicht auf die Kultur, bildet den Gegenstand der beiden folgenden Teile dieser Arbeit.

TEIL II DAS WEIMARER DREIECK

In dem Maße, in dem das Weimarer Dreieck ein aus den Gegebenheiten der Nachkriegsjahrzehnte herauskristallisiertes entstandenes Kooperationsinstrument bildet, stellt sich heute, zehn Jahre nach dessen Gründung, die Frage, welche Anwendung die drei Unterzeichnerstaaten von dieser Möglichkeit der Verständigung, Koordinierung und Absprache machten.

Um den Einstieg in diesen Teil unter den besten Voraussetzungen zu ermöglichen, soll eine Chronologie dieser ersten zehn Jahre vorgenommen werden, anhand derer ein Überblick erstens der diplomatisch-politischen sowie zweitens der militärischen Kooperation vermittelt wird.

Schließlich anhand des ausführlich behandelten Beispiels der im Rahmen des Weimarer Dreiecks zustande gekommenen *trilateralen* Kulturkooperation der Beantwortung der Hauptfragestellung dieser Arbeit näher gekommen werden.

1. **Chronologie des Weimarer Dreiecks 1991-2001**¹⁹⁶

Um einen besseren Überblick bezüglich des Ablaufs der Begegnungen zu gewinnen, werden hier nacheinander die Treffen der Staatschefs, der Außenminister, der Verteidigungsminister sowie die interparlamentarischen Kontakte aufgezählt. Ein kurzer Überblick soll ebenfalls über die trilateralen, direkt von den Regierungen ausgehenden Initiativen gewonnen werden.

1.1. **Gipfeltreffen**

Ein erstes *informelles* Treffen der drei Staatsoberhäupter Mitterrand, Weizsäcker und Walesa hat am 21 September 1993 in Gdansk stattgefunden. Erst 1998 fand am 21 Februar das erste Gipfeltreffen statt. Chirac, Kohl und Kwasniewski trafen sich in Poznan. Das Treffen in Nancy bestätigte den Willen der drei Staatschefs, weiterhin in dieselbe Richtung zu kooperieren.

1.2. Treffen der Außenminister

Das erste Treffen im August 1991 betraf vor allem das Verhältnis zwischen der EWG und den Ländern Mittel- und Osteuropas, und war vom Willen Polens geprägt, sowohl den militärischen wie auch wirtschaftlichen Organisationen Westeuropas beizutreten.

In Bergerac wurden am 24 April 1992 zwei gemeinsame Erklärungen abgegeben. Die erste betraf die neue europäische Ordnung, die zweite Erklärung befasste sich mit Bosnien-Herzegowina und Afghanistan.

Kwasniewski schlug vor, dass fortan ein Teil der deutsch-französischen Hilfe an Russland von Polen übergeben werde, was zur Verbesserung der Beziehungen beider Länder beitragen würde.

Des weiteren wurden von Genscher und Dumas angesagt, dass die Assoziierungsstaaten zum ersten Mal am Rat der EG in Lissabon im Juni 1992 teilnehmen würden. Dies war eines der ersten Beispiele der Durchsetzung und Konkretisierung der Grundideen des Weimarer Dreiecks.

Das dritte Treffen fand mit den drei neuen Außenministern Klaus Kinkel, Alain Juppé und Andrzej am 11. und 12. November 1993 in Warschau statt. Behandelt wurden vor allem die Beitrittsperspektiven der mittel- und osteuropäischen Ländern zur EU, sowie deren Integration in die europäischen und atlantischen Sicherheitsstrukturen.

Die Bamberger Deklaration, entstanden während des Treffens vom 14.-15. September 1994 ließ Fortschritte bezüglich der Annäherung der assoziierten Staaten und der EU erkennen und zeigte den Weg v.a. was die Anpassung der juristischen Systeme betrifft.

Auf dem Pariser Treffen vom 26. Oktober 1995 wurden die Beitrittsverhandlungen der Länder Mittel- und Osteuropas besprochen. Frankreich und Deutschland haben betont den Willen ausgedrückt, dass die Hauptentscheidungen bezüglich des Beitritts zur Jahrhundertwende erledigt würden.

¹⁹⁶ Informationen zu diesem Abschnitt aus: <http://www.diplomatie.gouv.fr/europe/triangle-weimar/presentation>, <http://www.diplomatie.gouv.fr/europe/pays2/pologne>, sowie Halamski, Adam, Kazana, Mariusz, *Triangle de Weimar, coopération politique et militaire*, Warschau 1997, französische Übersetzung von Helena Boguslawska.

In Warschau haben sich die Außenminister am 19. Dezember 1996 auf die europäische Konferenz und das Projekt eines trilateralen Gipfeltreffen konzentriert.

In Frankfurt/Oder am 17 November 1997 wurde vor allem mit der Vorbereitung des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs in Poznan sowie mit der Vertiefung der kulturellen Zusammenarbeit befasst.

Das 1998er Treffen fand stellvertretend im Januar 1999 in Paris statt, wo die Außenminister und ihrer Delegationen über die Möglichkeiten von neuen Impulsen für die trilaterale Zusammenarbeit berieten.

In Weimar am 30 August 1999 wurde in der Kulturhauptstadt Europas der Kulturelle Aspekt des Dreiecks betont. Drei Intellektuelle wurden zur Teilnahme in einer Debatte mit Jugendlichen eingeladen.

In Krakau am 7. Juni 2000 konnten die Perspektiven der dezentralisierten Kooperation im Rahmen des parallel zum Treffen organisierten „Forum der Regionen“ erläutert werden.

2. Konkrete trilaterale Kooperationsinitiativen

Als offizielle, Regierungsorgane betreffende trilateral Kooperationsinitiativen, werden auf den Webseiten des französischen Außenministeriums folgende Initiativen aufgelistet: Gespräche der Planungs- und Analysezentren der Regierungen; Ein Seminar über die ökonomischen Auswirkungen der organisierten Kriminalität am 18.-19. September 1995 in Warschau und ein Kolloquium über die Rolle des Trilateralismus im Rahmen des europäischen Aufbaus in Düsseldorf am 12. Dezember 1997.

Auf ökonomischen Gebiet wurden Treffen für Geschäftsleute der drei Länder organisiert, die zwei letzten fanden 1997 in Strasbourg, 1998 in Krakau und 1999 in Thüringen statt.

Außerdem bemühen sich die Regierungen Weiterentwicklung der deutsch-französischen technischen Hilfe als unentbehrliche Stütze für trilaterale Kooperation auf diesem Gebiet. Sinn dieser Veranstaltungen, die vor allem als Partnerschaften oder Formationen entstanden, ist die Vorbereitung Polens auf den EU-Beitritt.

3. Militärische trilaterale Kooperation als Musterbeispiel

Die Kooperation auf dem Gebiet der Sicherheit betrifft ein Thema, das von Anfang an eine der Prioritäten der drei Partnerländer Deutschland, Frankreich und Polen war, fügte es sich doch in die Kontinuität eines der Leitmotive der Kooperation nicht nur Frankreichs und Deutschlands, sondern ganz Europas.

Auf „Weimarer“ Ebene hat sich der diplomatische Teil der trilateralen Treffen erst 1994 offiziell um einen militärischen erweitert. Doch bereits während der vorherigen diplomatischen Konsultationen wurde der Wunsch Polens an einer Integration der westlichen Militärstrukturen sowie die Bereitschaft der Franzosen und Deutschen, dies zu unterstützen deutlich.

Durch die Auflösung des Warschauer Paktes befand sich Polen inmitten eines sicherheitspolitischen Vakuums. Wenn Warschau sich zur Unterstützung eines Beitritts zur NATO vorerst auf die Druckmittel der Visegrader Gruppe stützt, dessen Länder um einen Beitritt kandidieren, verliert diese Gruppe für Polen nach und nach und nach an Interesse, da der Beitritt seiner „Visegrader“ Partner, v.a. Ungarns und der Tschechei, aufgrund ihrer Größe und der Abwesenheit von Grenzen zur Ex-Sowjetunion, viel unkomplizierter erscheint. Die BRD ihrerseits scheint - viel mehr als Frankreich - an einer schnellstmöglichen Osterweiterung der NATO interessiert, die ihren Status als östliche Grenze des Bündnisses aufheben würde.¹⁹⁷

In Weimar 1991 wurde betont, dass die KSZE sowie die NATO und die WEU zu den wichtigsten Diskussionsforen für die europäische Stabilität gehören. Im selben Jahr war der Nordatlantische Kooperationsrat gegründet worden, der den Beitrag Polens zur Öffnung der nordatlantischen Strukturen gen Osten und v.a. dem Baltikum, bezeugte.

In Bergerac wurde die Notwendigkeit des schnellen Beitritts Polens zur NATO betont und die graduelle Möglichkeit dieses Beitritts erläutert.¹⁹⁸

In ihrer gemeinsamen Deklaration auf der Konferenz von Warschau 1993 betonte die polnische Seite ihren Willen, die deutsche und französische Seite ihre Unterstützung für einen bedeutenden Schritt in Richtung militärischer Integration Polens: den Status als assoziiertes Mitglied der WEU. Durch diese Unterstützung wurde auf der WEU-Konferenz des 22. November 1993 in Luxemburg die Mitgliedschaft der EU-assozierten Länder beschlossen, einen Status, den Polen 1994 erlangte. In Warschau wurde ebenfalls die Intensivierung der militärischen Kooperation im Rahmen des Weimarer Dreiecks beschlossen.

¹⁹⁷ Rivère, ebd., S. 45-46.

¹⁹⁸ Gemeinsame Erklärung der drei Außenminister in Bergerac, 24.4.1992.

1994 bildete den Durchbruch auf diesem Gebiet mit der ersten offiziellen Begegnung der drei Verteidigungsminister in Paris am 3. März. Seitdem finden regelmäßige Treffen statt. So wurde 1997, ebenfalls in Paris, eine militärische Koordinierungsgruppe gebildet.

Ab Juni 1997 fanden jährlich trilaterale Übungsprogramme statt. Für 1998-2000 wurde ein dreijähriges Kooperationsprogramm verabschiedet.

Auf „unterer“, also nicht auf Regierungsebene, fanden ab 1994 die ersten Treffen statt, die ein allgemeines Klima des Vertrauens entstehen ließen. Im Rahmen des Programms „Konkordia“ fanden jedes Jahr abwechselnd in jedem Land gemeinsame Übungen statt. Anfangs waren Bataillone impliziert, später hat sich die Zusammenarbeit auf die der Kommandostellen erweitert.

Sehr fanden die trilateralen Manöver in Form einer Teilnahme polnischer Einheiten an Übungen des deutsch-französischen Korps statt. Franzosen und Deutsche erzielten damit eine Erweiterung ihres Einflussbereichs auf Östliche Nachbarn Polens.

Polens einerseits versucht heute, die gemeinsamen militärischen Aktionen auf die Ukraine und Litauen auszudehnen. Interessant ist diese Initiative deshalb, weil sie sehr wohl zeigt, dass die VRP in den letzten Jahren, durch die Kooperation, einen gewissen Grad der Gleichberechtigung mit seinen beiden Partner zu erreichen gehabt glaubt, was sich in einer gewissen Selbstsicherheit widerzuspiegeln scheint. Denn durch die Erweiterung der Initiativen auf seine östlichen Nachbarn verfolgt die VRP keine andere Strategie, als diejenige, welche die BRD ein paar Jahre zuvor bezüglich ihrer Ostgrenze betrieb.

Durch solche Manöver sucht Polen eine Möglichkeit, die Ukraine definitiv von Russland loszubinden, und selber einen Alliierten im Osten zu gewinnen. Frankreich und Deutschland stimmten den ersten Manövern zu, so dass 1999 eine polnisch-ukrainische Einheit an einer Übung mit den deutsch-französischen Einheiten des Eurokorps mitwirkte. Frankreich und die BRD zwar unterstützen zwar kurzzeitige solche Initiativen, lehnen aber langfristige mehr als trilaterale Aktionen ab: das Weimarer Dreieck habe nur drei Seiten, die es auch unverändert beibehalten solle.

Die militärische Kooperation kann also als Musterbeispiel unter den Kooperationsbereichen des Weimarer Dreiecks genannt werden. Und dies in zweierlei Hinsicht: die Treffen der Verteidigungsminister haben bedeutende Ergebnisse hinsichtlich der wichtigsten Anliegen sowohl der polnischen wie auch der deutsch-französischen Parteien bezüglich der Osterweiterung der westeuropäischen und atlantischen Verteidigungs- und Sicherheitsgremien, also implizit deren Integrierung durch die VRP, erreicht.

Doch eben seit dem NATO-Beitritt Polens 1999 und diesem Erfolg der Außenpolitiken der drei Weimarer Partnerländer, scheint diese Kooperation an Elan verloren zu haben, es fehlen ihr neue Impulse, die aus dem Mangel an neuen, großen Projekten ausbleiben.

Im Gegensatz dazu entwickeln sich die regionalen Partnerschaften immer weiter. In Frankfurt/Oder z.B. hatten die gemeinsamen, deutsch-polnischen Initiativen nicht nur früher als die trilateralen oder mulilateralen begonnen, sie werden auch immer zahlreicher und größere Projekte sind in Vorbereitung, wie eine Partnerschaft zwischen dem Verteidigungsbezirkskommando Frankfurt/Oder und der dem militärischen Stab der Voivodschaft Silona-Gora. Im Rahmen der regionalen, europäischen Partnership-for-Peace Manöver haben auch schon deutsch-russische Aktionen stattgefunden, die nicht unter der Aufsicht der NATO organisiert werden. Diese bilateralen Aktionen seien sehr wichtig, um alte Feindbilder in diesem äußerst heiklen Bereich, zu beseitigen sowie an alte Traditionen der Verständigung neu anzuknüpfen. Diese Art der regionalen Kooperation findet in jeder Euroregion statt, nur ist sie zwischen nicht benachbarten Gebieten, wie z.B. Frankreich und Polen, kaum zu realisieren.¹⁹⁹.

Das ganze Interesse der Schilderung des militärischen Aspekts des Weimarer Dreiecks liegt darin, dass es den Geist dieses Kooperationsinstruments zwischen Frankreich, Deutschland und Polen geradezu perfekt widerzuspiegeln scheint; denn obwohl die Initiative auf diesem Gebiet fast vorbildlich funktioniert, verliert sie nach dem Erreichen ursprünglicher Ziele an Elan, beinahe an Existenzgrundlage. Immer öfter wird die Kooperation auf regionale Ebene verlagert.

Diese jedoch positive Bilanz lässt sich durch die äußerste geopolitische Wichtigkeit der Fragen der Sicherheit und der Verteidigung erklären, deren Regelung nach den Umbrüchen in Europa direkte Notwendigkeit hatte. In dieser Dringlichkeit fanden die Regierungen ihre Motivation zum schnellen und effektiven Handeln.

Welche waren jedoch die Motivation, dieses Muster auf einem Gebiet anzuwenden, dass weder eine solche *direkte* Notwendigkeit bzw. Bedrohung, noch *direkte, sichtbare* Beziehungen zur Politik beinhaltete, der Kultur?

4. Kulturkooperation: Bestandaufnahme

¹⁹⁹ Gespräch mit Oberst Graf, Kommandant der deutschen Truppen in Frankfurt/Oder, 14.7.2001.

Die militärische Kooperation ist das perfekte Beispiel einer Idee, die bereits auf konkreten Grundlagen aufbaut. Ziel der Kooperation in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen zwischen Deutschland, Frankreich und Polen war die Integration des Dritten in Strukturen, die bereits existierten. Doch nicht nur dass: diese Strukturen waren bereits zu diesem Zeitpunkt multilateral ausgelegt (darin bestand ihr Sinn, ihre *Wesen*) und sie waren vor allem - vielleicht hier das wichtigste - als eine absolute Notwendigkeit der damaligen Zeit ins Leben gerufen worden. Diese Notwendigkeit bestand nach der Überwindung des Kommunismus' nicht mehr aus genau denselben Gründen (NATO, KSZE, WEU hatten ihren Grund in der Bipolarisierung der Welt gefunden), doch das eben durch den Verlust dieses Grundes entstandene Macht- und geopolitische Vakuum ließ eine genauso stark einzuschätzende Notwendigkeit aufkommen. Und dieser Zwang, die aufkommenden, besonders gefährlich einzuschätzenden Probleme zu bewältigen, ließ die oben geschilderte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Politik, der Sicherheit und der Verteidigung beinahe, so scheint es, reibungslos entstehen.

Innerhalb der deutsch französischen Beziehungen bestand diese „Selbstverständlichkeit“ bereits seit 1963 mit dem Abschluss des Elysée-Vertrages, der einfach schon deshalb als „Krönung der erfolgten Aussöhnung“²⁰⁰ zwischen zwei mehrere Jahrhunderte lang verfeindeten Völkern bezeichnet werden kann. Der Vertrag führte zur Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes (DFJW). Hier ist nicht der Platz, die Aktivitäten des DFJW in seinen bereits fast 30 Existenzjahren zu schildern. Fakt ist jedoch, dass das DFJW weit über seinen symbolischen Wert hinaus ein außergewöhnlich effizientes Kooperationsinstrument geworden ist. Als seine Satzung es ihm 1990 erlaubte, seine Programme auch für Länder außerhalb der EU zu öffnen, wurde es zum Vorreiter der „Weimarer“ Kulturkooperation.

4.1. Das deutsch-französische und das deutsch-polnische Jugendwerke und ihre Zusammenarbeit als Musterbeispiele der Durchsetzung des „Esprit de Weimar“²⁰¹

Die Besonderheiten des DFJW und des DPJW bestehen nicht nur in dem Exempel ihrer Zusammenarbeit und der erreichten Resultate. Vertretend für die Gesamtheit der Kooperationsinitiativen bezeugt es vor allem die tatsächliche Durchsetzung, in diesem

²⁰⁰ Uterwedde, Henrik, *Deutsch-französische Beziehungen: Perspektiven einer spannungsgeladenen Partnerschaft*, in: Politische Studien, Sonderheft 2/1998.

²⁰¹ Auf die Vorgehensweise und Grundregeln des DFJW und des DPJW kann hier nicht weiter eingegangen werden.

speziellen Gebiet, von einem der Vorhaben des Weimarer Dreiecks: den Übergang vom deutsch-französischen Bilateralismus zum deutsch-französisch-polnischen Trilateralismus. Darüber hinaus ist dem DFJW hoch anzurechnen, dass derartige trilaterale Initiativen, wie sie heute gängige Ware sind, nicht auf das Treffen der Außenminister in Weimar im Mai 1991 zurückzuführen ist, sondern der Regierungsinitiative weitaus zuvorgekommen ist. In der Tat hat das DFJW 1990 angesichts der deutschen Wende eine außergewöhnliche Reaktionsfähigkeit bewiesen, als sie *einen Monat nach* der Öffnung der Berliner Mauer beschloss, sein Programm auch der Jugend der DDR, damals noch kein EU-Land, zu öffnen. Diese Initiative war ein heute kaum einschätzbarer Energieschub für den sich damals nur entwickelten Zusammenarbeit mit Drittstaaten.²⁰²

Die Erkenntnisse aus diesen durchaus positiv zu bewertenden trilateralen Programmen könnte auch die Philosophie des politischen Trilateralismus geprägt haben: wie es Rudolf Hermann, 1993 Koordinator des DFJW, bemerkt, dass manche Problembereiche des - hier deutsch-französischen - Bilateralismus durch die Heranziehung von Drittstaatlern leichter gelöst werden können, sowie der aus verschiedenen Gründen möglicherweise problematische Dialog zwischen einem Drittstaatler und einem der deutsch-französischen Partner durch die trilaterale Angehensweise erleichtert, wenn nicht überhaupt erst ermöglicht werden kann. Darüber hinaus bildete der Trilateralismus eine deutliche Bereicherung des Bilateralismus, der auch auf politischem Feld eine „solide Basis für neue Aufgaben bildet“²⁰³

Die Öffnung der Programme für Nicht-EU-Länder fand dann bereits 1990 statt. Die einzige Einschränkung besteht darin, dass diese Programme nicht den 1976 festgelegten 5%igen Anteil an der Gesamtzahl der Programme überschreiten dürfen.

1991, als die Außenminister in Weimar zusammentrafen, bestand der auf der Konferenz beschlossene Leitsatz also bereits innerhalb der Strukturen des DFJW. Demnach war eine der Direktiven, die aus der Konferenz herausging, nicht die Instandsetzung solcher Treffen, sondern lediglich ihre Förderung.

Der Einfluss des DFJW auf das Gesamtkonzept des Weimarer Dreiecks lässt sich an dem Anteil ablesen, den es an dem Treffen der Kulturbeauftragten der deutsche und französischen Botschaften in Ost- und Mitteleuropa hatte, auf der die beiden Außenminister zum ersten Mal in der Geschichte gemeinsame Direktiven an ihre Botschaften verschickten, um eine

²⁰² Bereits 1963 besagte eine Klausel des Gründungsvertrags des DFJW die Kooperation mit der Gesamtheit der freien Welt. 1973 hatten Genscher und Dumas bemerkt, dass „die deutsch-französische Arbeit für die Jugend der internationalen und vor allem europäischen Kooperation dienen könne“. Doch erst 1976 wurde es möglich, die Aktivitäten des DFJW auf Drittstaaten zu erweitern. Der Erfolg blieb gemäßigt.: Herrmann, *Les deux plus un de l'OFAJ. La coopération trilatérale une méthode complémentaire de la politique culturelle extérieure*, Documents, Nr. 3/93, passim.

²⁰³ Ebd., 97.

effektivere Koordinierung der Aktionen der Goethe-Institute, der Instituts Français und des DFJW zu erreichen. In direkter Anlehnung an dieses beim DFJW in Paris stattgefundenem Seminar fand 1993 in Warschau das Weimarer Gipfeltreffen statt, das die höchsten kulturpolitischen Maße setzte. Ebenfalls zu diesem Zeitpunkt konnte das am 17. Juni 1991 entstandene Deutsch-polnisches Jugendwerk (DPJW) seine Arbeit aufnehmen. Da die beiden Jugendwerke eng miteinander zusammenarbeiten (das DFJW ist ebenfalls an der Finanzierung von Projekten des DFJW beteiligt) ist der Anteil beider jeweiligen Werke am polnisch-deutsch-französischen Jugendaustausch sehr schwer messbar. Tatsache ist, dass die trilateralen Programme des DFJW mit Polen nach der Gründung des DPJW nicht nachgelassen haben (obwohl ein abhandeln gehen einiger Teilnehmer zugunsten eines der beiden Jugendwerke nachvollziehbar wäre), im Gegenteil ständig zugenommen hat: fanden 1992 34 Programme mit 318 Teilnehmern statt, waren es 1993 jeweils 66 und 712. Die Steigerung von 1992 auf 1993 ist eindeutig, doch ist sie fester Bestandteil der allgemein herrschenden Tendenz: Seit der Gründung des DFJW haben sich diese Zahlen bis 1993 jährlich fast verdoppelt, während die Steigerung bis 1996 zwar regelmäßig gestiegen ist, aber ohne solch spektakuläre Ergebnisse. Und seit 1997 ist die Anzahl der Programme ständig am zurückgehen. 1999 fanden mit Polen 50 trilaterale Programme statt.²⁰⁴ Insgesamt hat das DFJW von 1990 bis 1999 1463 Programme mit Drittländern aus Mittel- und Osteuropa unterstützt, darunter 540 mit Polen, das von weitem der wichtigste Partner bleibt, mit 16,80% der Programme.

Eines scheint erwiesen: Schuld können nicht die oft genannten fehlenden Finanzen seitens des Jugendwerks sein. Mehr Geld wäre zwar sehr schön und würde auch sinnvolle Anwendung finden, doch die Tatsache, dass die „Grenze von 5% trilateraler Begegnungen an der Gesamtzahl der Programme noch nie erreicht wurde“²⁰⁵ zeigt deutlich, dass die Anzahl der geförderten Programme unter den Möglichkeiten des DFJW steht. Tatsächlich machten die Teilnehmer an Programmen mit Drittstaaten 1998 im Vergleich zu der höchsterlaubten, so oft kritisierten Grenze „nur“ 2,16% aus, davon waren 53,7% Programme mit Mittel- und Osteuropa (1997: 2,2% und 55,7%).²⁰⁶

Viel eher ist der Grund für diesen Rückgang unter einer Vielzahl eng miteinander verstrickten Faktoren zu suchen.

²⁰⁴ *L'OF AJ et les échanges avec les pays de l'Europe centrale et orientale*, DFJW, Paris, Oktober 2000.

²⁰⁵ Reuter, Conny, vom DFJW, *Erfahrungen aus dem Bi- und trilateralen Austausch, Förderungsmöglichkeiten*, in: Trilateraler Austausch. Dokumentation eines Seminars vom 4.-9.10.1998 im Jugendhof Schersberg, DPJW, 1999, S. 2.

²⁰⁶ *L'OF AJ. Chiffres, activités et résultats 1999*, DFJW 1999.

Durch die in der Satzung der beiden Jugendwerke festgesetzte, nicht vollkommene Finanzierung der Programme (bei trilateralen Programmen wird zum Beispiel die Reise von Drittstaatlern gefördert, für die restliche Finanzierung muss der Teilnehmer durch Eigenfinanzierung oder Sponsoren sorgen) könnte in manchen Ländern zu Problemen führen. Gerade in Polen ist die ökonomische Lage bis Mitte der Siebziger gestiegen, um in den letzten Jahren deutlich zurückzugehen. Eine vollständige Finanzierung ist jedoch nicht möglich, da sonst der Eindruck von „bezahlten Ferien“ vermittelt werden und das Engagement der Teilnehmer schwieriger gemessen werden könnte.

Des Weiteren könnte eben ein solches mangelndes Engagement oder zumindest ein langfristiges Nachlassen der Motivationen bestimmend sein: Ein Programm kann sich über mehrere Jahre hinausdehnen, so dass die Teilnahmefähigkeit sogar abgesehen jeglichen Mangels an Motivation durch äußere Gegebenheiten - Berufseinstieg, familiäre Situation... - unmöglich gemacht wird.

Seit einiger Zeit - genauere Angaben liegen dem Verfasser nicht vor - wird seitens der Jugendwerke ein gesteigerter Wert auf die Transparenz der Organisation, die Berichterstattung, die Rechtfertigungen für Kostenzuschüsse oder -rückerstattungen, gelegt, was zur vorherigen Entmutigung der Organisatoren bei Kontaktaufnahme mit dem DFJW führen kann.

Schließlich ist ein rein statistischer Grund hier ebenfalls hinzuzuführen: seit der Entscheidung des 2.12.1998 werden die einst einzeln aufgezählten Vorbereitungs-, Durchführungs- und Bewertungsphasen eines Programms als Einheit gezählt, so dass nicht nur die Anzahl der abgebrochenen Programme nicht mehr in Kauf genommen wird, sondern auch die Bruttozahl der gesamten Programme de facto um ein Drittel zurückgehen müsste, ohne dass die Anzahl der Programme an sich zurückgeht. Demzufolge sind die rückgängigen Zahlen nicht proportional zum Rückgang der Initiativen an sich zu bewerten.²⁰⁷

Der Anteil der geförderten Programme mit Polen an denen mit Mittel- und Osteuropa insgesamt lässt jedoch die Frage aufkommen, ob das DFJW eher im Weimarer *Geiste* oder innerhalb des Weimarer *Dreiecks* agiert. Tatsache ist, dass das Engagement des Jugendwerks und der Enthusiasmus in den Mittel- und Osteuropa-Staaten gleich groß ist. In Anbetracht der Größe der beiden Länder scheinen Ungarn und vor allem die Tschechische Republik²⁰⁸ noch mehr Begeisterung als Polen an den Tag zu legen. Die erste Position Polens unter den MOE-

²⁰⁷ Diese Behauptungen des Verfassers sind jedoch mit äußerster Vorsicht anzugehen, da ihre Verifizierung eines schlaun mathematischen Kunststück bedürften, dessen sich der Verfasser aufgrund seiner miserablen Kenntnisse nicht gewachsen fühlt.

²⁰⁸ Tschechien und Ungarn haben mit ca. 10 Millionen knapp viermal weniger Einwohner als Polen. Die Anzahl der Programme und der Teilnehmer ist jedoch nur knapp zweimal niedriger.

Staaten ist demzufolge nicht nur auf diesen besagten Enthusiasmus, sondern viel mehr auf seine Größe zu beziehen. Ist jedoch der Faktor Polen innerhalb der multilateralen Verflechtungen des DFJWs nicht größer als die anderen Faktoren, könnte dies darauf schließen lassen, dass seine Handlungen sich nicht prioritär durch das Weimarer-Dreieck-Gebot beeinflussen lassen. Doch genau hier liegt ein wichtiger Punkt, der für die Bestandaufnahme des Weimarer Dreiecks von größter Bedeutung ist: der "*esprit de Weimar*" bezeichnet den Willen, die Kooperation zwischen Frankreich und Deutschland einerseits, und Mittel- und Osteuropa andererseits. Das Weimarer Dreieck ist jedoch die *Institutionalisierung* eines Teils des Esprit-de-Weimar umfassenden Spektrums.

Die Klärung dieser Frage kann von Wichtigkeit sein, wenn man die Implikation der Regierungen in dem Kulturkooperationsprozess des Weimarer Dreiecks messen möchte. Aus der Sicht des Verfassers bezieht sich die Bezeichnung „im Sinne des Weimarer Dreiecks“ auf eine konkret von den drei Ländern - und mit Teilnahme oder Förderung ihrer Regierungen - betriebene Aktion mit dem Ziel der Förderung ihrer Dreierbeziehung. Darüber hinaus kommt die Tatsache, dass das DFJW zwar aus Regierungsmitteln finanziert wird und deshalb eindeutig eine binationale staatliche Einrichtung ist. Fakt ist aber auch, dass seine Aktionen im Sinne des Weimarer Geistes -und des Dreiecks - vor dem Weimarer Treffen der Außenminister 1991 begonnen hat.

Handelt das DFJW nun in diesem Sinne der Regierungen, so kann der unwiderrufliche Verdienst des Jugendwerks auch der „Benotung“ der Regierungen zugunsten kommen. Und das hätten die Regierungen durchaus nötig, vor allem angesichts der Bestandaufnahme konkret von den Regierungen ausgehender Kulturkooperation.

4.2. „Weimarer“ Kulturkooperation auf Regierungs- und diplomatischer Ebene

Die erste, gemeinsam von Deutschland und Frankreich in Polen organisierte Veranstaltung fand zwar unmittelbar nach dem Weimarer Treffen im August 1991 statt, war bezeichnenderweise ein bilaterales Projekt *in* Polen. Das Goethe Institut und das Institut Français in Krakau organisierten 1992 gemeinsam eine Ausstellung über „Wasserstädte“²⁰⁹.

²⁰⁹ Vgl. Brodersen, Hans, *Concurrence des cultures d'usage étrangères à l'exemple de la ville de Cracovie*, Chambre de commerce de Paris, Paris, 1994.

Auf die nächste Initiative der drei Regierungen muss bis 1993 und den Impulsen des Warschauer Gipfeltreffens gewartet werden. Hier entsteht jedoch das bis heute noch größte und ehrgeizigste Projekt, das, hätte es je das Tageslicht erblickt, heute noch eine Referenz für jegliche effiziente Kulturpolitik darstellen würde. In Warschau, wo sich die Außenminister für reelle Impulse für die Kultur entschieden hatten, entstand die Idee eines trilateralen Instituts in Warschau. Geplant war ein gemeinsames Gebäude, das unter einem Dach ein Goethe-Institut, ein Institut Français sowie ein polnisches Kulturinstitut beherbergen sollte. Aus diesem Haus sollten gemeinsame Projekte und konkrete trilaterale Initiativen kommen. Das Projekt scheiterte jedoch an aus der Sicht des Laien lächerlich erscheinenden Gründen der unmöglichen Einigung auf die jeweiligen Beitragsleistungen der drei Partnerländer. Warschau sollte das Gelände sowie die Wände stellen, während Frankreich und die BRD für den gesamten Rest verantwortlich waren. Doch das Projekt konnte nicht zustande kommen, weil die drei Parteien, die jede dem Abkommen nach einen gleichwertigen Beitrag leisten sollten, sich nicht auf eben diesen einigen konnten und die polnische Leistung von den beiden anderen unterbewertet wurde. Dieses Beispiel ist nicht nur das größte Projekt, das die drei Länder je in die Wege geleitet haben. Es ist auch aus anderen Gründen kennzeichnend für das gesamte Dreieck an sich. Nicht nur, dass die Kritik sich an dem Projekt entfachte (siehe unten in Teil III). Bezeichnend ist jedoch vor allem der bittere Nachgeschmack, den dieses gescheiterte Projekt bei den Diplomaten der drei Länder hinterlassen hat. Während der Nachforschungen wurde ein gewisses Klima der Konkurrenz und der Schuldzuweisung zwischen den verschiedenen Botschaften deutlich²¹⁰. Dabei entstand das Gefühl, die französischen Diplomaten hätten den Eindruck, von der allgemeinen Meinung bezüglich des französischen Desinteresses am Weimarer Dreieck (s. unten). Der gewisse Wetteifer, der entstand, lässt auch die Darstellung der beiden folgenden Projekte, von denen zumindest eines auf deutsch-französischer Initiative entstanden ist, als das Produkt der eigenen Dynamik darstellen.

So organisieren die deutsche und die französische Botschaft einjährig einen Preis für die sich mit der europäischen Frage befassenden Journalisten. Belohnt werden Autoren, die es schaffen, dem polnischen Volk den europäischen Gedanken näher zu bringen. Dieses Projekt scheint genau die Philosophie des Weimarer Dreiecks, eines dessen obersten Zielen die europäische Integration ist. Doch birgt das Projekt auch einen Sachverhalt, der bezeichnend für einen Aspekt der Kooperation innerhalb des Dreiecks zu sein scheint: trilateral Kooperation zwischen Deutschland, Frankreich und Polen wird oft mit deutsch-französischer

²¹⁰ Gespräch mit Diplomaten der französischen Botschaft in Warschau.

Kooperation in Polen gleichgesetzt, was bereits beim ersten entstandenen, hier geschilderten Projekt der Fall gewesen war.

Dem wirkt jedoch eine aktuelle, französisch-polnische Initiative entgegen, die als direkte Nachfolge für das gescheiterte Dreiländer-Institut betrachtet werden kann. Es ist eine polnisch-französische Gruppe von Sozialwissenschaftlern entstanden. Beide Seiten sind sich einig, dass dieser Bilateralismus das beste Erfolgsrezept ist. Geplant ist die Zusammenarbeit mit deutschen Forschern, die jedoch nur als Gäste kurze Aufenthalte machen würden.

Diese Formel scheint auch im Bereich der Medien die erfolgversprechende zu sein. So konnte 1996 ein Assoziierungsvertrag zwischen der bereits gut funktionierenden Struktur des deutsch-französischen Kultursenders ARTE und dem polnischen Sender TVP entstehen. Der damalige Außenminister Geremek, der sich von jeher an der deutsch-französischen Kooperation orientierte, interessierte sich für die bei Arte entstandene Zusammenarbeit. Der Vertrag, den beide Fernsehsender unterschrieben, legte die Koproduktion und die gegenseitige Sendung von Produktionen aus dem Partnerland. Der Enthusiasmus ließ die zwei größten Probleme überstehen, die in der Schwierigkeit der Anpassung der Informationsschwerpunkte und darin bestanden, dass TVP im Gegensatz zu ARTE ein finanziell reines Unternehmen ist.

TVP, das eine Anerkennung Polens als volleuropäisches Land anstrebt, konnte sein Vorhaben gut mit der Besonderheit von ARTE, die europäischen Länder originalgetreu zu präsentieren, vereinbaren.²¹¹

Als beispielhaft gilt der bereits 1991 vom Institut Français in Freiburg initiierte Dialog zwischen Schriftstellern aus Frankreich und der BRD über europäische Fragen. 1994, unter den Impulsen des Warschauer Gipfeltreffens, organisiert dasselbe Institut eine ähnlich Veranstaltung, die diesmal jedoch zum „Triialog“ mit polnischen Schriftstellern erweitert wird. Der Erfolg ist dermaßen vielversprechend, dass zwei Jahre später das zweite Treffen stattfindet, und eine aus der Sicht der Organisatoren „natürliche und logische“ Folge ist, dass sich bereits 1997 weitere Autoren in Krakau treffen. Ziel ist es hier, die nationalen Engstirnigkeiten zu bewältigen, die dazu führen, dass die Wahrnehmung des Fremden verfälscht und von vorweggenommenen Bildern getrübt wird. Unter diesen Umständen kann nie verstanden werden, „wann und warum das Zusammenleben von Fremden nicht funktioniert“.²¹² Beispielhaft ist dieses Programm nicht nur wegen des verfolgten, zwar

²¹¹ Gespräch mit Marc Villain, ehemaligem Chef der Internationalen Beziehungen bei Arte, Strasbourg.

²¹² Triialog, Villa Decius Verlag, Krakow, 1997.

idealistisch klingenden, aber wahrhaftig notwendigen Leitmotivs der Völkerverständigung. Sondern auch, weil das Dreieck auch „geographisch“²¹³ vervollständigt wurde.

Angesichts dieser Bestandaufnahme erscheint im Spektrum der direkt von Regierungsebene ausgehenden trilateralen Kulturkooperation ein gewisser Negativparadox auf, der die Effektivität dieser Art von Kooperation auf den Prüfstand stellt: entweder scheitern die breit angelegten, ein breites Publikum anvisierenden Initiativen, oder aber sie sind erfolgreich, was aber bisher nur der Fall von solchen Veranstaltungen war, die sich an Eliten oder Intellektuelle wenden.

Darüber hinaus fällt allgemein, die geringe Anzahl an erfolgreichen oder -losen, Initiativen, auf. Neben den staatlichen, aber relativ uneffektiven Institutionen, und dem äußerst effektiven, jedoch nur die Jugend anvisierendes DFJW, ist der Prozess der Kulturkooperation innerhalb des Weimarer Dreiecks auf nicht-staatliche Kulturträger angewiesen.

²¹³ Rivière, ebd., S; 56.

4.3. Trilaterale Kulturinitiativen von nicht-staatlichen Kulturträgern

Doch auch unter den Kulturveranstaltungen aus eigenen Mitteln waren - zumindest die ersten - an ein elitär-intellektuelles Publikum gerichtet. Vor dem Umbruch und der unüberwindbaren Blockteilung, als sie eben am notwendigsten war, kam solch eine - darüber hinaus trilaterale - kulturelle Überlegung kaum zustande.

Doch eben weil die Teilung der Welt historisch bedingt war, erstaunt es kaum, dass die erste registrierte Initiative eine solche war, die geschichtlich bewusste Historiker aus den drei Ländern dazu bewegte, durch Erläuterung eben der für den Zustand in Europa verantwortlichen Fakten einer Lösung durch gemeinsamen Dialog und Reflexion näher zu kommen. 1986 versammelte Heiner Timmermann Historiker und Persönlichkeiten zu einem Gedankenaustausch über die Beziehungen zwischen Deutschland, Frankreich und Polen nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Beiträge wurden im Band versammelt, dass zum historischen Grundriss dieser Arbeit diente²¹⁴. Den unermesslichen Wert zog dieses Buch in seiner Vorreitereigenschaft, die schwierigen Probleme der Vergangenheitsbewältigung auf drei Länder gleichzeitig zu beziehen. Rivère zufolge gab dieses Treffen anderen Historikerseminaren sowie ab den 90er Jahren universitären Veranstaltungen den Anstoß.

Sobald der universitäre Bereich oder derjenige der oben genannten Rahmenorganisationen verlassen wird, wird auch die Stellungnahme zur Kultur besonders schwierig, und ist demzufolge von solchen Kulturträgern abhängig, die über die finanziellen Mittel verfügen.

Als besonders bemerkenswert angesichts des Niveaus der geleiteteten Arbeit sei hier der Verein Villa Decius in Krakau genannt. Der Verein wurde 1995 ins Leben gerufen, und realisiert Stipendienprogramme, Kurse, Symposien und kulturelle Veranstaltungen. Ihm gehören bedeutende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft an. Häuser, die ihre Gäste in mehreren Gebäuden beherbergen, wie z.B. das Erasmus Haus für Erasmus Studenten der Europa-Schule Decius, legt Wert darauf, Menschen aus verschiedenen Ländern und mit unterschiedlichen Interessen zu Gast zu haben. Besonderes Interesse schenkt der Verein den Fragen des interkulturellen Managements, der Rolle der Kultur in der heutigen Gesellschaft, der internationalen kulturellen Zusammenarbeit den Aufgaben der Schriftsteller und Übersetzer im gesellschaftlichen Dialog und der europäischen Integration.

²¹⁴ Timmermann, ebd..

Das Weimarer Dreieck und dem innehaltende Fragen wie die der Osterweiterung der EU und der Beitritt Polens sind privilegierte Fragen, die immer angesichts der Verflechtungen Polens mit seinen politischen Dialogpartnern erfolgt. Berühmt wurde die Villa durch die „Europäischen Gespräche am Kamin“. Deren Themen sind, wie im November 2000, „Das Demokratiedefizit in der Europäischen Union“. Perspektiven einer demokratischen Entwicklung“, oder, besonders auf Polen bezogen, „Polens Mitgift. Was bringt Polen in die EU?“, sowie im Bereich des Kulturmanagements, „Public-Private-Partnership, Formen der Zusammenarbeit bei privaten und öffentlichen Kulturinvestitionen in Deutschland, Österreich und Polen.“. An solchen Veranstaltungen nehmen Experten wie Henri Menudier, Rudolf von Thadden, Dieter Bingen, usw. teil. Der entstehende Dialog ist für europäische Fragen besonders aufschlussreich. Doch auch hier kommt dasselbe Problem wie das obige zum Vorschein: Beim Verein Villa ist der Anspruch auf einen Dialog der Eliten in den Leitlinien festgeschrieben²¹⁵.

Einer der größten Förderer der Villa Decius und deren u.a. literarischen Initiativen ist die Robert-Bosch-Stiftung, die auf dem Gebiet der Völkerverständigung absolut wegweisend ist. Zwar sind auf diesem Gebiet unzählige - meistens deutsche - Stiftungen tätig, doch unterscheidet sich die Bosch-Stiftung durch ihr Engagement für Mittel- und Osteuropa, und die tri- bzw. multilateral angesetzten Tätigkeitsfelder, von den meisten anderen Stiftungen.

Besonders waren die Förderung trilateraler Projekte mit Frankreich und Polen bereits vor dem Umbruch in Europa. „Nach der Konstituierung des ‘Weimarer Dreiecks’, so Dr. Rogall in der Einführung zur Bilanz deutsch-polnischer Beziehungen 1974-2000, „[...] ist es ein Anliegen der Stiftung, diese politische Verbindung durch Förderung entsprechender Projekte mit einem soliden Fundament zu versehen“.

Die Robert-Bosch-Stiftung muss, wie es nicht anders möglich ist, auch für ihre Programme eine Auswahl der Teilnehmer treffen. Doch erstens ist ihre Anzahl sehr hoch. So sind z.B. derzeit weit über 100 Lektoren in Ländern Mittel- und Osteuropas tätig, die neben den Lehrtätigkeiten ihre Kultur an die dortige Bevölkerung näher bringen und so zum besseren Verständnis der begegneten Personen für die eigene Kultur beitragen. Doch, und dies zeichnet die Philosophie der Stiftung aus, es wird auf das Erlernen der fremden Sprache durch den Lektor bestanden, so dass dieser bei seiner Rückkehr selber ein Stück der mitgebrachten Kultur vermitteln und weitergeben kann.

Das Ziel der Stiftung ist demzufolge vor allem die Formation von sogenannten *Multiplikatoren*: da es nie möglich sein wird, eine derartige Arbeit der Völkerverständigung

²¹⁵ Informationen aus Broschüren und Veröffentlichungen der Villa Decius sowie Gespräche mit einer

durch elfeinige Aktionen an besonders breite Schichten der Bevölkerung zu vermitteln, soll dies durch Vervielfältigung, Multiplikation, erreicht werden.

Die Formation solcher Multiplikatoren ist auch Sinn der Begegnungen, die vom BILD (Bureau International de Liaison et de documentation) in Zusammenarbeit mit der GÜZ (Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit, und dem Europejskie Centrum Wspolpracy Mlodziezy organisiert wurden, drei Institutionen, die sich in ihren Ländern mit europäischen Fragen beschäftigen und die Resultate durch trilateralen Dialog ergänzen und an Personen weiterbringen wollen, die selber in ihrem Beruf als Journalisten die Rolle solcher Multiplikatoren erfüllen und die Ideen an eine maximale Anzahl von Personen weitervermitteln²¹⁶.

Genau dies ist ebenfalls eine der Rollen des DFJW. Somit wird ersichtlich, dass alle der hier genannten Organisationen im Grunde genommen dasselbe Ziel verfolgen.

Doch angesichts dieser Bestandaufnahme, die auf keinen Fall vollständig sein konnte, ist es an der Zeit, diese zahlreichen Initiativen auf ihre Effektivität zu prüfen.

Mitarbeiterin.

²¹⁶ *La Pologne, partenaire de demain. Forum pédagogique franco-germano-polonais. Torun-Varsovie 24-30 juin 1995.*

TEIL III BILANZ UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN

1. Bilanz

Eine Bilanz über die Kooperation im Weimarer Dreieck zu ziehen ist, um Kolbooms Worte aufzunehmen, eine Sache der „Definition des Erwartungshorizonts“.²¹⁷ Bleibt man auf der rein faktischen Ebene der Betrachtung, erscheint die Weimarer Diplomatie ihr Ziel weitgehend erreicht zu haben. Die vorgesehene Institutionalisierung der Begegnungen und Konsultationen hat effektiv stattgefunden und es wurden aufgrund trilateraler Konsultationen sogar gemeinsame Ideen entwickelt. Dies war der erklärte Sinn des Weimarer Geistes.

Doch bleibt die Frage nach dem Wert dieser durch die Theoretiker der außenpolitischen Planungsstäbe der drei Länder entstandenen Denkansätze. Die meisten kritischen Beobachter sprechen von einer „Seifenblase“.²¹⁸

Auf militärischer Ebene sind die Entscheidungen einen rhetorischen Weg gegangen. Selbst wenn die sicherheitspolitische Kooperation erst relativ spät einsetzte, sind in keinem anderen Bereich des Dreiecks erarbeitete Projekte dermaßen effektiv durchgeführt worden. Das oberste sicherheitspolitische Ziel der Integrierung Polens in die NATO ist seit 1999 erreicht. Und eben dieses erreichte Ziel zeigt bereits die Grenzen dieser Kooperation: seit 1999 scheint das Interesse an trilateraler Absprache, geschweige denn trilateralen Initiativen zugunsten regionaler Initiativen, abzuflauen. Dass diesem aber kein Ende gesetzt werden darf, erweist sich darin, dass die „operativen Ergebnisse nicht den Stand der deutsch-dänisch-polnischen militärischen Zusammenarbeit erreichen, die im September 1999 mit der Aufstellung des Multinationalen Korps Nordost“ einen Höhepunkt erreicht hatte und „einen weiteren Schritt in die institutionelle Ausformung“²¹⁹ zeigte. Ein solcher Schritt, mit z.B. der definitiven Aufstellung eines deutsch-französisch-polnischen Korps, oder dem Beitritt Polens zum Hohen deutsch-französischen Sicherheitsrat, hat noch nicht stattgefunden.

²¹⁷ Kolboom, Ingo, *Das Weimarer Dreieck: Lust oder Frust zu dritt?*, ebd., S.23.

²¹⁸ So z.B. Pierre-Antoine Donnet, Direktor des AFP-Büros in Warschau, in einem Gespräch mit dem Verfasser. Diese Meinung vertreten aber sogar hohe Diplomaten: während der Gespräche in der französischen Botschaft in Warschau wurden dem Verfasser die inoffiziellen Meinungen bezüglich z.B. des ersten Treffen der Finanzminister offenbart. Fabius habe zwar das Weimarer Dreieck als eine Reflex, bezeichnet, doch war das Treffen von vornherein als Diskussionspodium zu bilateralen Angelegenheiten abgesprochen worden. So war Fabius hauptsächlich der Gedanken gekommen, den Verkauf der größten Zuckerraffinerie Polens an Sucre St Louis zu ermöglichen.

²¹⁹ Baas, Norbert, *Das Weimarer Dreieck. Von regionaler Kooperation zu europäischer Integration*, *Internationale Politik*, 11/1999.

Dennoch erscheint diese Bilanz positiver als die des Bereiches der Kulturkooperation. Dies nicht nur, weil nur eine nennenswerte trilaterale Initiative entstehen konnte, die von einem indirekt regierungsabhängigen Institut ausging. Doch diese und andere Initiativen erreichen nur ein sehr begrenztes, elitäres Publikum, oder scheitern, noch bevor sie aufgebaut wurden. Allein das DFJW erzielte Resultate, die sogar über die erhofften Perspektiven hinaus gingen. Hinzu kommt noch die Rolle, die das Jugendwerk als Vermittler spielt, zwischen staatlichen und privaten Kulturträgern, als Koordinator zwischen den Initiativen von oben und denen von unten.²²⁰

Unter diesem Begriff sind alle nichtstaatlichen Kulturträger zusammengefasst. Bei ihnen liegt die große Chance zu einer Weiterentwicklung der Kulturkooperation und gemeinsamen Kulturinitiativen, denn ihr an keine Verpflichtungen gebundenes Engagement zeigt die Bereitschaft, sich effektiv für die Sache einzusetzen. Und bei ihnen liegt ebenfalls das notwendige finanzielle Potential, sowohl in den Händen der privaten wie auch politischen Stiftungen. Und wenn sich die meisten Stiftungen, wie die Friedrich-Ebert- oder die Konrad-Adenauer-Stiftungen (bzw. auch die bis 1999 aus staatlichen Mitteln finanzierte, nun nach Wegen der Eigenfinanzierung suchende Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit) für den europäischen bzw. auch Weimarer Konsens einsetzen, wird bei bestimmten Stiftungen wie der Robert-Bosch-Stiftung konkret auf eben dieses Ziel hingearbeitet.

Die Qualität der in dieser Arbeit aufgezählten Initiativen (viele wurden zwar nicht zitiert, deshalb aber auch nicht vergessen, wie z.B. das Hinwirken des Studentenwerks Göttingen auf trilaterale Begegnungen zur Verbesserung des universitären Dialogs zwischen den drei Ländern des Dreiecks) darf kaum in Frage gestellt werden.

Doch wie kann ihrem unzureichenden Volumen entgegengewirkt werden?

2. Lösungsansätze im Bereich Kulturkooperation

Einer der Lösungsansätze besteht in dem Versuch, die Ergebnisse der Kulturkooperation an weitere Schichten der Bevölkerung zu vermitteln. Den bisherigen Zugang finden lediglich die Meinungsmacher im universitären, pädagogischen, und politischen Bereich. Angesichts der begrenzten Lage der Möglichkeiten, sind sie die einzigen Multiplikatoren, deren Wahrnehmung der Probleme und ihr entsprechendes Engagement gefördert werden können. Den breiten Schichten der Bevölkerung jedoch bleiben die Ergebnisse der Reflexionen meist

²²⁰ Rivière, ebd., S. 62.

unzugänglich Auf privater Ebene scheint deshalb ein Leitsatz von größter Bedeutung zu sein: „Vernetzung“.

Dieses Stichwort wird z.B. allen Robert-Bosch-Lektoren während den Vorbereitungsseminaren, in ihrer Eigenschaft als Multiplikatoren, als eine der wichtigsten Prioritäten und die vielleicht größte Erwartung der Stiftung, eingeprägt.

In der Tat haben die vielfältigen Forschungsreisen, -lektüren und -gespräche einen Sachverhalt gezeigt, der den Verfasser auf die ganze Bedeutung des Bosch-Prinzips aufmerksam gemacht hat. Sei es sowohl bei den Kulturträgern an sich, den Spezialisten, den Förderern: überall tauchen immer dieselben Namen, Institutionen, Zeitschriften, und Zielgruppen auf. Es erscheint jedoch als erwiesen, dass die meisten unter ihnen nur über einen Teil der anderen, in diesem Umfeld der „Weimarer Förderung“ - in jedem Sinne des Wortes: finanzielle, intellektuelle - tätigen Mitstreiter informiert sind.

Die Förderung dieser Vernetzung könnte z.B. zur Aufhebung solcher Sachverhalte beitragen, sowie die Tatsache, die ein französischer Journalist äußerte, dass weder die Friedrich-Ebert-Stiftung noch die französische Fondation Jean Jaurès gemeinsame, in den Rahmen des Weimarer Dreiecks fallende Initiativen ergreifen.²²¹

Eine bessere Vernetzung, die eine gesteigerte Abstimmung und Koordinierung, zur Folge hätte, könnte zumindest zur Erweiterung des Ideenforums beitragen.

Eine Ausgabe der „Gespräche in der Villa Decius“ hatte zum Thema die bessere Abstimmung der staatlich-öffentlichen und der wirtschaftlichen Förderung durch Sponsoring. Es zeigte, inwiefern das Bundesland Sachsen mit der *Kulturstiftung des Freistaates Sachsen* die „Zukunft des Kulturangebots in Sachsen sichern möchte“, und welche Verantwortung die Regierung sich bei diesem Anliegen selbst auferlegt hat²²². Des weiteren wurde auf das beispielhafte Unternehmen des Kulturkreises der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der deutschen Industrie hingewiesen.

So vorbildlich diese Initiativen auch erscheinen, taucht dennoch die Frage auf, ob es nicht möglich wäre, diese staatlichen und privaten Strukturen mit ihren Äquivalenten in den Partnerstaaten in Verbindung zueinander zu setzen und ihre Aktionen zu koordinieren²²³

²²¹ Gespräch mit Pierre Antoine Donniet, ebd.

²²² Vgl. hierzu den Beitrag von Sonja Vandenrath, Kulturstiftung des Freistaates Sachsen, Gespräche in der Villa Decius, 3.-5. April 1998.

²²³ Das oberste Ziel der Kulturförderung sollte dann auch die Überwindung des eigentlich die wirtschaftliche Kooperation verhindernden Konkurrenz-Zustands ermöglichen:., der diese Kooperation auf Weimarer Ebene verhindert Gespräch mit Axel Baoux, Poste d’expansion économique der französischen Botschaft in Warschau.

Eine solche Vernetzung erscheint auch auf staatlicher Ebene. Vor allem, weil die Idee von „Kultur“ anscheinend auf die abstrakteste Art behandelt wird. So scheiterte die Zusammenarbeit zwischen Goethe-Instituten oder das große Projekt eines trilateralen Kulturhauses in Warschau an der Unfähigkeit, die *per definitio* auf nationale Interessen ausgerichteten Kulturpolitiken - oder zumindest ihrer Prioritäten - und ihre Finanzierungsweisen zu vereinbaren.

Doch diese Vorschläge treffen auf das oben bereits erwähnte nationale Interesse der Staaten an *ihrer* Kulturpolitik. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass Kulturaustausch vollkommen unberechenbar ist und nicht in einen politischen Prozess eingezwungen werden kann. Kultur im fremden Land kann nicht nur nach den Vorstellungen des durch einen befragten Kulturmanager als Kulturpolitiker bezeichneten Beamten, durchgeführt werden.

Weiterhin würde eine „intelligente Strategie des Staates“ darin bestehen, „mehr Mittel in die Auswärtige Politik fließen zu lassen. Ein geeigneter Weg ist die Stärkung des Dritten Sektors, das Instrument einer tiefgreifenden Reform des Stiftungs- und Stiftungssteuerrechts zu nutzen, die sich nicht zuletzt positiv auf den Kulturbereich auswirken würde“²²⁴.

Darüber hinaus scheint ein weiterer Faktor die Kulturentente im Dreieck zu erschweren, nämlich die Orientierung Polens an EU-Kulturförder-Maßnahmen, obwohl dies nicht konkret in den Aufgabenbereich der EU fällt.²²⁵

Die europäische Dimension weist andere Probleme auf, die zeigen, dass gewisse Themenbereiche nicht auf nationaler, nicht einmal auf bi-oder trilateraler Ebene gelöst werden können, sondern nur im größtmöglich angelegten Multilateralismus, wie z.B. das Thema der internationalen bzw. europäischen universitären Kooperation. Der ehemalige Geschäftsführer des STW Göttingen betonte am 1.9.2000 auf einer Konferenz in Portugal, dass „der interkulturelle Austausch in Europa eine notwendige Ergänzung zum Fachstudium“ sei. Doch um diesen Austausch zu ermöglichen, muss dem Studierenden erst die Anerkennung seiner im Ausland geleisteten Arbeiten gewährleistet werden. Ein solches System der Äquivalenzen zwischen lediglich drei Staaten wäre wenig sinnvoll, da es den Studierenden zu einem Aufenthalte in einem der jeweiligen Länder zwingen würde. Doch es könnte eine Ergänzung, , vielleicht sogar eine vorläufige Alternative zur noch in Arbeit stehenden Erarbeitung des ECTS²²⁶ (European Credit Transfer System) darstellen. Auch

²²⁴ Leonhardt, Silke, *Schärfung des Profils. Die deutsche Auswärtige Kulturpolitik*. Internationale Politik, 11/1995. Die Autorin weist darauf hin, das in den USA 90 % der Förderungsmittel aus nichtstaatlichen Mitteln kommt. Der Anteil in Deutschland beträgt...5%...

²²⁵ Gespräch mit S.E. M. de Thomas, Botschafter der EU in Polen.

²²⁶ Reveillon, Antoine, *Vers une 'monnaie unique' de la connaissance*, LeMonde, 29.5.2001

Initiativen wie die der deutsch-französischen Hochschule in Saarbrücken oder der Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, müssen sich - dabei gehören sie bestimmt zu den Vorzeigehochschulen in Europa, an denen dies bereits der Fall ist - spätestens bei endgültigem Eintreten dieses europäischen Systems anpassen.

Die hier aufgeführten Anregungen und Überlegungen bieten freilich keine Lösung an sich. Im Endeffekt führen sie lediglich auf die nächste Ebene der Fragestellung des Problems. Besteht die Antwort auf die oben gestellte Frage über die Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Kulturkooperation in der Antwort, dass neue Impulse angeregt werden müssen, so kann auch hier, indirekt, genau dieselbe Frage gestellt werden: wo, durch wen und mit welchen Mitteln sollen diese Impulse gegeben und an die betreffenden Stellen, bzw. Personen, weitergeleitet werden?

Die Antwort hierauf ist sicher die komplizierteste dieser Arbeit. Denn die gegebenen Lösungsvorschläge werden meistens lächelnd abgewiesen oder als idealistisch, utopisch, ja sogar lächerlich bezeichnet (vgl. z.B. unten, „Ausblick“). Denn die einzig wirksam scheinende Lösung bestände in radikalen Maßnahmen, welche die Partnerstaaten regelrecht *zwingen* würden, ihre Gegensätze zu überwinden. Die Vergangenheit hat am Beispiel der - immer neu aufgeführten - deutsch-französischen Zusammenarbeit gezeigt, dass sich Staaten sehr wohl solch einen Zwang selber auferlegen können. Schließlich haben Frankreich und Deutschland bereits 1954 ein Kulturabkommen abgeschlossen, dessen Ineffektivität sie dann unter der Berücksichtigung der Notwendigkeit der Überwindung der noch existierenden Gegensätze zwischen ihren Gesellschaften zu den kulturellen Klauseln des Elysée - Vertrages veranlasste.

Die Konstellation Deutschlands, Frankreichs und Polens ist im Grunde genommen sehr wohl mit der damaligen vergleichbar. Die Unverbindlichkeit, die der Konsultationscharakter den Weimarer Treffern gibt, ist bestimmt eine der Ursachen für das, was von vielen Ansprechpartnern als mangelndes Interesse der drei Länder gedeutet wurde.

Ist hier ein neuer, trinationaler Elysée-Vertrag notwendig? Warum werden keine „Weimar-Koordinatoren“ bei den drei Regierungen eingestellt? Eine solche Funktion hat sich bereits bewährt, wie es das Beispiel Rudolf von Thaddens, dem Koordinator für deutsch-französische Angelegenheiten im Bundeskanzleramt, beweist.

Sonja Vandenrath zitierte in der Villa Decius die *Kulturpolitische Gesellschaft*, die in ihrem Programm die Stellung einnahm, dass „die Kulturpolitik der Zukunft plural, kommunikativ

und bürgerorientierter ist und ein hoheitliches Selbstverständnis ausschließt". Damit sei auch gemeint, so Vandenrath, dass mit der Lastenverteilung von Kunst und Kultur auf mehrere Schultern, die öffentliche Seite Macht abgibt und sich von einem Zuwender zu einem Partner und Moderator zu ändern lernt. Das von Vandenrath vorgestellte Schema ist genau jenes, welches in einer Art trilateralen Kulturbehörde geleistet werden müsste. Die *ideale* oberste Struktur müsste dann genauso wie folgt aussehen: „Ohne Steuerungsfunktion muß die öffentliche Verwaltung mehr und mehr Dienstleistungsaufgaben übernehmen und Förderer aus Wirtschaft und Stiftungen Projekte vorschlagen oder gar gemeinsam mit ihnen entwickeln." Und um den Souveränitätsproblemen der verschiedenen Staaten mit ihrer jeweiligen Kulturhoheit zu begegnen, müssten solche „Partnerschaften" nicht auf wechselseitigen Sympathien basieren, sondern es müssten Kooperationen durch genau definierte und vertraglich geregelte Absprachen delegiert werden, um die Risiken enttäuschter Erwartungshaltungen oder gar die eines Scheiterns so gering wie möglich zu halten"²²⁷. Genau dieser Prozess würde durch einen solchen Koordinator übernommen werden.

Und so idealistisch oder schier unrealistisch solche Gedanken auch zu sein scheinen, sie sind angesichts des Mangels an kultureller Verständigung unter den europäischen Völkern hochaktuell und notwendig.

Sollten die Regierungen die Macht des „*Soft-Power*“s Kultur neu erkennen, so könnten sie diese Kraft verstärkt dort einsetzen, wo sie dringend benötigt wird. Dadurch könnten „Sympathien" verstärkt, die Einsicht in den notwendigen Aufbau vertieft und bei der Vermittlung von gesellschaftlicher und staatlicher Identität geholfen"²²⁸ werden.

Hiermit könnte den Problemen begegnet werden, die auch noch auf bilateraler Ebene den Aufbau der EU behindern. Dabei handelt es sich vor allem immer noch um die deutsch-polnische, gegenseitige Skepsis, die in Polen die Angst vor der Übermacht Deutschlands sowie die Angst vor der Notwendigkeit einer Übergangsphase für die Einwanderungsregelung in die EU verständlich machen,²²⁹ dagegen in der BRD die Angst vor befürchteten Völkerwanderungen tilgen könnte (vgl. z.B. die Rede Kohls diesen Sommer, in der er an die Reaktion der Deutschen beim Beitritt von Spanien und Portugal in die EU erinnerte, die heutzutage als Selbstverständlichkeit gilt).

²²⁷ Vandenrath, ebd.

²²⁸ Baas, ebd., S; 43.

²²⁹ SZ, Nr. 138, 19. Juni 2001.

Aber auch in deutsch-französischen Fragen könnte eine verstärkte trilaterale Diskussion Früchte tragen, indem es das eindämmende Interesse in beiden Völkern für den Hauptpartner mit trilateralen Impulsen neu entfachen könnte.

So kommt dem Weimarer Dreieck eine Funktion zu, welche die deutsch-französische Kooperation innehatte: die eines Motors innerhalb des Motors. Dieser soll nicht nur den Trilateralismus fördern, sondern wie einst das deutsch-französische Binom, über den Bilateralismus hinaus, einen Beitrag zu einem höchstmöglichen Multilateralismus leisten.

Diese Dynamik ist heute zur Stärkung der europäischen Identität nötig, vor allem in Hinsicht auf die in den Bevölkerungen so dramatisierend wirkende Osterweiterung.

Ein paar Tage vor Abschluss dieser Arbeit erschien im "Courrier International" ein Artikel mit dem Titel „Faut-il craindre l'Allemagne“, der auf das Risiko einer steigenden Macht Deutschlands innerhalb der EU und auf die Ängste der Nachbarländer hinwies. Vor 15 Jahren sowie in der gesamten Nachkriegszeit konnte Frankreich dieses sein Problem alleine meistern. Doch nur eine gemeinsame Solidarität wird es heute ermöglichen, diese neu aufflammenden Ängste um Deutschland nicht als neue Bedrohung in das kollektive Wahrnehmungsvermögen einzuschließen.

Die absolute Notwendigkeit des Aufbaus eines solchen kollektiven Gefühls machte auch Nicole Fontaine, Vorsitzende des Europarates in Strasbourg, angesichts der tragischen Ereignisse in den USA, deutlich. Ein Instrument zu dieser Stärkung bilden Einrichtungen wie das Weimarer Dreieck.

Schlussfolgerung

Erstes Ziel dieser Arbeit war, das Weimarer Dreieck als ein Instrument der Kooperation darzustellen, das sich nach der Konvergenz von verschiedenen Faktoren als logische Folge aus den Wirren von 1989-1990 herauskristallisierte.

Einerseits entstand das Weimarer Dreieck in der Tat zu dem Zeitpunkt, als die drei Prozesse, die innerhalb der drei deutsch-französischen, deutsch-polnischen und polnisch-französischen Bilateralismen, die von ihrer jeweiligen Blockzugehörigkeit befreit aufeinander stießen und mit eben dieser Freiheit sowie der deutschen Einheit konfrontiert wurden.

Andererseits war das Weimarer Dreieck sowohl in die Kontinuität der deutsch-französischen Zusammenarbeit wie in die der ostpolitischen Auseinandersetzung einzuordnen.

Ab Ende des Krieges standen sich zwei Staaten gegenüber, die einander brauchten, sich aber gleichzeitig im Wege standen. Frankreich brauchte Deutschland, um des wirtschaftlichen Willens wegen. Deutschland sah in einer *Kooperation* mit Frankreich die Möglichkeit der Wiedererlangung einer gewissen Souveränität durch die legitimierende Bindung an de Gaulle. Von diesem Zeitpunkt an waren Frankreich und Deutschland aneinander gebunden und hätten sich auch in den späteren Krisen nicht voneinander lösen wollen - und können.

Doch gerade vor dieser gemeinsam erarbeiteten neuen deutschen Souveränität fürchtete sich Frankreich. Deutschland musste, wenn schon nicht wirtschaftlich, so doch wenigstens politisch schwach bleiben. Denn durch Deutschlands Schwäche und den bestehenden *Status-Quo* bekam Frankreich die Möglichkeit, genau in der Frage des von den internationalen Gegebenheiten abhängigen Deutschland zwischen den zwei Supermächten eine Vermittlerrolle und eine gewisse Bedeutung auf dem Kontinent zu erlangen. De Gaulle verfolgte so seine für Frankreich so wichtigen *Statusstrategien*. Gleichzeitig versuchte er, im Rahmen seiner Primate der *grandeur et independance*, sich von den USA loszubinden und mit Hilfe der Sowjetunion der BRD entgegenzuwirken. Bis 1969 folgten Frankreich und die BRD ostpolitisch unterschiedlich motivierten Wegen, die vor allem von der bedingungslosen *Westorientierung Adenauers* bedingt waren. In dieser Periode schenkte die BRD dem für Frankreich so wichtigen Osteuropa kaum Bedeutung, wobei Westdeutschland stets auf den französischen Nachbarn Rücksicht nahm..

Mit der Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre eintretenden *Entspannung* zwischen den beiden Großen einerseits und dem *politischen Wandel in der BRD* ab 1966 andererseits, verliefen die Rollen umgekehrt: Gleichzeitig und aus denselben Gründen verlor Frankreich schlagartig seine Sonderposition, und Deutschland konnte sich somit ostpolitisch emanzipieren. Die *neue deutsche Ostpolitik* schien die alten, historisch bedingten *incertitudes allemandes* neu aufflammen zu lassen. Dies wurde auch dadurch verstärkt, dass 1966 und 1969 mit den Regierungswechseln und vor allem 1970 durch die *Ostverträge* ebenfalls den Beginn der *Normalisierung* der Beziehungen zu Polen und der Sowjetunion markiert wurden. Ob dies eine französische Überbewertung der Ereignisse war, bleibt offen. Wollte Frankreich den Bezug zu Osteuropa und die Kontrolle über den deutschen Nachbarn behalten, ohne im deutschen Schatten unterzugehen, blieb dem geschwächten Frankreich keine andere Wahl, als zu versuchen, sich am deutschen ostpolitischen Prozess zu beteiligen.

Als gleichzeitig die Verhandlungen um die *KSZE-Konferenz* begannen, wurde Frankreich die Möglichkeit gegeben, durch die *Multilateralisierung der internationalen Sicherheitspolitik* und seiner Ostpolitik, Deutschland in den gesamten Prozess immer fester einzubinden. Frankreich und Deutschland begannen, ihre ostpolitischen Initiativen in Ansätzen abzusprechen.

Durch die Ereignisse *1980-1981* nahm die *polnische Variable* eine bestimmende Funktion in den deutsch-französischen Beziehungen ein. Die Reaktionen beider Länder auf die Krise drohte den erreichten Konsens zu verlieren. Doch genau diese extreme, vielleicht schwerste Krise in den deutsch-französischen Beziehungen schweißte die beiden Partner enger zusammen als je zuvor. Sie schienen in der Lage, ihre Euro-Kooperation auch auf den ostpolitischen Prozess ausweiten zu können. Auch die Spannungen bezüglich der INF-Verhandlungen und die französischen Befürchtungen um einen *deutschen Neutralismus* und dem damit verbundenen deutschen *Abdriften nach Osten* konnten diese Übereinkunft nicht in entscheidendem Maße von den gemeinsamen Angehensweisen abbringen.

Der polnische Völkerfrühling war 1988 nicht nur für den Umbruch in Europa, sondern auch für den definitiven Beginn einer gemeinsamen deutsch-französischen Ostpolitik ausschlaggebend.

Mit der Wende trat eine Wiederholung des selben Spiels von Legitimierung und Gebrauchtwerten ein, das dem Schema der deutsch-französischen Euro-Kooperation nach

dem Krieg und im Laufe der Ostpolitik gleichkam. Nur war dieses Spiel nun trilateral, unter Miteinbeziehung Polens angelegt, wobei Ende der 80er Jahre eine deutsch-französische Rollenverteilung stattfand.

Deutschland brauchte Frankreich, um sein Vorgehen im Osten freizusprechen. Frankreich brauchte Deutschland, um so einen Zugriff auf den Osten und die Kontrolle über Deutschlands Absichten zu haben. Polen brauchte Frankreich und Deutschland als Stützen zur Einbindung in die westlichen Integrationsstrukturen, und es brauchte Frankreich zur Kontrolle des großen Nachbarn. Indirekt brauchte Polen also Deutschland sogar, um ein weiteres Verhältnis zu Frankreich aufrecht erhalten zu können. Und Deutschland brauchte wiederum Polen als Brücke in den Osten. Diese Brücke sollte allerdings nicht nur von Deutschland, sondern von der EU allgemein genutzt werden. Ende August 1991 entstand das Weimarer Dreieck, das die deutsch-französisch-polnische Kooperation auf den Gebieten der Sicherheit, der Politik, dem Transportwesen und der Kultur institutionalisierte und aufeinander abzustimmen versuchte.

Nach zehn Jahren des Bestehens fällt die bilanzierende Bestandsaufnahme der Errungenschaften des Weimarer Dreiecks bescheiden aus. Eine Bescheidenheit, die angesichts der tri-, aber auch der multilateralen Bedeutungen der Kooperation unverständlich bleibt.

Angesichts der absoluten Notwendigkeit, die dieses Kooperationsinstrument Anfang der 90er Jahre einnahm, eben so wie auch die deutsch-französische Zusammenarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg, und angesichts seiner beinahe logisch erscheinenden Einfügung in den Prozess der deutsch-polnisch-französischen Beziehungen, sind Mittel zur Behebung dieses Zustandes unumgänglich geworden. Eine besondere Rolle kommt hier der Kultur zu.

Denn das Weimarer Dreieck steht wie einst die deutsch-französische Kooperation vor seiner sicherlich größten Herausforderung, die darin bestehen *muss*, den Integrationsprozess zu fördern.

Ohne eine möglichst weitreichende Integration wird dieses politische, sicherheitspolitische und mehr denn je kulturpolitische Vorhaben nicht zu meistern sein.

Ausblick

Im deutsch-polnischen „Magazin Dialog Nr. XIV 2000“ erschien eine sehr kritische Reportage über eine Bestandaufnahme der deutsch- polnischen Beziehungen. Dr. Roland Freudenstein und Henning Tewes, vom Warschauer Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung, verfassten die Studie mit dem Titel „In die Zukunft investieren. Strategie für einen Neubeginn in der deutsch-polnischen Partnerschaft“, die an Meinungsmacher und Entscheidungsträger verschickt wurde. Die Resultate von Freudensteins und Tewes' Bestandaufnahme sind mit denen vergleichbar, die hier über die trilaterale Kooperation entstanden sind, was ebenfalls einem Gespräch mit Dr. Freudenstein zu entnehmen war. „Von ‘wachsender Entfremdung’, ‘fehlenden Visionen’ und einer ‘deutlichen Verschlechterung’ ”, bezogen auf die deutsch-polnischen Beziehungen, sei in der Studie die Rede. Die Ähnlichkeit zu unserer Schlussfolgerung ist frappierend. Dass einer der Gründe ein „fehlendes klares Konzept für die Politik gegenüber dem zweitgrößten Nachbarn Deutschlands und dem größten Beitrittskandidaten“ sei, erstaunt angesichts unserer Resultate also kaum noch.

Dementsprechend könnten die Resultate von Freudensteins und Tewes Studie auf die unsrige problemlos angewandt werden. Die konkreten Vorschläge der beiden Autoren „reichen von gemeinsamen Ausschusssitzungen von Bundestag und Sejm über die Vernetzung der Eliten, der Schaffung eines Instituts für Deutschlandstudien in Polen, Stipendien, spezielle Grenzprojekte bis hin zur Berufung eines Koordinators für die deutsch-polnische Partnerschaft im Bundeskanzleramt.“

Der Journalist Daniel Brössler bezeichnet zwar die „Grundlage für eine Diskussion“, welche die Verfasser geschaffen haben, als „fundiert“, stellt aber auch halb ironisch und beinahe ungläubig klingend die Frage, ob sie „die segensreiche Wirkung neuer Institutionen nicht ein wenig überschätzen“. Die Antwort auf diese Vermutung kann nur ein lautes „NEIN!“ sein.

Vandenrath erklärte im oben benannten Vortrag, um den Hemmungen bezüglich der Kulturkooperation entgegenzuwirken, sei eine „engagierte“ und vor allem „offensive“ Vorgehensweise nötig. Der Verfasser erwartet ungeduldig seine Zeit als Bosch-Lektor, als also politisch vollkommen neutraler Ansprechpartner, in Krakau, der Stadt, die in dieser Arbeit am häufigsten genannt wurde. Bereits einfache Kontaktaufnahmen zeigten das Interesse der französischen und deutschen Kultureinrichtungen, gemeinsame Projekte aufzubauen. Es fehle ihnen lediglich eine Person, welche die Koordinierung übernehme!

BIBLIOGRAPHIE

Sachbücher

- Bigot, André / Schmidt, Peter / Schütze, Walter (Hrsg.), *Sicherheits- und Ostpolitik: Deutsch-Französische Perspektiven*, Bd. 12, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1989.
- Hieraus Beiträge von:
- Kolboom, Ingo, *Der Blick nach Osten – von der französischen „Détente“ und der deutschen „Ostpolitik“ zu einer gemeinsamen Öffnung nach Osten?*
- Klein, Jean, *Die Chancen für eine deutsch-französische Zusammenarbeit bei der Abrüstung.*
- Bingen, Dieter, *Die Polenpolitik der Bonner Regierung von Adenauer bis Kohl 1949-1991*, Schriftenreihe des Bundesministeriums für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, Bd. 33, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1998.
- Buda, Dirk, *Ostpolitik à la française. Frankreichs Verhältnis zur UdSSR von De Gaulle zu Mitterand*, Verlag Arbeit und Gesellschaft, Marburg, 1990.
- Famulicki, Jean-Claude, *L'obsession de l'Oder-Neisse*, in: *L'Allemagne vue d'ailleurs*, Korinmann (Hrsg.), Editions balland, Paris, 1992.
- Guerin-Sendelbach, Valérie, *Ein Tandem für Europa? Die deutsch-französische Zusammenarbeit der achtziger Jahre*, Arbeitspapiere zur internationalen Politik, Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) e.V., Stuttgart, Europa-Union Verlag, Bonn, 1993.
- Lorrain, Sophie, *Histoire de la RDA*, Presses Universitaires de France, Paris, 1994.
- Meimeth, Michael, *Frankreichs Entspannungspolitik der 70er Jahre: Zwischen Status-Quo und friedlichem Wandel. Die Ära Georges Pompidou und Valerie Giscard d'Estaing*. Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik, herausgegeben von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, Bd. 24, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1990.
- Sekutowicz, Jean, *Les relations franco-polonaises. De Hugues Capet à Lech Walesa*, Eigenverlag, Paris, 1995.
- Schwarz, Hans-Peter, *Eine Entente Elementaire: Das deutsch-französische Verhältnis im 25. Jahr des Elysée-Vertrags*, Bonn, 1988.
- Timmermann, Heiner, (Hrsg.), *Deutschland-Frankreich-Polen: Ihre Beziehungen zueinander nach 1945*, Verlag Rita Dadder, Saarbrücken, 1986.
- Hieraus Beiträge von:
- Dupeux, Louis, *Die Beziehungen zwischen Polen, den beiden Deutschland und Frankreich in den Jahren 1945/1949/1955.*
- Buszko, Josef, *Von den deutsch-polnischen Beziehungen vom Ende des 2. Weltkrieges bis 1955.*
- Mond, Georges, *Die französisch-polnischen Beziehungen nach 1945.*
- Timmermann, Heiner, *Die Ausgangslagen 1945/1949/1955 für die Außenpolitik der drei Länder.*

Zgorniak, Marian, *polnisch-französische Beziehungen im 20. Jahrhundert.*

Fachzeitschriften

- Baas, Norbert, *Das Weimarer Dreieck. Von regionaler Kooperation zu europäischer Integration*, Internationale Politik, 11/1999.
- Broderse, Hans, *Concurrence des cultures d'usage étrangères à l'exemple de la ville de Cracovie*, Chambre de Commerce de la ville de Paris, Paris, 1994.
- Borowsky, Peter, *Sozialliberale Integration 1963-1974*, Informationen zur politischen Bildung, Bonn, 258/1998.
- Borowsky, Peter, *Die westeuropäische Integration 1963-1974*, Informationen zur politischen Bildung, Bonn, 258/1998.
- Halamski, Adam / Kazana, Mariusz, *Triangle de Weimar, coopération politique et militaire*, Warschau, 1997 (keine weiteren bibliographischen Angaben).
- Herrmann, Rudolf, *Les deux plus un de l'OFAJ. La coopération trilatérale – une méthode complémentaire de la politique culturelle extérieure*, Documents, Nr. 3/1993.
- Kolboom, Ingo, *Das Weimarer Dreieck: Lust oder Frust zu dritt?* in: Dokumente, Nr. 1, 02. 1997
- Kolboom, Ingo, *Das Problem der Franzosen mit der deutschen Identität – Frankreich und die deutsche Frage in Geschichte und Gegenwart*, in: Occasional Papers, Nr. 12, FU Berlin, FB Politische Wissenschaften, Berlin 1985.
- Lamentowicz, Wojtek, *Die polnischen Erwartungen an Deutschland*, Internationale Politik, Nr. 1/1995.
- Leonhardt, Silke, *Schärfung des Profils. Die deutsche auswärtige Kulturpolitik*, Internationale Politik, Nr. 11/1995.
- Jurt, Joseph, *Un nouveau départ*, in: *Des issues à la routine, Le dialogue franco-allemand*, Zeitschrift für KulturAustausch Nr. 4/2000, Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart.
- Dialog. Deutsch-Polnisches Magazin*, 2000 (XIV) Hrsg. Von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, Dachverband, Berlin.
- Hieraus v.a. Bender, Peter, *30 Jahre Warschauer Vertrag*, 2000.
Freudenstein, Dr. Roland und Tewes, Henning, *In die Zukunft investieren. Strategie für einen Neubeginn in der deutsch-polnischen Partnerschaft.*
- Gespräche in der Villa Decius, 3.-5. April 1998, Verlag Villa Decius.
- Reuter, Conny, *Erfahrungen aus dem bi- und trilateralen Austausch, Förderungs-möglichkeiten*, in: Trilateraler Austausch. Dokumentation eines Seminars vom 4.-9. 10. 1998 im Jugendhof Schersberg, DPJW, 1999.

Uterwedde, Henrik, *deutsch-französische Beziehungen: Perspektiven einer spannungsgeladenen Partnerschaft*, in: Politische Studien, Sonderheft 2/1998.

L'OFAJ. Chiffres, activités et résultats 1999, DFJW 1999.

L'OFAJ et les échanges avec les pays d'Europe centrale et orientale, DFJW, Paris, 10.2000.

Trialog, Verlag Villa Decius, Krakow, 1997.

Zeitungen

Neue Zürcher Zeitung

Kerski, Basil, *Fluchtpunkt Paris. Das Exil als prägende Erfahrung polnischer Kultur*, 14.10.2000.

Der Spiegel

Der polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski im Gespräch über Polens schwierige Geschichte mit Preußen: 4/2001.

Le Monde Diplomatique

Arzalier, Francis, *De la Baltique à l'Ukraine. Quand manipulait les nationalismes*, 04. 1992.

Patzold, Brigitte, *Sept cents ans allemande, cinquante ans polonaise. Quand Breslau perce sous Wrocław*, 05. 1996.

Le Monde

Reveillon, Antoine, *Vers une ,monnaie unique' de la connaissance*, 29.05.2001.

Courrier International

Autor?, *Faut-il craindre l'Allemagne ?*, letzte Ausgabe im September 2001.

Internet

http://www.cbos.pl/ENGLISH/OPINIA/2000/10/1OPINIA_1.HTM

<http://www.dgap.org/IP/ip9911/geremek.htm>.

<http://www.diplomatie.gouv.fr/europe/triangle-weimar/presentation>.

<http://www.diplomatie.gouv.fr/europe/pays2/pologne>

[http://www.leweb2.loc.gov/cgi-in/query2/r?frd/estdy:@field\(DOCID+pl0016\)](http://www.leweb2.loc.gov/cgi-in/query2/r?frd/estdy:@field(DOCID+pl0016))

<http://www.nzz.ch/dossiers/dossiers2000/20.jahrhundert/2000.12.27-ie-article710RV.html>

<http://www.uni-kl.de/SB-SoWi/FG-Politikwissenschaft/projekte/polen/info.htm>

http://www.zeit.de/1999/17/199917_osteuropa.html

Nachschlagewerke

Grand Dictionnaire Encyclopédique Larousse, Vol. 11. Librairie Larousse, Paris, 1984.

Forschungsarbeiten

Rivière, Isabelle, *Le Triangle de Weimar 1991-1997*, DEA-Forschungsarbeit, Institut d'Etudes Politiques, Paris, 1997. Ersichtlich in der Bibliothek des DFI Ludwigsburg.

Schmachtel, Marc-André, *Die deutsch-französische Zusammenarbeit auf Regierungsebene: die Rolle des Elysée-Vertrags*, Diplomarbeit, Universität des Saarlandes, 2000, Bibliothek des DFI Ludwigsburg.

Gespräche und Interviews

Deutschland

Dr. Dieter Bingen, Direktor des Deutsch-Polnischen Instituts, Darmstadt, 7.3.2001.

Dr. Henrik Utervedde, Direktor des Deutsch-Französischen Instituts, Ludwigsburg, 8.3.2001.

Herr Caspari, Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Göttingen, 9.3.2001.

Dr. Hc. Günther Koch, stellvertretender Leiter des Studentenwerks Göttingen, 12.3.2001.

Ulrich Räther, Kollegium Polonicum, Universität Viadrina, Frankfurt/Oder, 28.5.2001.

Oberst Graf, Kommandant, Frankfurt/Oder, 14.6.2001.

Dr. Albrecht von Kalnein, Deutsche Nationalstiftung, 14.6.2001.

Frankreich

M. Michel Cullin, stellvertretender Generalsekretär des DFJW, Paris, 20.3.2001.

Mme Doberszyc, Attachée Culturel, Polnische Botschaft in Frankreich, Paris, 23.3.2001.

M. Kuberski, Polnische Botschaft in Frankreich, Paris, 23.3.2001.

M. Hugues Morvan, Ministère de l' Education Nationale, Abteilung für Internationale Beziehungen und Kooperation, Ost- und Mitteleuropabüro, Paris, 23.3.2001.

M. Vialle, Büro für Mittel- und Osteuropa, DFJW, Paris, 23.1.2001.

M. Marc Villain (telefonisch), ehem. Chef der Internationalen Beziehungen bei Arte, Strasbourg, August 2001.

Polen

Hans Golombek, Leiter der DAAD-Aussenstelle Warschau, 29.5.2001.

M. Pierre-Antoine Donnet, Direktor der Agence-France-Presse- Außenstelle Warschau, 29.5.2001.

Hermann Bünz, Direktor der Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen, Warschau, 30.5.2001.

Axel Baroux, Wirtschafts- und Handelsberater der Französischen Botschaft in Polen, Warschau, 30.5.2001.

Roland Freudenstein, Dr., Direktor der Vertretung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen, Warschau, 30.5.2001.

Olivier Jacquot, Universitätsbeauftragter des Büro für Kooperation, Französische Botschaft in Polen, Warschau, 30.5.2001.

Jolanta Piejko, Pressesprecherin der Französische Botschaft in Polen, Warschau, 30.5.2001.

Thomas Markiewitz, Assistent des Direktors und Pressesprecher der Stiftung für Deutsch-polnische Zusammenarbeit, Warschau, 30.5.2001.

S.E. Bruno de Thomas, Botschafter der Europäischen Union in Polen, Warschau, 4.6.2001.

Wackwitz, Stephan, Dr., Direktor des Goethe-Instituts Krakau, September 2001.

Nicole Duboucheron, Generalsekretärin des Institut Français Krakau, September 2001.

Polnische Botschaft in Österreich, Wien

Jaroslaw Timofiejuk, Generalsekretär.
Dr. Habil. Jaroslaw Drozd, Botschaftsrat.